72. Jahrgang, 28–29/2022, 11. Juli 2022

bpb:

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Krieg in Europa

Herfried Münkler
DIE EUROPÄISCHE NACHKRIEGSORDNUNG – EIN NACHRUF

Claudia Major · Christian Mölling
VON DER FRIEDENS- ZUR KONFLIKTORDNUNG

Andrii Portnov
IM OSTEN NICHTS NEUES

Jan Claas Behrends
DIE POST-SOWJETISCHEN KRIEGE

Anna Veronika Wendland
ZUR GEGENWART DER GESCHICHTE IM RUSSISCH-UKRAINISCHEN KRIEG

Fabian Burkhardt
DAS SYSTEM PUTIN

Jessikka Aro
DESINFORMATION ALS WAFFE

APuZ
ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG
Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Der APuZ-Podcast
bpb.de/apuz-podcast

Krieg in Europa
APuZ 28–29/2022

HERFRIED MÜNKLER
DIE EUROPÄISCHE NACHKRIEGSORDNUNG – EIN NACHRUF
Der russische Angriff auf die Ukraine hat die europäische Friedensordnung buchstäblich zertrümmert. In mancher Hinsicht ähneln die neuen Konstellationen denen der Zwischenkriegszeit, es gibt aber auch bedeutende Unterschiede. Es droht eine Aufrüstungsspirale ohne absehbares Ende.
Seite 04–09

CLAUDIA MAJOR · CHRISTIAN MÖLLING
VON DER FRIEDENS- ZUR KONFLIKTORDNUNG
Russlands Angriff hat eine tektonische Verschiebung in Gang gesetzt: Europa geht über von einer kooperativen in eine konfrontative Sicherheitsordnung. Der Westen muss sich neu aufstellen. Es gilt, den Konflikt mit Russland zu gestalten, anstatt ihn ertragen zu müssen.
Seite 10–15

ANDRII PORTNOV
IM OSTEN NICHTS NEUES
Die russische Invasion in die Ukraine im Februar 2022 kam für viele in Westeuropa überraschend. Vielleicht noch überraschender war der entschlossene Widerstand der Ukrainer. Doch warum? Putins Weltsicht und die ukrainische Realität wurden offenbar lange ignoriert.
Seite 16–20

JAN CLAAS BEHRENDS
DIE POSTSOWJETISCHEN KRIEGE
Die von Russland geführten Kriege haben bis 2022 nicht dazu geführt, dass Berlin seine Russlandpolitik revidiert hat. Bis zuletzt glaubte man an die Kraft des Dialogs und des Handels. Es bleibt die Erkenntnis, dass der Einsatz illegitimer militärischer Gewalt sanktioniert werden muss.
Seite 21–27

ANNA VERONIKA WENDLAND
ZUR GEGENWART DER GESCHICHTE IM RUSSISCH-UKRAINISCHEN KRIEG
Geschichtsbilder und historische Narrative spielen in der russischen Rechtfertigung für den Krieg gegen die Ukraine eine wichtige Rolle. Mancher Mythos verfängt dabei auch in westlichen Gesellschaften. Es ist deshalb umso wichtiger, sie zu analysieren und zu dekonstruieren.
Seite 28–34

FABIAN BURKHARDT
DAS SYSTEM PUTIN. REGIMEPERSONALISIERUNG IN RUSSLAND UND DER KRIEG GEGEN DIE UKRAINE
Die stetige Entgrenzung der Macht des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist die notwendige Voraussetzung für Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Solange Putin an der Macht ist, wird sich das Regime nach innen und außen weiter radikalisieren.
Seite 35–41

JESSIKKA ARO
DESINFORMATION ALS WAFFE. ÜBER EINEN KRIEG, DEN RUSSLAND SEIT JAHREN FÜHRT
Russland bedroht die Sicherheit anderer Länder, möchte in demokratische Prozesse eingreifen und unterstützt potenziell gefährliche Gruppierungen, indem es einen Informationskrieg führt – und zwar schon lange. Die westlichen Gesellschaften müssen resilienter werden.
Seite 42–46

EDITORIAL

Am frühen Morgen des 24. Februar 2022 drang das russische Militär aus mehreren Richtungen in die Ukraine ein und begann damit eine „militärische Spezialoperation“, wie es offiziell im Kreml heißt, um das Nachbarland zu „entmilitarisieren“ und zu „entnazifizieren“. Dem vorausgegangen war ein „Hilfegesuch“ der selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk sowie eine nächtliche Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin, in der er jedem, der es wagen würde, sich von außen einzumischen, mit härtester Vergeltung drohte. In der Wahrnehmung vieler Westeuropäer kehrte mit diesem Tag der Krieg nach Europa zurück.

Tatsächlich markiert der 24. Februar weniger einen Beginn als vielmehr eine neue Eskalationsstufe: Bereits seit 2014 befinden sich russische Truppen auf ukrainischem Boden; dem Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim folgten damals jedoch keine weitreichenden Konsequenzen. Im Westen glaubte man, Putins Aggression durch enge Handelsverbindungen einhegen zu können. Auch die anderen Kriege, die Russland zuvor schon in ehemaligen Sowjetrepubliken geführt hatte, um seinen Einflussbereich zu sichern, waren mehr oder weniger ignoriert worden und blieben weitgehend folgenlos für die Beziehungen. Die neuerliche russische Invasion hat all dies nun deutlich ins Bewusstsein gerückt und damit nicht nur jegliche Illusion, sondern auch die bisherige europäische Sicherheitsordnung zerstört.

Was auf sie folgt, ist kaum abzusehen. Doch sind bereits zahlreiche politische Maßnahmen eingeleitet worden, die noch vor wenigen Monaten undenkbar erschienen und darauf hindeuten, dass die neue (Un-)Ordnung nicht mehr von Kooperation und Vertrauen, sondern von Konfrontation und Misstrauen geprägt sein wird. Ein baldiges Ende des Krieges ist in einer solchen Konstellation nicht zu erwarten.

Johannes Piepenbrink

ESSAY

DIE EUROPÄISCHE NACHKRIEGSORDNUNG

Ein Nachruf

Herfried Münkler

Der russische Angriff auf die Ukraine, die Bombardierung von Wohnvierteln großer Städte und die systematische Zerstörung der zivilen Infrastruktur, schließlich Putins unverhohlene Drohung mit einer militärischen Eskalation bis hin zum Einsatz von Atomwaffen für den Fall, dass die Nato aufseiten der Ukraine in den Krieg eingreift, haben die europäische Friedensordnung nicht nur erschüttert, sondern sie buchstäblich zertrümmert. Die Invasion ist kein bloßer „Rückfall in die Zeiten des Kalten Krieges", sondern die Entstehung einer grundlegend neuen Konfliktstruktur, wie es sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa nicht gegeben hat. In mancher Hinsicht ähneln die jetzt entstandenen Konstellationen denen der Zwischenkriegszeit, also den zwei Jahrzehnten zwischen 1919 und 1939, als in Mittel-, Ost- und Südosteuropa mehrere Kriege geführt wurden.[01] Aber neben gewissen Ähnlichkeiten zur Zwischenkriegszeit lassen sich auch einige Unterschiede konstatieren. Es gibt für die jüngsten Ereignisse keine eins zu eins übertragbare Blaupause, auch nicht den deutschen Überfall auf Polen im September 1939, der als weiterer Kandidat historischer Analogiebildung ins Spiel gebracht worden ist. Das heißt indes nicht, dass man aus der Geschichte nichts lernen kann; man sollte sich nur vor unmittelbaren Gleichsetzungen hüten und beim Zerfall von Friedensordnungen fragen, aus welchen Gründen die betreffende Ordnung keinen Bestand hatte.

EUROPÄISCHE NACHKRIEGSORDNUNG I

Es ist sinnvoll, zwei Etappen der europäischen Nachkriegsordnung voneinander zu unterscheiden: die, deren Beginn auf die Jahre 1948/49 zu datieren ist, auf den definitiven Zerfall der Anti-Hitler-Koalition und den Beginn des Kalten Krieges, und die 1988/89 mit dem Ende des Kalten Krieges und der Teilung Europas endete (*Nachkriegsordnung I*); sowie jene, die 1989/91 mit dem Zerfall des Warschauer Paktes und dem Untergang der Sowjetunion begann und als deren Ende der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 anzusehen ist (*Nachkriegsordnung II*). Die beiden Etappen der europäischen Nachkriegsordnung unterscheiden sich nicht nur durch den Grad der Militarisierung Europas, sondern auch durch ihre Verankerung in einer globalen Ordnung. In der Nachkriegsordnung I etwa verlief die Grenze zwischen „Westen" und „Osten" mitten durch Europa, und die Garantie einer friedlichen Koexistenz beider Blöcke bestand in deren militärischer Fähigkeit zu gegenseitiger Abschreckung, die dafür sorgte, dass es in den Grenzräumen zu keiner gewaltsamen Konfrontation kam.

Das unterschied Europa von Ostasien, wo es in Korea und Vietnam zu zwei Kriegen mit unterschiedlichem Ausgang kam, die Zeit des Kalten Krieges also eine mit Phasen des heißen Krieges durchsetzte Epoche war. Dabei wurden auch die Grenzziehungen zwischen beiden Blöcken verschoben, ohne dass es zu einem neuen Weltkrieg kam, wie es in Europa wahrscheinlich gewesen wäre. Freilich war die Blockbildung in Ostasien auch uneindeutiger als in Europa.

Man kann also zusätzlich zur Differenzierung von zwei Nachkriegsordnungen in Europa in globaler Perspektive drei Räume des Kalten Krieges voneinander unterscheiden: Europa, wo regionale Grenzverschiebungen mit großer Wahrscheinlichkeit zum globalen Krieg geführt hätten und Bündniswechsel einzelner Staaten ausgeschlossen waren; Ostasien, wo Grenzverschiebungen und Bündniswechsel stattfanden, ohne dass dies zu einem globalen Krieg geführt hat; und schließlich die sogenannte Dritte Welt, wo Seitenwechsel häufig waren

und auch zahllose Kriege ausgetragen wurden, in die der Osten wie der Westen verwickelt waren, ohne dass dies mit dem Risiko eines globalen Krieges verbunden war. Die europäische Nachkriegsordnung I war also fest integriert in eine durch Bipolarität gekennzeichnete Globalordnung, in der Washington und Moskau über mehr oder weniger stark ausgeprägte Einflusszonen verfügten, die sie dort, wo sie stark ausgeprägt waren, wechselseitig respektierten.[02] Das war die Rahmenvoraussetzung der europäischen Friedensordnung I.

Der Preis des europäischen Friedens war, dass Europa politisch keine größere Rolle spielte: erstens, weil es in Ost und West geteilt war und die jeweiligen Grundentscheidungen in Moskau oder Washington fielen; zweitens, weil Großbritannien und Frankreich zunächst mit dem Rückzug aus ihren Kolonien, also dem Umbau einer imperialen in eine nationalstaatliche Ordnung beschäftigt waren; drittens, weil Deutschland, der potenziell stärkste Akteur West- und Mitteleuropas, geteilt und infolge des Zweiten Weltkrieges politisch wie moralisch desavouiert war. Zugespitzt formuliert kann man sagen, dass über Krieg und Frieden allein in Moskau und Washington entschieden wurde. Dabei durften die Westeuropäer, zumal die Westdeutschen, deren Territorium der Austragungsort eines Krieges geworden wäre, sich demonstrativ gegen diese Entscheidungsstruktur sträuben – so lange dies politisch folgenlos blieb. Bei der Frage der Wiederbewaffnung in den 1950er Jahren und des Nato-Nachrüstungsbeschlusses im Verlauf der 1980er Jahre war das bekanntlich der Fall.

EUROPÄISCHE NACHKRIEGSORDNUNG II

Die politische Neuordnung Europas nach 1989/91 entwickelte sich ebenso inkrementell wie die vorangegangene Nachkriegsordnung des Kalten Krieges. Inkrementell heißt in diesem Fall, dass es niemanden gab, der einen großen Plan entworfen hätte, an dem sich etwa die Nato-Osterweiterung orientiert hätte. Es handelte sich vielmehr um eine auf Zuruf vorangeschrittene Entwicklung, bei der es Bedenken, Zögerlichkeiten und Missverständnisse gab und vor allem die Tatsache eine Rolle spielte, dass man die Rückkehr zu Konstellationen vermeiden wollte, aus denen man sich gerade befreit hatte. Es wurde also weniger nach vorn geschaut, weil man in geopolitischer Hinsicht gewusst hätte, wohin man wollte, sondern der Blick richtete sich vor allem zurück, um die politischen Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen der Zwischenkriegsordnung von 1919 bis 1939 nicht zu wiederholen. Dazu gehörte freilich auch, dass Russland bei dieser „Entwicklung auf Zuruf" zunächst keine besonders laute Stimme hatte, weil es vorwiegend mit sich selbst beschäftigt war.

So entstand in Teilen der postsowjetischen russischen Elite die Vorstellung, man sei bei der Entstehung der neuen Ordnung in Europa übergangen und benachteiligt worden, und je mehr sich diese Vorstellung ausbreitete, desto fester verband sie sich mit der Idee, man solle bei entsprechender Gelegenheit eine Revision dieser Ordnung vornehmen. Jedenfalls war Russland erkennbar nicht an der Aufrechterhaltung und weiteren Ausgestaltung der Nachkriegsordnung II interessiert. Putins Äußerung zum Zerfall der Sowjetunion als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts" zeigt das nur zu deutlich.

In West- und Mitteleuropa war man entgegengesetzter Auffassung: Hier hatte man nach 1945 dem Projekt der Imperienbildung allgemein abgeschworen,[03] sei es, weil das Vorhaben einer mit militärischer Gewalt betriebenen Großreichsbildung gerade katastrophal gescheitert war, wie im Fall Italiens und insbesondere Deutschlands, oder weil das überseeische Kolonialreich sich in Auflösung befand und es auch mit militärischer Gewalt nicht aufrechtzuerhalten war, wie es bei Frankreich, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Belgien der Fall war. In Westeuropa hatte man seit den 1950er Jahren auf das wirtschaftliche Zusammenwachsen der zuvor um die Vorherrschaft konkurrierenden Staaten gesetzt und dabei die Erfahrung wachsenden Wohlstands in gesellschaftlicher Breite gemacht, in dessen Folge sich dann ökonomische Prosperität mit politischer Stabilität verband. Diese politische Stabilität war eine des liberal-demokratischen Rechtsstaats, der dieses Mal nicht, wie in der Zwischenkriegszeit, durch soziale und politische

01 Vgl. Margaret MacMillan, Peacemakers. Six Months that Changed the World, London 2001; Jörn Leonhard, Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923, München 2018; Eckart Conze, Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt, München 1918.

02 Dazu ausführlich John Lewis Gaddis, Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007.

03 Zur strukturellen Differenz zwischen Imperium und Nationalstaat vgl. Herfried Münkler, Imperien. Die Logik der Weltherrschaft vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005, S. 16ff.

Spaltungen geschwächt und durch den Aufstieg antidemokratischer Kräfte bedroht wurde.[04]

Dieses in die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft der Nato eingebettete EWG-Europa entfaltete mit der Zeit eine so große Attraktivität, dass ihm weitere europäische Staaten beitreten wollten: So wurde das „Europa der Sechs" durch die Süd- und Norderweiterung immer größer, was nicht nur auf einen gemeinsamen Markt hinauslief, sondern auch, im Fall von Portugal, Spanien und Griechenland, einer Versicherung gegen den Rückfall in die Militärdiktatur oder ähnliche Formen autoritärer Herrschaft gleichkam.[05] Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks waren die mittel- und südosteuropäischen Länder bestrebt, in diese Gemeinschaft aufgenommen zu werden, um an deren wirtschaftlichem Wohlstand und ihrer demokratischen Stabilität zu partizipieren. Dabei hat sich sicherlich nicht alles so entwickelt, wie man sich das anfänglich vorgestellt hatte, aber trotz der zentrifugalen Kräfte, die nach der Finanz- und Staatsschuldenkrise ab 2010 sowie dem Streit um die Aufnahme von Geflüchteten ab 2015/16 in der Europäischen Union einsetzten, wurde das Projekt einer Wirtschaftsverflechtung und politischen Integration Europas doch als vorbildhaft für die Entwicklung einer Weltordnung angesehen, in der es keine Kriege mehr geben würde und die Politik sich jenseits nationaler Egoismen gemeinsam den großen Herausforderungen der Menschheit würde widmen können.

Die europäische Nachkriegsordnung II unterschied sich von der ihr vorangegangenen darin, dass sie das für den Fortbestand des Systems erforderliche Vertrauen nicht mehr – jedenfalls nicht mehr wesentlich – auf militärische Rüstung und wechselseitige Abschreckung bis hin zur gegenseitigen Geiselnahme der Zivilbevölkerung für Nuklearschläge gründete, sondern dies weitgehend durch wirtschaftliche Verflechtung ersetzte. Man machte sich ökonomisch voneinander abhängig, und diese wechselseitige Abhängigkeit sollte sicherstellen, dass die in die Ordnung eingebundenen Mächte mehr an der Aufrechterhaltung des Status quo als an dessen Veränderung interessiert waren. Der durch die neue Ordnung ermöglichte Genuss der „Friedensdividende", wie man die eingesparten Rüstungsausgaben bezeichnete, kam noch hinzu.

Zwar hatte man auch in den beiden letzten Dekaden der Nachkriegsordnung I in Gestalt von Rüstungsbegrenzungsabkommen versucht, die sich immer weiter drehende Rüstungsspirale anzuhalten, aber das hatte, wie der Nato-Nachrüstungsbeschluss 1979 in Reaktion auf die Aufstellung russischer Mittelstreckenraketen zeigt, nur begrenzte Wirkung gehabt. Jetzt dagegen, wo man „von Freunden umzingelt" war, wie eine beliebte Formel lautete, konnte man das Niveau der Rüstungsausgaben in ganz anderem Ausmaß reduzieren. Davon profitierten auch Russland sowie die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, deren Zusammenbruch in den vorherrschenden Erklärungen nicht zuletzt auf die volkswirtschaftlich zu hohen Rüstungsausgaben zurückgeführt wurde. Kurzum: Im Westen ging man davon aus, dass die wirtschaftliche Entlastung Russlands infolge abgesenkter Militärausgaben dessen politische Eliten hinreichend an der neuen Ordnung interessieren und Revisionsvorstellungen in den Hintergrund treten lassen würde. Als zusätzliche „vertrauensbildende Maßnahme" lässt sich der erhöhte Umfang der russischen Energielieferungen nach Westeuropa und der im Gegenzug erfolgte Export begehrter westlicher Konsumgüter sowie anspruchsvoller westlicher Technologie nach Russland verstehen. Die Ostsee-Pipelines „Nord Stream" 1 und 2 wurden zum Symbol dieser Art ökonomischer Verflechtung im Sinne einer politisch vertrauensbildenden und vertrauenssichernden Maßnahme. Sie waren gleichsam materialisiertes Vertrauen.

Diese den europäischen Frieden sichernde Ordnung wurde rasch zur Blaupause für eine globale Ordnung, durch die Frieden zum vorherrschenden Aggregatszustand der Politik und die Führung von Kriegen immer mehr zur Ausnahme werden sollte. Der Begriff „Nachkriegsordnung" bekam dadurch eine doppelte Bedeutung: Einerseits bezeichnete er deskriptiv die internationale Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, aber zugleich stand er präskriptiv für eine Ordnung, in der Krieg als Modus der Willensdurchsetzung der Vergangenheit angehören sollte. Das war zwar noch nicht der Fall, aber mit der fortschreitenden Ausdehnung der europäischen Ordnung, so die Vorstellung, sollte das weltweit so werden. Perspektivisch wäre es dann vielleicht auch möglich, die Atomwaffen besitzenden Mächte zum Verzicht auf diese Waffen zu bringen.

04 Zu den politischen Verwerfungen der Zwischenkriegszeit vgl. Boris Barth, Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Frankfurt/M.–New York 2018.

05 Zur Geschichte des europäischen Zusammenwachsens von der EWG bis zu EU vgl. Kiran Klaus Patel, Projekt Europa. Eine kritische Geschichte, München 2018.

Diese globale Ordnungsidee, die wesentlich auf den in Europa gemachten Erfahrungen seit 1989 beruhte, fußte auf einer Reihe von Prinzipien, die sich folgendermaßen formulieren lassen: Leitidee dieser Ordnung war die Verwandlung von Konflikt in Kooperation beziehungsweise, spieltheoretisch formuliert, die Ersetzung von Nullsummenspielen durch Win-win-Konstellationen. Während in Nullsummenspielen der Gewinn des Siegers den Verlusten des Verlierers entspricht, es im Spielverlauf also nur darum geht, eine gleichbleibende Summe unter zwei oder mehreren am Spiel Beteiligten aufzuteilen, sind Win-win-Konstellationen dadurch definiert, dass jeder gewinnt, wobei der Zugewinn des Einen relativ klein sein kann, während der eines Anderen sehr viel höher ist. Man kann somit bei einem Nullsummenspiel einen sehr viel höheren Gewinn einstreichen als in einer Win-win-Konstellation, kann ebenso aber auch einen dramatischen Verlust erleiden. Die Gegenüberstellung verdeutlicht: Vorsichtige Spielbeteiligte werden sich prinzipiell für Win-win-Konstellationen entscheiden, und nur Hochrisiko-Politiker werden sich auf Nullsummenspiele einlassen. Das Problem der europäischen Nachkriegsordnung bestand also darin, dass Hochrisiko-Politiker, sobald sie auftauchten, aus dem Spiel genommen werden mussten. Die Frage war, ob dazu die ökonomische Verflechtung ausreichen würde oder ob es dafür eines „Hüters" bedurfte, und, wenn ja, wer das sein sollte. Das war von Anfang an die Achillesferse der europäischen Nachkriegsordnung II.

So blieb es allenthalben bei einem relativen Bedeutungsverlust militärischer Macht und einem erheblichen Bedeutungsgewinn wirtschaftlicher Macht als Ressourcen beim Geltendmachen eines politischen Willens. Von dieser Veränderung des spezifischen Gewichts der Machtsorten hat vor allem Deutschland profitiert, weswegen sich hier auch die entschiedensten und energischsten Anhänger dieses Typs von Ordnung fanden – und finden. In der Regel argumentierten sie jedoch nicht mit Blick auf die besonderen Vorteile Deutschlands, dessen politisches Gewicht in Europa wesentlich auf seiner wirtschaftlichen Macht beruhte, während die militärische Macht eine stark untergeordnete Rolle spielte,[06] sondern verwiesen zumeist darauf, dass nur in einer solchen Ordnung das rhetorische „Wir" der Menschheit zu einem handlungsfähigen Subjekt werden könne, das die zunehmend bedrängenden Menschheitsaufgaben zu bearbeiten in der Lage sei: die effektive Bekämpfung von Hunger und Elend in der südlichen Hemisphäre sowie des Klimawandels und Artensterbens auf der gesamten Welt.

Das war – und ist – grundsätzlich richtig, wurde aber schon vor der Zerstörung der europäischen Nachkriegsordnung II zunehmend dadurch konterkariert, dass die großen Akteure der Weltordnung ihre Beteiligung an der Bearbeitung der Menschheitsaufgaben von politischen Zugeständnissen der anderen großen Akteure abhängig machten. Die Begrenzung des Klimawandels ist zum politischen Erpressungsinstrument geworden. Und auch innerhalb der EU, dem Kernelement der europäischen Nachkriegsordnung, sind die Spannungen zuletzt gewachsen: Zur fiskalischen Sollbruchstelle gegenüber den südlichen Mitgliedstaaten kam die Frage der liberal-demokratischen Ordnung etwa in Polen und Ungarn sowie das Problem notorischer Korruption in Südosteuropa.

VERWUNDBARKEIT NORMATIV AUFGELADENER ORDNUNGEN

Die europäische Nachkriegsordnung II war nicht der erste Versuch zur Etablierung einer Friedensordnung in Europa, die nicht wesentlich auf einem quasi-physikalischen Gleichgewicht der Kräfte, sondern auf einer normativ vorgegebenen Idee, nämlich der des Friedens, begründet war. Es handelt sich dabei um die aus den Verträgen von Versailles, Saint-Germain, Trianon, Neuilly und Sèvres bestehende Pariser Friedensordnung von 1919/20, in der die politische Landschaft Europas nach dem Ersten Weltkrieg neu geordnet wurde – realpolitisch durch die Verschiebung von Grenzen und die Neuschaffung beziehungsweise Wiederherstellung von Nationalstaaten, idealpolitisch durch die Vorstellung, die Zäsur des Großen Krieges und der Untergang des alten Europas lasse sich dazu nutzen, eine Welt des Friedens und der Demokratie zu schaffen („a war to end all wars", wie US-Präsident Woodrow Wilson den Kriegseintritt der USA legitimiert und als Ziel „to make the world safe for democracy" vorgegeben hatte).[07]

In der deutschen Diskussion hat man sich vor allem mit dem Vertrag von Versailles beschäf-

06 Dazu Herfried Münkler, Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg 2015, S. 186 ff.

07 Vgl. MacMillan; Leonhard; Conze (alle Anm. 1).

tigt, der mit Blick auf die Nichtbeteiligung einer deutschen Delegation an den Verhandlungen als „Diktatfrieden" bezeichnet wurde, was dann zur Rechtfertigung der von Hitler betriebenen Revisionspolitik wurde. Generell bestand das Problem freilich darin, dass nicht nur Deutschland, sondern auch das bolschewistische Russland an den Verhandlungen nicht beteiligt worden und insofern am Erhalt dieser Friedensordnung nicht interessiert war. Beide nahmen ihr gegenüber eine prinzipiell revisionistische Grundhaltung ein, Deutschland aus nationalen, Russland – beziehungsweise seit 1922 die Sowjetunion – aus sozialrevolutionären Gründen. Das war die eine große Hypothek der Pariser Friedensordnung. Die andere resultierte aus dem Zerfall der drei großen multinationalen, multikulturellen und multireligiösen Imperien im Osten und Südosten Europas sowie im Vorderen Orient: des Habsburgerreichs, des Russischen Reichs und des Osmanischen Reichs. Dieser riesige Bereich musste neu geordnet werden, und als Prinzip stand dafür nur die Idee des Nationalstaats zur Verfügung, die aber aufgrund der Siedlungsstruktur in den betreffenden Räumen und der ethnischen Zusammensetzung der dortigen Bevölkerung kaum umsetzbar war. So kamen umgehend die Ideen eines „Großpolen", eines „Großrumänien" und eines „Großgriechenland" auf, die miteinander kollidierten und im Gegensatz standen zu den von Ungarn, Bulgarien und der Türkei verfolgten Revisionsvorstellungen.

Das Hauptproblem der Pariser Friedensordnung aber war, dass sie keinen „Hüter" hatte, der bereit und in der Lage gewesen wäre, deren Festlegungen und Regeln notfalls auch mit militärischer Macht durchzusetzen. Der Genfer Völkerbund war dazu nicht in der Lage, und Großbritannien und Frankreich, die europäischen Siegermächte des Krieges, deren politische Vorgaben wesentlich in die Friedensordnung Eingang gefunden hatten, waren nach den schweren Verlusten des Krieges dazu nicht bereit.[08] In der Folge schufen politische Führer, die über hinreichend militärische Kräfte verfügten, Fakten, die dem Geist und den Bestimmungen der Friedensordnung widersprachen. Die Zwischenkriegsordnung in Europa war eine, bei der die Tür zum Krieg offengeblieben war.

08 Dazu ausführlich Herfried Münkler, Das Scheitern der Pariser Friedensordnung. Ein Lehrstück zur Verrechtlichung der internationalen Politik, in: Claus Kreß (Hrsg.), Paris 1919–1920. Frieden durch Recht?, Baden-Baden 2020, S. 71–92.

Das hatten die westeuropäischen Politiker in Erinnerung, als sie nach dem Ende der sowjetischen Ordnung in Mittelost- und Südosteuropa, der *Pax Sovietica*, vor der Frage standen, ob es denn nun erneut zu militärischen Grenzverschiebungen oder von Paramilitärs ausgeübter Gewalt im Innern der aus sowjetischer Oberhoheit entlassenen Staaten kommen werde. Ihre Sorgen und Befürchtungen wurden durch die jugoslawischen Zerfallskriege verstärkt, in denen sich die Gewaltgeschichte der Zwischenkriegszeit zu wiederholen schien. Um das zu verhindern, stimmten sie, einige umgehend, andere erst nach einigem Zögern, dem Beitritt dieser Staaten zur Europäischen Union und zur Nato zu, um die politische Perspektive auf ein Leben in Sicherheit, Frieden und Wohlstand als attraktive Alternative zum Aufflammen gewaltsamer Auseinandersetzungen ins Spiel zu bringen. Bei allen Problemen, die mit den Ländern der Osterweiterungsrunde später aufgetaucht sind, kann man doch sagen, dass dieses Ziel erreicht wurde. Die Osterweiterung der Nato hatte also weniger mit Russland und dessen angeblicher Eindämmung als mit einer befürchteten Instabilität der Beitrittsländer zu tun – und vor allem mit der abschreckenden Erinnerung an die politischen Verhältnisse der Zwischenkriegszeit und der positiven Wahrnehmung der europäischen Nachkriegsordnung I. So gesehen, ging es darum, militärische Gewalt aus dem Spiel zu nehmen und die ordnungskonstitutive Relevanz wirtschaftlicher Macht zu verstärken.

PUTINS AGIEREN AN DER PERIPHERIE

Putin hat sich nicht erst mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine als Regelbrecher und Völkerrechtsverächter gezeigt. Tatsächlich führt vom zweiten Tschetschenienkrieg 1999 bis 2009 mit dem zerstörten Grosny als Symbol exzessiver Gewaltbereitschaft über den Georgienkrieg von 2008, die Annexion der Krim 2014 und die militärische Unterstützung der Separatisten in den Gebieten von Donezk und Luhansk, die militärische Intervention im syrischen Bürgerkrieg ab 2015 und den Einsatz der Söldnertruppe „Wagner" eine breite Spur bis zum Angriff auf die Ukraine. Da freilich auch die USA 2003 eine nicht von den Vereinten Nationen mandatierte Militärintervention im Irak durchgeführt hatten, und zuvor bereits die Intervention zur Beendigung des Kosovokrieges ohne UN-Mandat erfolgt war, hielt man sich im Westen

mit einer scharfen Kritik an Putins Gebrauch militärischer Macht zurück und verhängte nach der Annexion der Krim und der Separatistenunterstützung im Donbas nur symbolische Sanktionen.

Die Besetzung der zu Georgien gehörenden Gebiete Abchasien und Südossetien sowie die der Ukraine zugehörenden Oblaste Donezk und Luhansk erklärte man sich damit, dass Putin in beiden Fällen „ungeklärte Grenzfragen" geschaffen habe, um den Nato-Beitritt beider Staaten zu verhindern. Vor allem aber wollte man im Westen das Projekt einer regelbasierten, auf Werte gestützten und von Normen getriebenen Weltordnung mit der europäischen Friedensordnung als Kernbestand und globalem Vorbild nicht aufgeben. Also thematisierte man Putins Kriege bis zum 24. Februar 2022 als Regelverstöße, aber nicht als fundamentale Brüche mit der europäischen Friedensordnung, gewissermaßen als Dellen und Beulen, die sich wieder ausbessern ließen, sodass die Ordnung als wiederhergestellt angesehen werden konnte. Das hat sich mit dem russischen Großangriff auf die Ukraine geändert. Er ist im Westen durchweg als eine Zäsur begriffen worden, durch die ein Davor und Danach entstanden sind. Mit dem Angriffsbefehl auf die Ukraine hat Putin die europäische Nachkriegsordnung II zerstört, und es wird für lange Zeit unmöglich sein, sie wiederherzustellen.

Drei Gründe für die Irreparabilität dieser Friedensordnung sollen abschließend herausgestellt werden: Da ist – *erstens* – die bittere Beobachtung, dass ökonomische Macht in Form der Drohung mit Wirtschaftssanktionen nicht ausgereicht hat, um Putin vom Gebrauch militärischer Gewalt abzuhalten. Dadurch hat sich das System der wirtschaftlichen Verflechtung als einseitige Abhängigkeit des Westens von russischen Rohstofflieferungen erwiesen. Damit war einer der tragenden Pfeiler der europäischen Friedensordnung zerstört, und es war unvermeidlich, wieder stärker zu militärischer Macht als Abschreckungsmittel und Sicherheitsgarant zurückzukehren. Das kommt einem Paradigmenwechsel bei der Friedenssicherung gleich, einer Rückkehr nämlich zu den Prinzipien der europäischen Nachkriegsordnung I. Gleichzeitig haben die vom Westen gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen eine Entkopplung Russlands von den Wirtschafts- und Finanzkreisläufen der westlichen Welt zur Folge, womit die Annäherungsperspektive der Nachkriegsordnung I („Wandel durch Handel") verschlossen ist. Die Distanz des Westens gegenüber Russland ist damit größer, als sie es vor 1989/91 zur Sowjetunion war. Aber die Sowjetunion hatte auch keinen Angriffskrieg gegen einen unabhängigen Staat geführt.[09]

An die Stelle des institutionellen Vertrauens ist – *zweitens* – ein generalisiertes Misstrauen getreten, bei dem nicht erkennbar ist, auf welcher Ebene und mit welchen Mitteln es begrenzt werden kann, nachdem Putin nicht nur die fundamentalen Regeln des Völkerrechts gebrochen, sondern auch die bei ihm im Vorfeld des Angriffsbefehls vorsprechenden westlichen Politiker nach Strich und Faden belogen hat. Mit Putin und seinem Regime wird es keine vertrauensvolle Zusammenarbeit mehr geben, und dementsprechend schwer wird es sein, zu vertraglichen Vereinbarungen – welcher Art auch immer – zu gelangen. Es ist auch nicht erkennbar, worin nach der eingeleiteten Entkopplung der europäischen von der russischen Wirtschaft Vertrauensgarantien für vertragliche Regelungen bestehen könnten.

Das auf längere Sicht womöglich folgenreichste Problem ist freilich – *drittens* – das Erfordernis zur Entwicklung einer neuen Nuklearstrategie des Westens, die auf Russlands fortgesetzte atomare Eskalationsdrohung reagiert. Bislang hatte, vereinfacht gesagt, die nukleare Eskalationsdrohung dazu gedient, einen konventionellen Krieg zu verhindern. Im Krieg gegen die Ukraine hat Putin jedoch die nukleare Eskalationsdrohung benutzt, um einen konventionellen Krieg führen zu können und den Westen von der Unterstützung der Ukraine abzuhalten, also auch von der Verteidigung der Regeln des Völkerrechts sowie der europäischen Nachkriegsordnung II. Damit sind Angriffskriege im großen Stil für Nuklearmächte wieder führbar geworden. Es wird darum gehen, diese Option für den Einsatz militärischer Macht wieder zu schließen. Gelingt das nicht, stehen wir am Anfang einer Aufrüstungsspirale, deren Ende nicht absehbar ist.

HERFRIED MÜNKLER
ist Professor für Politikwissenschaft und hatte bis 2018 den Lehrstuhl für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin inne.
herfried.muenkler@sowi.hu-berlin.de

09 Die Intervention in Afghanistan, die womöglich als Einwand geltend gemacht werden könnte, erfolgte auf Bitten der damals in Kabul amtierenden Regierung.

EUROPAS NEUE (UN-)SICHERHEIT

Von der Friedens- zur Konfliktordnung

Claudia Major · Christian Mölling

Russlands völkerrechtswidriger Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat eine tektonische Verschiebung in Europas Sicherheitsordnung in Gang gesetzt. In wenigen Wochen und Monaten hat der Krieg Europas Sicherheitspolitik mehr verändert als viele andere Entwicklungen seit 1989: Schweden und Finnland haben die Nato-Mitgliedschaft beantragt, Deutschland hat ein Sondervermögen geschaffen, um die Bundeswehr endlich angemessen auszustatten, die Europäische Union liefert Waffen an die Ukraine, Dänemark will an der EU-Verteidigung teilnehmen.

Doch diese Schritte dürften nur die ersten Anzeichen sein für eine Entwicklung hin zu einer europäischen Sicherheitsordnung ohne Russland oder sogar dezidiert gegen Russland: Europa verlässt also eine kooperative Sicherheitsordnung und geht über zu einer konfrontativen Ordnung. Um diese maßgeblich prägen zu können, wird Europa sich vor allem sicherheits- und wirtschaftspolitisch neu aufstellen müssen: Es gilt, den Konflikt mit Russland gestalten zu können, anstatt ihn ertragen zu müssen. Ziel ist also, eine Konfliktordnung zu schaffen, in der Europa sich schützen und seine Ziele verfolgen kann.

Dies fordert auch von Deutschland erhebliche Umstellungen. Zusätzlich erwarten seine Partner, dass es eine Führungsrolle übernimmt. Dies liegt weniger an guten Erfahrungen mit Deutschland in internationalen Krisen als an der schieren Bedeutung der Bundesrepublik in Europa und der Welt. Berlin bestimmt also die neue Sicherheitsordnung maßgeblich mit – durch bewusstes Handeln oder Nicht-Handeln.

ENDE DER KOOPERATIVEN SICHERHEITSORDNUNG

Mit dem Krieg gegen die Ukraine hat sich Russland aus einer europäischen Sicherheitsordnung verabschiedet, die ausdrücklich ein Miteinander und Kooperation vorsah und dafür Prinzipien wie territoriale Integrität, friedliche Konfliktlösung, Souveränität und freie Bündniswahl festschrieb. Diese Prinzipien hatten zunächst die Sowjetunion und anschließend die Russische Föderation und die anderen europäischen Staaten sowie die USA gemeinsam in Grundsatzdokumenten verankert, etwa in der Helsinki-Schlussakte 1975, der Charta von Paris 1990 und der Nato-Russland-Grundakte 1997. Aus westlicher Sicht hatte sich diese Ordnung bewährt. Sie stützte sich auf die EU, die Nato und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Gerade Deutschland konnte sich in diesem Rahmen wirtschaftlich und politisch sehr gut entfalten. Der integrative, kooperative Ansatz mit Russland entsprach den deutschen außenpolitischen Prioritäten der Zusammenarbeit, der Präferenz für Diplomatie statt Machtpolitik, der Energie- und Handelspartnerschaft und der militärischen Zurückhaltung.

Heute lässt sich konstatieren, dass Russland und die anderen Staaten schon sehr lange unterschiedliche Vorstellungen darüber hatten, wie Sicherheit zu erreichen ist und nach welchen Regeln Staaten miteinander umgehen. Spätestens seit Mitte der 2000er Jahre gab es klare Anzeichen dafür, dass Russland seine Interessen mit Konfrontation und Gewalt durchsetzen würde, um Sicherheit durch Macht und Kontrolle über andere Staaten zu erlangen. Wo dies nicht möglich war oder ist, hat Russland die Kosten des Erhalts der Stabilität für andere erhöht, indem es Unfrieden stiftet – das zeigen etwa die Interventionen in Mali, aber auch der Ukraine. Aus russischer Sicht waren die europäischen Strukturen deshalb zunehmend defizitär. Die positive Bewertung der westlichen Staaten der gemeinsamen europäischen Sicherheitsordnung hat Moskau nur bedingt geteilt.

Die gemeinsamen Foren wie die OSZE funktionierten nur mäßig; Sicherheit wurde zunehmend von EU und Nato gestaltet. Hier besaß Russland kein Mitspracherecht, geschweige denn ein Veto. Stattdessen wurden Sonderformate eingerichtet:

der Nato-Russland-Rat oder EU-Russland-Gesprächsformate. Aus russischer Sicht spielte Moskau in dieser Ordnung nicht die Rolle, die ihm zustand. Vorschläge, eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung aufzubauen, wie ihn etwa Interimspräsident Dmitri Medwedjew im Juni 2008 machte, blieben ergebnislos, auch weil der Vorteil gegenüber der OSZE nicht klar war.[01] Es fehlten zunehmend die gemeinsame Wertebasis und das Vertrauen für eine Kooperation. Diese russische Unzufriedenheit mit den bestehenden Strukturen in Europa nahmen die meisten westlichen Staaten nicht wahr.

Russland hatte den Weg einer kooperativen Friedensordnung in Europa jedoch schon lange verlassen. Seit 1991 hat Moskau viele Male in seiner direkten Nachbarschaft militärisch eingegriffen, um den Zerfall des eigenen Landes zu stoppen (Tschetschenien 1994 bis 1996 und 1999 bis 2009) oder aber seine Einflusssphäre zu erhalten oder zu erweitern (Georgien 2008, Ukraine ab 2014). Hinzu kamen später Expeditionsoperationen zur Unterstützung befreundeter Machthaber und zur eigenen Machtprojektion, etwa in Syrien oder in Libyen, unter Zuhilfenahme der Söldnertruppe „Wagner". Viele mittel- und osteuropäische Staaten hatten lange davor gewarnt, dass Russland sich nicht an die Regeln halten und wenn nötig seine Ziele militärisch durchsetzen würde. Doch die meisten anderen europäischen Staaten nahmen diese Warnungen nicht ernst. Auch weitere Indizien wie die zunehmende autoritäre Entwicklung in Russland, die Einschränkungen der Zivilgesellschaft, die Bekämpfung der Opposition – sei es der Mord an der Menschrechtsaktivistin Anna Politkowskaja 2006 oder die Vergiftung des Oppositionellen Aleksej Nawalny 2020 –, oder die Einmischung in andere Staaten – etwa mit dem Giftanschlag auf den ehemaligen Spion Sergej Skripal 2018 im Vereinigten Königreich oder dem Tiergartenmord in Berlin 2019 –, führten nicht zu einer grundlegenden Änderung der Politik gegenüber Russland.[02]

Zwar hat die EU nach der Annexion der Krim 2014 umfassende Sanktionen gegen Russland verhängt und die Nato eine Neuaufstellung und Refokussierung auf Bündnisverteidigung beschlossen. Aber die energiepolitische Abhängigkeit Deutschlands und anderer EU-Staaten von Russland blieb bestehen und wurde durch die 2015 – also nach der Annexion der Krim – begonnene Pipeline „Nord Stream 2" noch verstärkt. Es dauerte bis 2022 und brauchte offenbar einen russischen Angriffskrieg, bis es unmöglich war, die Tatsache zu ignorieren, dass Russland sich aus dem europäischen Konsens zur Friedensordnung verabschiedet hatte.

ENTGRENZTE GEWALT

Von dieser Friedensordnung oder kooperativen Sicherheitsordnung, in der die westeuropäischen Staaten Sicherheit *mit* Russland gestalten wollten, sind die europäischen Staaten übergegangen in eine Sicherheits*un*ordnung: Die alte Ordnung ist zusammengebrochen, aber es ist nicht ganz klar, was danach kommen wird. Es ist allerdings bereits absehbar, dass sich die europäischen Staaten einrichten müssen auf eine dauerhafte Veränderung hin zu einer konfrontativen Sicherheitsordnung in Europa, in der Sicherheit nicht mehr *mit* Russland funktioniert, sondern in Abgrenzung von und sogar gegen Russland.

Diese konfrontative Dimension resultiert nicht aus dem Willen der EU- und Nato-Staaten, sondern daraus, dass Russland den kooperativen Ansatz durch einen der militärischen Stärke ersetzt hat und durch den Angriffskrieg auf die Ukraine Völkerrecht gebrochen hat. In Gesprächen und Verhandlungen hat der russische Präsident Wladimir Putin getäuscht. So sagte er Bundeskanzler Olaf Scholz und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron im Februar 2022 kurz vor Kriegsbeginn bei einem der zahlreichen Schlichtungsversuche zu, es würde keinen Krieg geben. Damit ist die wesentliche Grundlage für gemeinsame Absprachen und eine stabile Zukunft nicht mehr vorhanden: Vertrauen und Berechenbarkeit.

Ziele und Mittel des russischen Angriffskrieges setzen auf die Entgrenzung von Gewalt: Moskau möchte nicht nur die politische Führung der Ukraine austauschen, es möchte das Land militärisch neutralisieren und seine nationale Identität auslöschen. Deshalb sehen wir neben der Zerstörung, die mit jedem Krieg einhergeht, weitere dramatische Entwicklungen: Angriffe auf zivile Infrastruktur, Deportationen, systematische

01 Vgl. Margarete Klein/Solveig Richter, Russland und die euro-atlantische Sicherheitsordnung. Defizite und Handlungsoptionen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Studie 34/2011, S. 7–12.

02 Vgl. Daniel Brössler, Spuren der Gewalt, 21.8.2021, www.sueddeutsche.de/1.5005085.

Tötungen und Misshandlungen von Zivilisten. Kriegsverbrechen wie in Butscha werden nicht nur billigend in Kauf genommen, sie sind Teil der Strategie.[03] Der russische Präsident hat die dort stationierten Einheiten nachträglich sogar ausgezeichnet. Versuche zur Beendigung des Konflikts hat die russische Regierung bislang verstreichen lassen – sie hofft offenbar, ihre Interessen militärisch durchsetzen zu können. Daraus folgt, dass es keine stabile Ordnung mit Russland geben wird, solange Präsident Putin an der Macht ist, da Stabilität entweder eine gemeinsame Wertebasis voraussetzt oder zumindest ein Verständnis von geltenden Regeln, die einzuhalten sind. Doch weder eine gemeinsame Wertebasis noch ein einfacher Regelsatz existiert. Zudem haben die westlichen Staaten angesichts der wiederholten Brüche von Verträgen und Völkerrecht wenig Vertrauen in Russlands Verlässlichkeit.

Diese neue Ordnung, also der Übergang von der alten kooperativ-integrativen Ordnung zur neuen Konfliktordnung gegen und in Abgrenzung von Russland, bedeutet eine dauerhafte Veränderung: Es ist kein vorübergehender Wandel, der in einigen Monaten vorbei sein wird. Er wird die europäische Ordnung für Jahrzehnte prägen. Dieser Wandel erfordert zudem, Grundannahmen zu überdenken und Abschied von traditionellen Ansätzen zu nehmen, auf die sich Deutschland bislang verlassen hat, etwa „Wandel durch Handel" und Konfliktvermeidung durch Interdependenz.

KRIEG UND FRIEDEN VERSCHWIMMEN

Das Kernelement der neuen Konfliktordnung in Europa liegt darin, dass nicht mehr Krieg und Frieden die definierenden Elemente sein werden, sondern ein dauerhafter Konflikt unterhalb der Schwelle eines offenen Krieges. Es gilt daher, den binären Ansatz zu überwinden: Die Abwesenheit von Krieg bedeutet nicht die Anwesenheit von Frieden. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine und der Annexion der Krim 2014 herrschte in der Ukraine zwar kein offener Krieg, aber auch kein Frieden, denn Russland hat das Land mit einem permanenten Konflikt überzogen: ausgetragen über Fake News, Cyberangriffe, wirtschaftlichen Druck und kleinere militärische Zusammenstöße an der Kontaktlinie. Eine Konfliktordnung in Europa bedeutet daher, dass die Abgrenzung von Russland nicht friedlich sein wird, aber auch nicht unbedingt traditionell kriegerisch. Im Rahmen einer neuen konfrontativen Ordnung in Europa müssen sich die Europäer darauf einstellen, dass sie in einer permanenten Auseinandersetzung stehen werden, nicht nur mit Russland, sondern voraussichtlich auch mit China.

Diese wird mal mehr, mal weniger offen ausgetragen und wahrscheinlich auf alle Lebensbereiche ausgeweitet: Das Ziel der Angriffe auf Politik, Gesellschaft und Einzelpersonen wird es dabei sein, die internen westlichen Strukturen zu schwächen – den gesellschaftlichen Zusammenhalt, demokratische Institutionen, Freiheit und Pluralität, funktionierende kritische Infrastrukturen. Dies kann durch Cyberangriffe auf Parlamente und Wirtschaftsinstitutionen erfolgen, durch Falschinformationen, das Einkaufen in kritische Infrastrukturen wie Häfen oder durch Unterwanderung von Forschungseinrichtungen. Damit wird deutlich, dass kritische Infrastruktur nicht nur technischer, sondern auch politisch-gesellschaftlicher Natur ist: Auch die demokratischen Strukturen an sich sind eine schützenswerte kritische Infrastruktur.

Wollen die europäischen Staaten in dieser Konfliktordnung bestehen, müssen sie umfassende Anpassungen im politischen, wirtschaftlichen, aber auch verteidigungspolitischen Bereich vornehmen. Tatsächlich spiegeln sich diese Anforderungen und Empfehlungen auch in der Debatte um europäische Handlungsfähigkeit und strategische Souveränität wider. Der Befund ist weitgehend Konsens: Insbesondere die europäische Staatengemeinschaft muss weitaus mehr investieren, um ihr Schicksal selbst bestimmen zu können. Gleichzeitig zeigt der Krieg schmerzhaft die Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit auf. Im Kernbereich der Souveränität, nämlich der Sicherheit und Verteidigung, ist Europa von den politischen, konventionellen und nuklearen Beiträgen der USA abhängig.

EUROPA IN DER KONFLIKTORDNUNG

Für die Europäer kommt es deshalb darauf an, ihr eigenes politisches System resilienter gegen Ein-

03 Vgl. Melanie Amann/Matthias Gebauer/Fidelius Schmid, Russische Soldaten besprachen Gräueltaten gegen Zivilisten über Funk, 7.4.2022, www.spiegel.de/a-9e01662c-aa7e-4828-bf6f-f662d9b6164e.

flussnahme und Angriffe zu gestalten. Das fängt bei einer modernen Bildungspolitik an, die den Umgang mit Fake News lehrt, und reicht bis zu effizienten Mechanismen, die Finanzierung von Parteien zu prüfen und demokratische Institutionen vor Unterwanderung zu schützen. Auf EU-Ebene gilt es, geopolitischer zu denken und diejenigen Länder gezielter einzubinden, die Russland als seine Einflusssphäre begreift und über die es sein Störpotenzial, etwa durch politische Aufwiegelung gegen die EU, auszuspielen sucht: vom Balkan über Moldau bis zur Ukraine und Belarus – aber auch auf dem afrikanischen Kontinent, etwa in Mali. Es braucht eine EU, die ihrem Anspruch als geopolitischer Akteur gerecht wird und zugleich akzeptiert, dass es hierfür Partner braucht, auch unbequeme wie das Vereinigte Königreich oder die Türkei.

Ebenso sollten die EU-Staaten die Idee des „Westens" neu etablieren, und zwar nicht als geografisches, sondern als normatives Konzept. Dann umfasst dieser Westen weltweit Staaten, die Ideen und Prinzipien wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit teilen. Dazu gehören die transatlantischen Partner USA und Kanada, aber auch Japan, Australien und all jene, die sich zu diesen Prinzipien bekennen. Gleichzeitig darf dieses Konzept des Westens nicht in ein „the West against the rest" ausarten. Es gilt vielmehr, so viele Staaten wie möglich von den Vorzügen dieses Ansatzes zu überzeugen, gerade auch zögerliche wie Indien oder Südafrika. Für die EU gilt umso mehr, dass sie nur dann ein glaubwürdiger internationaler Akteur sein kann, wenn sie ihre eigenen Prinzipien ernst nimmt. Auch wenn Russland das Völkerrecht bricht, müssen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht für Europa unverhandelbar bleiben – sie machen den Unterschied aus gegenüber Autokratien. Es ist deshalb wichtig, diese Prinzipien auch bei sich selbst durchzusetzen, etwa mit Blick auf die Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen.

Wirtschaftlich haben sich die Europäer als Antwort auf den Krieg auf Sanktionen und auf eine weitreichende ökonomische Abkopplung von Russland geeinigt. Dies erfordert eine grundlegende Reorganisation ihres Wirtschaftssystems. Akut geht es um den Umgang mit den Folgen der Sanktionen und eine Diversifizierung vor allem im Energiebereich. Die Sanktionen haben daher auch für Europa selbst hohe Kosten, weil es sich in eine einseitige Abhängigkeit insbesondere von russischem Öl und Gas begeben hat. Gleichzeitig gilt es, Abwägungen beim Budget zu treffen und diese zu begründen, etwa wenn ab sofort größere Summen in die Verteidigungspolitik statt in andere Politikbereiche fließen.

Wollen Deutschland und seine Partner auch in Zukunft Wohlstand und Sicherheit in Europa gewährleisten, gilt es – auch vor dem Hintergrund des Klimawandels –, zwei Schlüsselelemente zu beachten: *Erstens* bedarf es einer Diversifizierung der Handelspartner und Vorsicht bei ihrer Wahl, um einseitige Abhängigkeiten und Erpressbarkeiten zu vermeiden. *Zweitens* sind technologische Modernisierung und ein ökologisch nachhaltigeres Wirtschaften unabdingbar. Das demokratische Europa sollte bei seiner geopolitischen Ausrichtung deshalb eine Art „grünen Marshallplan" für die europäischen Ringstaaten wie die Ukraine und Moldau mitdenken.

ROLLE DER NATO

Mit Blick auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist es notwendig, dass sich die europäischen Staaten in einer Konfliktordnung in zweierlei Hinsicht neu aufstellen. Es geht einerseits um die Belastbarkeit, Widerstandsfähigkeit und Wiederaufwuchsfähigkeit gesellschaftlicher Strukturen, um resilienter zu sein gegen Cyberangriffe, Desinformation oder sonstige Angriffe auf kritische Infrastrukturen. Andererseits geht es um den Schutz vor traditionellen militärischen Bedrohungen. Die europäischen Demokratien, Bevölkerung und Territorien müssen auch in dieser Hinsicht besser geschützt werden. Dafür braucht es einsatzfähige Streitkräfte, die gewährleisten, dass die europäischen Staaten Regeln, etwa die Unverletzlichkeit von Grenzen, durchsetzen können.

Zu diesem Zweck hat die Nato eine strategische Anpassung auf den Weg gebracht, mit der sie auf zwei fundamentale Veränderungen reagiert: Zum einen ist Russland durch die Anwesenheit seiner Truppen in der Ukraine und Belarus geografisch an die Nato herangerückt, zum anderen hat es durch den Angriff auf die Ukraine seine grundsätzliche Eskalationsbereitschaft inklusive nuklearer Drohungen demonstriert. Russland ist bereit, seine Interessen mit Krieg durchzusetzen. Damit hat sich die Sicherheitslage in Europa für die absehbare Zukunft fundamental verschlechtert.

In einer ersten Reaktion hat die Nato auf Sondergipfeln mehrere Entscheidungen getroffen, um ihre 30 Mitglieder zu schützen. Dazu gehören eine verstärkte Überwachung im See- und Luftraum, die Aktivierung der Nato-Verteidigungspläne, die Verlegung zusätzlicher Land-, See- und Luftkräfte in höherer Alarmbereitschaft entlang der östlichen Grenze des Bündnisgebietes und eine Anpassung der Kommandolinien, sodass der Nato-Oberbefehlshaber in Europa mehr Entscheidungsgewalt über die ihm unterstellten Truppen hat. Dabei hat das Bündnis ausdrücklich den defensiven Charakter aller Maßnahmen betont: Sie dienen dem Schutz der Verbündeten, nicht der Angriffsvorbereitung.

Langfristig muss die Nato allerdings aus dem Krisenmodus in eine neue Aufstellung wechseln, um der veränderten Sicherheitslage in Europa Rechnung zu tragen. Auf dem Nato-Gipfel Ende Juni 2022 in Madrid beschloss das Bündnis ein neues strategisches Konzept und eine Neuaufstellung der Abschreckungs- und Verteidigungsplanung, die unter anderem eine neue schnelle Eingreiftruppe und größere Truppenpräsenz im östlichen Bündnisgebiet vorsieht. Die Umsetzung wird jedoch dadurch erschwert, dass die nach der russischen Annexion der Krim 2014 beschlossene Neuaufstellung noch nicht vollständig umgesetzt worden ist. So stellen nicht alle Mitglieder genügend Fähigkeiten bereit, und nicht alle erfüllen das gemeinsam vereinbarte Ziel, zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben. Doch die Nato ist nur so stark wie die beteiligten Staaten zusammen: Eine erfolgreiche Neuaufstellung wird von den Beiträgen der einzelnen Alliierten abhängen, insbesondere der großen wie Deutschland.

DEUTSCHLAND UND EUROPA IN DER ZEITENWENDE

Die Bundesrepublik wird in der Neuordnung der europäischen Sicherheitsstrukturen eine entscheidende Rolle spielen – positiv, wenn sie die neue Ordnung aktiv mitgestaltet, oder negativ, wenn sie zaudert.

Durch den Krieg wurden einige Grundannahmen deutscher Sicherheitspolitik „über Nacht" umgestoßen. Deutschland hatte sich mindestens seit der Wiedervereinigung militärisch nicht mehr bedroht gefühlt. Zusammen mit der historisch bedingten Zurückhaltung bei militärischen Fragen resultierten daraus über mehrere Jahrzehnte ein geringes politisches Interesse an sicherheitspolitischen Fragen, geringe öffentliche Unterstützung und geringe finanzielle Investitionen. Erst 2014 sprachen sich der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier, die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und der Bundespräsident Joachim Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz für eine größere internationale Verantwortung Deutschlands aus.[04] In der Folge verstärkte die Bundesrepublik zwar ihr militärisches Engagement, etwa durch die Führung einer multinationalen Nato-Einheit in Litauen, und der deutsche Verteidigungshaushalt wurde von rund 33 Milliarden Euro (2013) auf rund 46 Milliarden Euro (2020) erhöht.[05] Dennoch entstand der Eindruck, dass dies vor allem vom Willen getrieben war, als verlässlicher Bündnispartner wahrgenommen zu werden – nicht aufgrund einer Bedrohungsperzeption.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat dies fundamental verändert. Aus Berliner Sicht hat Russland nicht nur die Ukraine, sondern die gesamte europäische Sicherheitsordnung angegriffen, von der Deutschland jahrelang profitierte. Der Krieg gegen die Ukraine erscheint damit auch als ein Angriff auf die europäische Lebensart, die Werte und Strukturen in Europa – und damit letztlich auch auf Deutschland.

Die „Zeitenwende-Rede" von Kanzler Scholz am 27. Februar 2022 markiert den Beginn der sicherheitspolitischen Neuaufstellung Deutschlands.[06] Unabhängig davon hatte sich die Regierung bereits 2021 im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, eine nationale Sicherheitsstrategie zu erarbeiten – die erste überhaupt für die Bundesrepublik. Deshalb müssen die Aussagen der Bundesregierung hierzu als Teil der sicherheitspolitischen Agenda gesehen werden, die sich die Regierung gesetzt hat. Es lassen sich daraus folgende Prioritäten ableiten: klassische Verteidigungspolitik inklusive nuklearer Teilhabe, Neuaufstellung der Nato im Osten, umfassende Sicherheitspolitik und Verteidigungsfähigkeit in einer vernetzten Welt, stärkere Vernetzung

04 Vgl. Claudia Major/Christian Mölling, Zwischen Krisen und Verantwortung: Eine erste Bilanz der neuen deutschen Verteidigungspolitik, French Institute of International Relations, Note du Cerfa 127/2015.

05 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungshaushalt 2021, www.bmvg.de/de/themen/verteidigungshaushalt/verteidigungshaushalt-2021.

06 Vgl. Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27.2.2022, www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356.

von innerer und äußerer Sicherheit, Klimaaußenpolitik, Politik im Cyberraum, ressortübergreifende Zusammenarbeit und vorausschauende Sicherheitspolitik sowie die Reduzierung technologischer Abhängigkeiten. Bislang erregten jedoch vor allem die Ankündigungen im Verteidigungsbereich Aufsehen, insbesondere jene, die der Kanzler in seiner „Zeitenwende-Rede" formulierte:

– die Bereitstellung eines Sondervermögens über 100 Milliarden Euro, um große Projekte, etwa neue Flugzeuge, langfristig finanzieren zu können. Der Bundestag hat am 3. Juni 2022 für das Sondervermögen gestimmt und die Umsetzung auf den Weg gebracht.[07]

– die dauerhafte Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung. Deutschland hatte sich 2014 in der Nato verpflichtet, dieses Ziel bis 2024 zu erreichen, es aber bislang nicht in der mittelfristigen Finanzplanung verankert. Im aktuellen Haushaltsentwurf soll es durch Beiträge aus dem Sondervermögen erreicht werden. Der deutsche Verteidigungshaushalt würde damit von rund 50 Milliarden Euro auf rund 75 Milliarden Euro anwachsen und damit zum größte Verteidigungshaushalt in Europa werden.[08]

– die Ankündigung lang umstrittener Beschaffungsprojekte, wie der Kauf von F35-Kampfflugzeugen, um Deutschlands Rolle in der nuklearen Abschreckung zu sichern, sowie von bewaffneten Drohnen.

Für eine wirkliche Zeitenwende ist neben der Umsetzung dieser Entscheidungen jedoch ein weitreichendes politisches Umdenken notwendig. Auch das hat die Rede des Kanzlers verdeutlicht, kündigte er darin doch umfangreiche Veränderungen in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik an, ja eine Abkehr von bisherigen Prinzipien. Dazu gehören Waffenlieferungen an die Ukraine, die Deutschland bis zum Kriegsbeginn abgelehnt hatte, eine möglichst baldige Beendigung der Energieabhängigkeit von Russland sowie die umfangreichen Investitionen in die deutschen Verteidigungsfähigkeiten.

Angesichts der Politiklinie früherer Regierungen sind dies beeindruckende Schritte. Dennoch fehlen bislang zwei entscheidende Dinge: zum einen ein Ziel beziehungsweise eine Vision, die eine Richtung definiert. Wo soll Deutschland 2040 stehen, welchen Beitrag zur Sicherheit will es dann leisten? Zum anderen braucht es zusätzlich eine mentale Zeitenwende: das Ablegen alter Denkmuster und das Einüben neuer Routinen und Kategorien. Die Bundesregierung und die deutsche Bevölkerung müssen zudem anerkennen, dass militärische Macht wieder zu einem zentralen Bestandteil der internationalen Beziehungen geworden ist. Selbst wenn Deutschland den Einsatz militärischer Mittel ablehnt oder nur in sehr engem Rahmen unterstützt, muss es zur Kenntnis nehmen, dass andere Länder – wie Russland – militärische Macht zur Durchsetzung der eigenen Interessen einsetzen. Daher muss auch Deutschland militärische Mittel mitdenken – nicht um selbst Krieg zu führen, sondern um Bedrohungen abzuwenden. Dieses Umdenken ist schwierig und erfordert eine umfassende gesellschaftliche Debatte.

Bislang ist bei Deutschlands Partnern der Eindruck entstanden, dass sich die Bundesregierung nur zögerlich engagiert, sowohl mit Blick auf die militärische Unterstützung der Ukraine als auch hinsichtlich der europäischen Neuordnung. Dies liegt an der teils schlechten Vermittlungsarbeit der Bundesregierung darüber, was sie tatsächlich macht, aber auch an der vergleichsweise langsamen Unterstützung für die Ukraine. Doch wie Deutschland in dieser Phase „zwischen den Ordnungen" agiert, betrifft nicht nur die Bundesrepublik, sondern ganz Europa. Es ist deshalb keine rein deutsche Hausaufgabe: Es ist die notwendige Voraussetzung für die Gestaltung einer neuen europäischen Sicherheitsordnung.

CLAUDIA MAJOR
ist promovierte Politikwissenschaftlerin und Leiterin der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.
claudia.major@swp-berlin.org

CHRISTIAN MÖLLING
ist promovierter Politikwissenschaftler und Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.
moelling@dgap.org

07 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Deutscher Bundestag verabschiedet das Sondervermögen Bundeswehr, Pressemitteilung, 3.6.2022, www.bmvg.de/de/presse/deutscher-bundestag-verabschiedet-sondervermoegen-bundeswehr-5441248.
08 Vgl. Christian Mölling/Torben Schütz, Zeitenwende in der Verteidigungspolitik, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Policy Brief 16/2022, S. 5.

ESSAY

IM OSTEN NICHTS NEUES

Was der Westen übersah – oder ignorierte

Andrii Portnov

Viele Dinge beginnt man erst nach einer Katastrophe zu verstehen. So kam etwa die Invasion Russlands in die Ukraine am Morgen des 24. Februar 2022 für die meisten Menschen in Westeuropa überraschend. Vielleicht noch überraschender aber war der entschlossene Widerstand der Ukrainerinnen und Ukrainer, der die Umsetzung der russischen Blitzkriegspläne unmöglich machte und dem versuchten „Enthauptungsschlag" standhielt. Doch warum waren so viele überrascht? Wieso haben Deutschland und die westliche Welt insgesamt sowohl die Politik Russlands als auch den Zustand der ukrainischen Gesellschaft so falsch eingeschätzt? Und was ist das Wesen von Putins Aggression?

GESCHICHTSLEKTION VON PUTIN

Am 30. Juni 2021 behauptete der Präsident der Russländischen Föderation, Wladimir Putin, in seiner jährlichen Pressekonferenz, dass Ukrainer und Russen „ein einziges Volk" seien, und kündigte an, einen längeren Artikel zu diesem Thema zu schreiben. Der Text erschien knapp zwei Wochen später auf der Website des Kremls.[01] Seine Hauptaussage ist einfach: Putin zufolge ist das ukrainische National- und Staatsprojekt eine junge, nicht früher als auf das Ende des 19. Jahrhunderts zu datierende Erfindung externer Mächte und eines kleinen Teils der lokalen Eliten, die sich gegen Russland und den Willen der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung gestellt hätten. Dieselben Kernpunkte – die Ukraine als gescheiterter Staat, der vollständig vom Westen, in erster Linie von den USA und der Nato, abhängig sei – wiederholte Putin in einem fast einstündigen Vortrag, der drei Tage vor dem Einmarsch in die Ukraine anlässlich der Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk im russischen staatlichen Fernsehen ausgestrahlt wurde.[02]

Nach dieser Rede gab es keinen Zweifel mehr daran, dass Putins Invasionsentscheidung bereits gefallen war. Aus heutiger Sicht erscheint es sogar, dass diese Schlussfolgerung schon aus der Lektüre des „historischen Artikels" im Sommer 2021 hätte gezogen werden müssen. Denn Putin hatte ihn ganz sicher nicht geschrieben, um eine geschichtswissenschaftliche Fachdiskussion anzustoßen. Er hatte zum einen den Schwerpunkt so weit wie möglich auf die manipulative Frage „historischer Rechte" gelegt; zum anderen hatte er deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er die Ukraine als ein Feld der Konfrontation mit dem Westen betrachtet. Die Veröffentlichung war praktisch mit der Fertigstellung der Pläne für den Start der Ostsee-Pipeline „Nord Stream 2" zusammengefallen, auf deren „rein wirtschaftliche" Bedeutung die deutsche Regierung bis zum 24. Februar 2022 beharrte. Dabei hatten selbst dem Kreml nahestehende Außenpolitikexperten den Artikel als Eingeständnis des „Endes der liberalen Ordnung" und der Rückkehr der Welt zum „nackten Konkurrenzkampf", verbunden mit dem „Zwang der ehemaligen Peripherie zur Loyalität gegenüber Moskau", interpretiert.[03]

Der Artikel über die Ukraine war nicht die erste „historische Enthüllung" Putins. Vielmehr ist es bezeichnend, dass auch seine früheren Reden im Westen weitgehend ignoriert und keine politischen Schlüsse daraus gezogen wurden. So leugnete Putin zum Beispiel im Juni 2020 in einem – auf Englisch – veröffentlichten Artikel zum Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges die Verantwortung der Sowjetunion für den Molotow-Ribbentrop-Pakt und die dadurch ermöglichte Zerstörung des polnischen Staates im September 1939. Gleichzeitig argumentierte er,

dass die aggressive Politik Polens zusammen mit der „nationalen Demütigung" Deutschlands nach 1918 eine der Vorbedingungen für den Krieg gewesen war.[04]

Es hat wenig Sinn, Putins Glaubenskonzepte mit wissenschaftlichen Argumenten zu widerlegen. Aber es ist eine wichtige Forschungsaufgabe, die zugrundeliegenden Quellen zu verstehen. Was Putin sagt und schreibt, ist nicht originell. Insbesondere seine Fernsehansprache vom 21. Februar 2022 erinnert an einigen Stellen an die Thesen zur Ukraine aus Alexander Solschenizyns Manifest „Russlands Weg aus der Krise" von 1990. Der Literaturnobelpreisträger geht in diesem zutiefst konservativen und zuweilen imperialistischen Text ebenfalls davon aus, dass die Ukraine zur russischen Geschichte und zum russischen Volk gehört, und bezeichnet die Unabhängigkeit des Landes beziehungsweise seine „Teilung" von Russland als „Folge der Verfinsterung in den kommunistischen Jahren".[05] Der Gedanke, dass die Ukraine sich unabhängig von Russland entwickeln könnte, scheint Putin ebenso fern zu liegen wie vielen anderen Vertretern des konservativen slawophilen Denkens. Vielmehr herrscht dort die Ansicht vor, den Ukrainern sei die Idee einer selbstständigen Entwicklung von außen aufgezwungen worden. Nach dieser Logik ist eine Ukraine, die nicht prorussisch ist, unweigerlich das Produkt einer externen Intrige.

Andere Quellen von Putins Konzepten gleichen mitunter mythologischen Erzählungen. Bereits 2012 argumentierte der damalige russische Kulturminister Wladimir Medinskij: „Ich glaube, dass nach all den Katastrophen, die Russland im 20. Jahrhundert heimgesucht haben, vom Ersten Weltkrieg bis zur Perestrojka, die Tatsache, dass Russland immer noch überlebt hat und sich entwickelt, darauf hindeutet, dass unser Volk ein zusätzliches Chromosom hat."[06] Es ist kein Zufall, dass gerade Medinskij, der dafür bekannt ist, die russische Geschichte auf vielfältige und skandalöse Weise für politische Zwecke zu instrumentalisieren, heute die russische Delegation bei den Verhandlungen mit der Ukraine anführt.

Der russische Literaturwissenschaftler und Oxford-Professor Andrej Sorin wies kürzlich darauf hin, dass die offizielle Interpretation der Ereignisse zwischen 1989 und 1991 das Bewusstsein der russischen Öffentlichkeit „nicht als Befreiung Russlands vom sowjetischen Totalitarismus und seinem imperialen Erbe, sondern als Niederlage gegen den Westen im Kalten Krieg" beherrscht – noch dazu als eine Niederlage, die durch Täuschung erreicht worden sei.[07] Nach dieser Darstellung glaubte Russland an ein gemeinsames europäisches Haus, stimmte der deutschen Wiedervereinigung zu und erhielt im Gegenzug eine Nato-Erweiterung bis an seine Grenzen.

Dieses Narrativ wird kultiviert und verbreitet, seit Putin Präsident ist. Am 30. Dezember 1999, einen Tag bevor sein Amtsvorgänger Boris Jelzin seinen vorzeitigen Rücktritt ankündigte, veröffentlichte Putin seinen heute weitgehend vergessenen Artikel „Russland zur Millenniumswende".[08] Es ging darin vor allem um Wirtschaftsreformen, aber er nannte bereits die wichtigsten Bestandteile der „russländischen Idee": Patriotismus, Souveränität, Staatlichkeit und „die Hinwendung zu kollektiven Lebensformen" im Gegensatz zu dem im Westen vorherrschenden Individualismus. Kurz nach seinem Amtsantritt als Präsident im Jahr 2000 war eine seiner ersten symbolpolitischen Entscheidungen die Wiedereinführung der Hymne der UdSSR als Hymne Russlands. Dass er die Auflösung der Sowjetunion einige Jahre später als „die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts" be-

01 Vgl. Wladimir Putin, Pro istoryčnu jednist' rosijan ta ukrainciv [Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern], 12.7.2021, http://kremlin.ru/events/president/news/66182.

02 Vgl. ders., Rede an die Nation vom 21.2.2022, https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022.

03 Fjodor Lukjanov, Real'noe dobrososedstvo [Echte Nachbarschaft], 14.7.2021, www.kommersant.ru/doc/4899556.

04 Wladimir Putin, The Real Lessons of the 75th Anniversary of World War II, 18.6.2020, https://nationalinterest.org/feature/vladimir-putin-real-lessons-75th-anniversary-world-war-ii-162982.

05 Alexander Solschenizyn, Russlands Weg aus der Krise. Ein Manifest, München 1990, S. 16.

06 Wladimir Medinskij, U naroda Rosii imejetsia odna lischniaja chromosoma [Das Volk Russlands hat ein zusätzliches Chromosom], 21.1.2013, www.bbc.com/russian/rolling_news/2013/01/130121_rn_medinsky_usa_interview.

07 Andrej Zorin, Ustarevschije predstalenija stanovjatsja obosnovaniem massovogo ubijstva ljudej [Veraltete Vorstellungen werden zu einer Rechtfertigung für Massenmord], 30.3.2022, https://meduza.io/feature/2022/03/30/ustarevshie-predstavleniya-stanovyatsya-ne-teoreticheskim-zabluzhdeniem-a-obosnovaniem-massovogo-ubiystva-lyudey.

08 Vgl. Wladimir Putin, Rossija na rubeže tysiačeletij [Russland zur Millenniumswende], 30.12.1999, www.ng.ru/politics/1999-12-30/4_millenium.html.

zeichnete, darf mittlerweile als bekannt vorausgesetzt werden. Seine Worte haben die vorherrschende Volksstimmung sowohl geprägt als auch erraten.

Eine wichtige Rolle für die Etablierung dieser Weltsicht spielt auch das militärische Eingreifen der Nato im ehemaligen Jugoslawien 1999, was später zur Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo führte. Für das postsowjetische Russland waren diese Ereignisse „ein Moment der Wahrheit".[09] Danach empfand die Führung Russlands jede Nato-Osterweiterung als „Vorbereitung einer Aggression". Es ist bezeichnend, dass Putin bei einem Treffen mit UN-Generalsekretär António Guterres am 26. April 2022 das Thema Kosovo erneut ansprach und die damalige Nato-Operation direkt mit der laufenden russischen „Spezialoperation" in der Ukraine verglich.

Bereits 2007 hatte Putin seine programmatische Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz mit den Worten beendet: „Russland ist ein Land mit einer mehr als tausendjährigen Geschichte, und es hat immer das Privileg, eine unabhängige Außenpolitik zu führen."[10] Dass er hierfür auch den Einsatz militärischer Mittel vorsah, zeigten die folgenden Jahre: Kurz nach dem Nato-Gipfel in Bukarest im April 2008, auf dem der Ukraine und Georgien eine Perspektive für die Aufnahme in die Allianz eröffnet wurde, marschierten russische Truppen in Georgien ein. Es folgte die Annexion der Krim im Frühjahr 2014, und am 7. Oktober 2015, Putins 63. Geburtstag, wurden Raketen auf Stellungen der syrischen Opposition abgefeuert. All diesen militärischen Entscheidungen liegt die Überzeugung zugrunde, dass der Souverän – oder, um eine Formulierung aus der russischen Geschichte zu verwenden, „der wahre Zar" – in seinem Recht, Gewalt anzuwenden und sich über formale internationale Rechtsnormen hinwegzusetzen, autark ist.[11]

Die Annexion der Krim führte zu einem Zusammenschluss der russischen Gesellschaft um Putin als „Landsammler". Dieser sogenannte Krim-Konsens markiert einen Moment der neuen Legitimierung seines Regimes. Sie fand ihre rechtliche Fortsetzung in der Verfassungsreform von 2020, die es Putin ermöglicht, bis 2036 Präsident zu bleiben – de facto also auf Lebenszeit. Der Einmarsch in die Ukraine 2022 sollte seine Legitimität offenbar nochmals stärken. Bestätigung erhoffte sich der russische Präsident dabei vor allem durch einen leichten und überzeugenden Sieg – nicht nur über die Ukraine, sondern über ihren vermeintlichen „Oberherrn", den kollektiven Westen. Ein rascher Sieg sollte zudem die endgültige Anerkennung der historischen Selbstständigkeit Russlands bewirken.

GESCHICHTSLEKTION FÜR PUTIN

Bei seiner Entscheidung für eine militärische Invasion in die Ukraine wird Putin die Stimmung in der russischen Öffentlichkeit berücksichtigt haben. Der russische Politologe Dmitri Furman stellte bereits 2010 fest, dass sich das russische Nationalbewusstsein weder aus der imperialen noch aus der sowjetischen Gefangenschaft befreit habe – die postsowjetischen Grenzen der Russländischen Föderation würden als unnatürlich und historisch ungerecht betrachtet. Dies erlaube es den politischen Eliten Russlands, die autoritäre Entwicklung ihres Landes mit der Behauptung zu rechtfertigen, dass andernfalls, also bei mehr politischer Freiheit, die Gefahr eines Staatszerfalls bestünde.[12] Auf dem Argument, dass es einer „starken Hand" bedürfe, weil sonst „demokratischer Wankelmut" drohe, basierte auch die Erwartung, dass sich der Effekt des „Krim-Konsenses" wiederholen würde. Eine Voraussetzung für die erfolgreiche Mobilisierung der Gesellschaft für eine militaristische Außenpolitik ist jedoch ein „Sieg", vorzugsweise mit minimalen Verlusten. Ein solcher, soviel steht heute bereits fest, ist indes nicht mehr erreichbar.

Es ist bemerkenswert, dass es in Russland verboten ist, den Krieg in der Ukraine als solchen zu bezeichnen. Es ist lediglich die Rede

09 Vjačeslav Morosov, Rossija i drugie. Identičnost' i granicy političeskogo soobšestva [Russland und andere. Identität und Grenzen der politischen Gemeinschaft], Moskau 2009, S. 315–382.

10 Vystuplenie Vladimira Putina na Münchenskoj konferencji po voprosam politiki bezopasnosti [Die Rede von Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz], 10.2.2007, https://ru.wikisource.org/wiki/Речь_Путина_в_Мюнхене_(2007).

11 Vgl. Sergej Medvedev, Park Krymskogo perioda. Chroniki tretjego sroka [Krim-Park. Chronik der dritten Amtszeit], Moskau 2017, S. 132.

12 Vgl. Dmitri Furman, Ot Rossijskoj imperii k russkomu natsionalnomu gosudarstvu [Vom Russländischen Reich zum russischen Nationalstaat], in: Neprikosnovennyj zapas 5/2010, S. 47.

von einer militärischen „Spezialoperation". Und diese genießt in der russischen Bevölkerung beträchtliche Unterstützung. Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass eine vollwertige soziologische oder demoskopische Untersuchung mit Methoden, die für friedliche demokratische Gesellschaften entwickelt wurden, im heutigen Russland kaum möglich ist. Daher ist bei der Bewertung der kolportierten gesellschaftlichen Einstellungen Vorsicht geboten und unter anderem die Dynamik der Situation zu berücksichtigen. Offensichtlich ist es in der ersten Phase des Krieges gelungen, eine patriotische Mobilisierung in Gang zu setzen. Das heißt aber nicht, dass das Pendel nicht auch in die andere Richtung ausschlagen kann. Dies gilt umso mehr, als militärische Misserfolge in der russischen Geschichte schon mehrfach zu Auslösern für politische Veränderungen wurden: So folgten auf den gescheiterten Krimkrieg Mitte des 19. Jahrhunderts die liberalen Reformen Alexanders II., und die Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg 1904/05 trug entscheidend zum Legitimationsverlust von Nikolaus II. bei, was zur Revolution von 1905 und 1917 schließlich zu dessen Abdankung führte.

UNVERSTANDENE UKRAINE

1991 wurden alle in der Ukraine lebenden Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen, religiösen oder sprachlichen Herkunft, zu vollwertigen Bürgerinnen und Bürgern des jungen Staates. Damals sagten nicht wenige Beobachter den baldigen Zusammenbruch des Landes voraus und verwiesen auf die regionalen „Spaltungen". Die These von den „zwei Ukrainen" und die Überzeugung, dass die russischsprachige Bevölkerung politisch loyal zu Russland stehen würde, erschien vielen plausibel. Doch schon die ersten Tage von Putins Krieg haben gezeigt, wie simpel und weit hergeholt diese Vorstellungen sind. Andernfalls wären die russischsprachigen Ukrainer massenhaft auf die Seite der Besatzer übergelaufen und hätte die ukrainische Regierung dem Druck der russischen Aggression bereits nach kurzer Zeit nachgegeben. Warum ist es nicht passiert?

Letztlich ist es Russlands Angriff, der endgültig vor Augen geführt hat, dass sich in der Ukraine eine eigene Nation als spezifisches Modell politischer Loyalität und Identität herausgebildet hat, die nicht auf Sprache oder Religion reduziert werden kann. Auch im Angesicht der Invasion erwies sich die Vielfalt nicht als Schwäche: Religiöse und sprachliche Unterschiede haben die Einheit des Landes nicht beeinträchtigt. Um dies zu verstehen, ist es notwendig, sich endlich von vereinfachenden Übertragungen des schweizerischen oder kanadischen Modells auf die ukrainische Realität zu befreien: In der Ukraine gibt es keine klare geografische oder historische Grenze zwischen Russisch und Ukrainisch. Verschiedenen Erhebungen zufolge sprechen jeweils etwa 35 bis 40 Prozent der Bevölkerung nur oder überwiegend Russisch oder nur Ukrainisch, und etwa 20 Prozent geben an, Ukrainisch und Russisch gleichberechtigt zu verwenden. In der Ukraine ist ein besonderes Modell der situativen Zweisprachigkeit zu beobachten, bei der das Ukrainische im Bildungswesen dominiert und das Russische in Politik und Wirtschaft.[13] Am wichtigsten ist, dass in der Ukraine kein direkter Zusammenhang zwischen der bevorzugten Sprache und der politischen Ausrichtung der jeweiligen Person besteht. Insbesondere der letztgenannte Umstand macht Putins „Argument", Russischsprachigkeit bedeute eine prorussische Einstellung, obsolet und zeigt, dass es vollkommen losgelöst von der ukrainischen Alltagsrealität ist.

Es bedarf einer neuen, angemessenen Beschreibung der ukrainischen Vielfalt. Es ist an der Zeit, stereotype Phrasen über eine „drohende Spaltung" als solche zu entlarven und die Vielfalt des Landes – und zwar keineswegs nur die sprachliche – als entscheidende Quelle des politischen Pluralismus neu zu denken. Im Gegensatz zu den Nachbarländern Belarus und Russland hat sich in der Ukraine im Laufe der postsowjetischen Geschichte eine Tradition des politischen Wettbewerbs und des ständigen Machtwechsels entwickelt. Seit 1991 hatte das Land sechs Präsidenten, und nur einer von ihnen, Leonid Kutschma, schaffte es, für eine zweite Amtszeit wiedergewählt zu werden. Der

13 Zur Sprachpolitik und Sprachsituation in der Ukraine siehe Michael Moser, Language Policy and the Discourse on Languages in Ukraine under President Viktor Yanukovych, Stuttgart 2013; Volodymyr Kulyk, Language Policy in Ukraine: What People Want the State to Do, in: East European Politics and Societies 2/2013, S. 280–307; Volodymyr Kulyk, Einheit und Identität. Sprachenpolitik nach dem Majdan, in: Osteuropa 5–6/2014, S. 227–238.

derzeitige Präsident Wolodymyr Selenskyj wurde 2019 im zweiten Wahlgang mit deutlicher Mehrheit in der gesamten Ukraine gewählt. Seine Entscheidung, nach der russischen Invasion entgegen dem dringenden Rat führender westlicher Geheimdienste in Kyjiw zu bleiben, ist in ihrer Symbolkraft kaum zu überschätzen. Zudem gilt Selenskyj vielen als Verkörperung der ukrainischen Vielfalt: Er stammt aus einer russischsprachigen jüdischen Familie im Südosten des Landes und widerlegt damit leibhaftig die Kreml-Propaganda von der „Machtergreifung der Nazis".

Dennoch schlagen sich einige Hauptaussagen der Kreml-Propaganda immer wieder auch im westeuropäischen und deutschen Diskurs nieder – sei es in Expertenkreisen oder in der allgemeinen Öffentlichkeit. So gibt es eine anhaltende Identifizierung der Ukraine mit Nationalismus, während gleichzeitig die Existenz der ukrainischen Nation selbst bisweilen infrage gestellt wird. Und in westlichen akademischen und Medienkreisen wurde fast ebenso oft wie in Russland von der „tiefen Spaltung" der Ukraine, von „zwei Ukrainen" sowie von der Verknüpfung sprachlicher Präferenzen mit geopolitischen Ausrichtungen gesprochen. Versuche, auf die Einfachheit und Unzulänglichkeit solcher Akzente hinzuweisen, haben wenig Wirkung gezeigt.[14]

Es bleibt zu hoffen, dass nach dem 24. Februar 2022 das Bedürfnis nach einer neuen Sprache zur Beschreibung der ukrainischen Realität keinen solchen Widerstand mehr hervorrufen wird. Die Suche danach umfasst unter anderem auch eine kritische Analyse der diskursiven Prozesse in der heutigen Ukraine, einschließlich des zunehmenden Einflusses postkolonialer Ansätze in der Betrachtung der eigenen Geschichte.[15] Die postkoloniale Perspektive anstelle der Mythologie der „brüderlichen Völker" ermöglicht eine aussagekräftige vergleichende Analyse, die wiederum nicht im Widerspruch zur kritischen Empathie mit der Ukraine – einer Gesellschaft und einem Land im Krieg – steht.

Eine entscheidende Voraussetzung für ein Umdenken ist die volle Anerkennung ihrer historischen und kulturellen Handlungskompetenz. Es ist wiederholt festgestellt worden, dass die deutsche Stereotypisierung der Ukraine seit Jahren auf starken historischen Komplexen in Bezug auf Russland[16] und die USA[17] beruht. Mit anderen Worten: Die Ukraine diente oft als Vorwand, um die deutsche Haltung gegenüber Russland und den USA zum Ausdruck zu bringen. Das Recht der Ukraine, ein selbstständiges Subjekt zu sein, gilt nicht nur für die aktuelle politisch-militärische Situation, sondern erstreckt sich auch auf seine vielschichtige und komplexe Geschichte, einschließlich der ukrainisch-deutschen und ukrainisch-russischen Beziehungen. Diese nicht nur zu untersuchen, sondern die Erkenntnisse künftig stärker als bisher einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, wird eine wichtige Aufgabe für die Sozial- und Geisteswissenschaften sein.

14 Andrii Portnov, Postsowjetische Hybridität und „Eurorevolution", in: APuZ 47–48/2014, S. 3–8; ders., Post-Maidan Europe and the New Ukrainian Studies, in: Slavic Review 4/2015, S. 723–731.

15 Vgl. frühere Versuche, dieses Thema anzusprechen: Stephen Velychenko, Post-Colonialism and Ukrainian History, in: Ab Imperio 1/2004, S. 391–404; Serhy Yekelchyk, The Location of Nation: Postcolonial Perspectives on Ukrainian Historical Debates, in: Australian Slavonic and East European Studies 1–2/1997, S. 161–184. Siehe auch Stephen Velychenko, Painting Imperialism and Nationalism Red. The Ukrainian Marxist Critique of Russian Communist Rule in Ukraine. 1918–1925, Toronto 2015; Mykola Riabchuk, The Fence of Metternich's Garden. Essays on Europe, Ukraine and Europeanization, Stuttgart 2021.

16 Vgl. Gerd Koenen, Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten. 1900–1945, München 2005; Karl Schlögel (Hrsg.), Russian-German Special Relations in the Twentieth Century. A Closed Chapter?, Oxford–New York 2006.

17 Vgl. Dan Diner, Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments, Berlin 2002.

ANDRII PORTNOV
ist Professor für Entangled History of Ukraine an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder.
portnov@europa-uni.de

UNTER DEM DEUTSCHEN RADAR

Die postsowjetischen Kriege 1991 bis 2022

Jan Claas Behrends

In der westlichen Welt wurde das Ende der Sowjetunion lange Zeit als bemerkenswerte Ausnahme unter den imperialen Zusammenbrüchen gedeutet: Hier war ein Großreich zerfallen, ohne dass es dabei zu Krieg und Massengewalt gekommen war.[01] Die Perestrojka Michail Gorbatschows stand schließlich unter dem Zeichen einer „oktroyierten Zivilisierung" der kommunistischen Diktatur.[02] An die Stelle von Gewalt und Repression sollte ein neues Verhältnis zwischen dem sowjetischen Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern treten. Doch die Schwächung der eisernen Parteiherrschaft führte kurzfristig nicht in die Demokratie. Durch die entstehenden Macht- und Verteilungskämpfe in einem waffenstarrenden Imperium kam es in der UdSSR bereits während der Perestrojka zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen.

Der friedliche Wandel im Osten Deutschlands und in Ostmitteleuropa verstellte uns den Blick auf die gewalttätigen Konflikte, die sich im Baltikum, dem Kaukasus und in Zentralasien abspielten. Bereits 1988 kam es in der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku zu Pogromen, und kurz darauf eskalierte der Krieg um Bergkarabach.[03] Im Jahr des sowjetischen Zusammenbruchs 1991 kam es zu Einsätzen der Armee gegen friedliche Bürger in Tbilissi und Vilnius, den Hauptstädten Georgiens und Litauens. Das Ergebnis dieser Ereignisse waren Dutzende Verletzte und Tote. Doch im Vergleich zur Eskalation in Jugoslawien erschienen die postsowjetischen Konflikte zunächst als historische Marginalie. Die drei großen slawischen Republiken – Russland, die Ukraine und Belarus – lösten ihre Konflikte zunächst friedlich. Sie respektierten ihre Grenzen und verständigten sich in der Frage der Aufteilung von Armee, Flotte und Atomwaffen. Dabei trat die Russische Föderation das Erbe der UdSSR als nukleare Großmacht an. Militärische Konflikte beschränkten sich zunächst auf die Peripherien des untergegangenen Sowjetreiches: in Transnistrien, in Tadschikistan oder auch in Georgien schlugen politische Machtfragen bereits 1992 in Gewalt um. Hier endete die sowjetische Epoche im Bürgerkrieg.[04]

1990ER JAHRE: DER WEG IN DIE GEWALT

Von Weihnachten 1979 bis Januar 1989 führte die UdSSR Krieg in ihrem Nachbarland Afghanistan. Das Ziel der sowjetischen Invasion war ursprünglich die Unterstützung des pro-sowjetischen Regimes gegen eine islamisch inspirierte Rebellion. Innerhalb kurzer Zeit entwickelte sich am Hindukusch ein Partisanenkrieg, der von beiden Seiten mit äußerster Brutalität geführt wurde. Bereits Mitte der 1980er Jahre hatte die sowjetische Führung verstanden, dass sie diesen Kampf nicht gewinnen konnte. Doch erst 1988 gestand sich der Kreml die Niederlage ein und begann den Truppenabzug. Zehntausende sowjetischer Soldaten machten in den 1980er Jahren massive Gewalterfahrungen in Afghanistan.[05]

Im Kongress der Volksdeputierten, einem von Gorbatschow ins Leben gerufenen Parlament, bildeten die *afgancy* seit 1989 eine „patriotische" Fraktion, die für sich in Anspruch nahm, die Interessen der Armee und eines starken, imperialen Staates zu vertreten. Die Niederlage am Hindukusch führte in vielen Fällen in die politische Radikalisierung. Veteranen des Afghanistankrieges und der Geheimdienste waren neben slawophilen Nationalisten und Monarchie-Nostalgikern die ersten, die sich dem Kurs der Westernisierung und Demokratisierung offensiv entgegenstellten.[06] Mit einflussreichen Figuren wie Vizepräsident Alexander Ruzkoi, Verteidigungsminister Pawel Gratschow oder dem General Alexander Lebed war diese Strömung bereits früh in der postsowjetischen Politik präsent. Die Sprache ihrer Vertreter war in der Regel marti-

alisch, und sie scheuten nicht davor zurück, in Konflikten militärische Gewalt einzusetzen. Die Gruppe der Offiziere und Veteranen prägten in der Folge die russische Politik der 1990er Jahre.

Während der Machtkampf zwischen Boris Jelzin und Michail Gorbatschow im Herbst 1991 gewaltfrei ausgetragen wurde, kam es im Oktober 1993 zur militärischen Eskalation zwischen dem russischen Präsidenten und dem Volksdeputiertenkongress beziehungsweise Obersten Sowjet Russlands in Moskau. In dieser Verfassungskrise beanspruchten beide Seiten die Staatsmacht für sich: Jelzin erklärte die Auflösung des Parlaments und das Parlament die Absetzung Jelzins. Im Geiste von 1989 wäre es in dieser Krise sicher möglich gewesen, eine Verhandlungslösung zu finden. Doch dazu kam es nicht. Während sich die Deputierten im „Weißen Haus" in Moskau verbarrikadierten, suchte Jelzin den Schulterschluss mit der Armee, die am 4. Oktober 1993 im Beschuss des Gebäudes durch Panzertruppen gipfelte. Die autokratische Verfassung des neuen Russland wurde gewaltsam durchgesetzt. Das Bombardement des Parlaments und der Einsatz von Panzern in Moskau waren ein schlechtes Omen für die politische Entwicklung. Die Normalisierung militärischer Gewalt begann bereits zu Beginn der 1990er Jahre.

Vom Sturm auf den Obersten Sowjet führte der Weg in den ersten Tschetschenienkrieg. Auch hier wurde 1994 keine Verhandlungslösung mehr gesucht. Der mittlerweile unpopuläre Jelzin glaubte vielmehr, ein kurzer, siegreicher Krieg würde ihm neue Legitimität verschaffen. Doch im Kaukasus wiederholte sich nicht nur das militärische Scheitern des Afghanistaneinsatzes, sondern auch dessen Grausamkeit: Beobachter wurden Zeugen russischer Gräueltaten und Kriegsverbrechen, die in Geiselnahmen, Deportationen und der Zerstörung der Stadt Grosny gipfelten.[07] Kritische Stimmen wie die Historikerin Irina Scherbakowa erkannten im Rückblick, dass die Reformperiode, die Gorbatschow begonnen hatte, bereits Mitte der 1990er Jahre endete.[08] Das Ende liberaler Reformen manifestierte sich in der Renaissance der Autokratie und im Weg in die Gewalt. Weder die Alleinherrschaft Jelzins und seiner Entourage noch das brutale Vorgehen in Tschetschenien ließen sich mit dem Ziel der Demokratisierung und dem Aufbau einer offenen Gesellschaft in Einklang bringen.

Sowohl der autokratische Umbau als auch die Remilitarisierung Russlands begannen unter Jelzins Präsidentschaft. Zugleich stiegen Offiziere aus Militär und Geheimdienst in der russischen Politik auf.[09] Diese beiden Machtapparate wurden zwar durch das Ende der UdSSR verkleinert, aber nicht reformiert. Zu Jelzins engerem Umfeld gehörte von Beginn an der KGB-General Alexander Korschakow, der seinen Personenschutz leitete. 1996 löste der Geheimdienstmann Jewgenij Primakow den westlich orientierten Andrej Kosyrew als Außenminister ab. Primakow war in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre das erste Gesicht der autoritären Restauration und des imperialen Revanchismus. Unter seiner Ägide positionierte sich der Kreml wieder als antiwestliche Macht. Auch die kurze internationale Entspannungsphase, die unter Gorbatschow begonnen hatte, endete abrupt. Mit dem Kosovokrieg, der Öffnung der Nato nach Osten und dem neoimperialen Selbstverständnis Moskaus entstanden neue Konfliktfelder zwischen Ost

01 Vgl. Steven Kotkin, Armageddon Averted. The Soviet Collapse (1970–2000), Oxford 2001; Serhii Plokhy, The Last Empire. The Final Days of the Soviet Union, New York 2014.

02 Vgl. Jan C. Behrends, Oktroyierte Zivilisierung. Genese und Grenzen des sowjetischen Machtverzichts 1989, in: Martin Sabrow (Hrsg.), 1989 und die Rolle der Gewalt, Göttingen 2012, S. 401–424.

03 Vgl. Katja Doose, Tektonik der Perestroika. Das Erdbeben und die Neuordnung Armeniens, 1985–1998, Köln 2019.

04 Für einen Überblick vgl. Mathew Sussex, Conflict in the Former USSR, Cambridge 2012.

05 Vgl. Jan C. Behrends, Afghanistan als Gewaltraum: Sowjetische Soldaten erzählen vom Partisanenkrieg, in: Tanja Penter/Esther Meier (Hrsg.), Sovietnam. Die UdSSR in Afghanistan, 1979–1989, Paderborn 2017, S. 141–160.

06 Vgl. Jan C. Behrends, Die dunkle Seite der Perestroika. Autoritäre Strukturen, russischer Nationalismus und imperiales Denken unter Gorbačëv und El'cin, in: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2022, Berlin 2022, S. 149–164.

07 Vgl. Mark Galeotti, Russia's Wars in Chechnya, Oxford 2014.

08 Vgl. Irina Scherbakowa, 1997. Eine Wende, still und leise, in: Jan C. Behrends et al. (Hrsg.), 100 Jahre Roter Oktober. Zur Weltgeschichte der Russischen Revolution, Berlin 2017, S. 235–254.

09 Zum Wiederaufstieg der Geheimdienste in Russland vgl. Yevgenia Albats, KGB. State Within a State, London 1995; Andrei Soldatov/Irina Borogan, The New Nobility. The Restoration of the Security State and the Enduring Legacy of the KGB, New York 2010.

und West.[10] In der russischen Elite verfestigte sich nun die Idee, dass die Ordnung von 1989/91 ungerecht sei. Die Frage war nun, welche Mittel der Kreml einsetzen würde, um sie zu revidieren und zu welcher Reaktion der Westen sich durchringen könnte.

PUTINS IMPERIALE MISSION

Der Politiker Wladimir Putin ist ein Produkt seiner Ausbildung im KGB und der russischen Politik der 1990er Jahre.[11] Nach dem Zerfall der DDR, wo er die Perestrojka in Dresden ausgesessen hatte, kehrte er 1990 gedemütigt in seine Heimatstadt Leningrad zurück, die alsbald wieder Sankt Petersburg hieß. Dort brachte er seine geheimdienstliche Expertise in die postsowjetische Stadtpolitik ein. Nach der Abwahl seines Mentors Anatolij Sobtschak als Bürgermeister bekam er einen Posten in Moskau. Damit gehörte Putin zu den Aufsteigern aus dem Milieu der *silowiki,* der Vertreter des sowjetischen Sicherheitsapparates.

Putin ist in der Ordnung von Jalta aufgewachsen, die sein imperiales Denken geprägt hat. Den Verlust der stalinschen Einflusssphäre, die bis nach Berlin reichte, und das Ende der UdSSR hat er bis heute nicht überwunden. In wenigen Jahren stieg er vom Geheimdienstchef zum Premierminister auf. Im Sommer 1999 wählte ihn das Umfeld des kranken Präsidenten Jelzin als neuen Machthaber aus. Putin wurde auserkoren, weil er als Vertreter des Sicherheitsapparates für einen autoritären Kurs stand. Seine Ziele waren die Konsolidierung des Staates und die Wiederherstellung einer russischen Großmachtstellung in Europa und der Welt. Mit seiner Person kehrten die sowjetischen Strukturen und imperiale Mentalität an die Schaltstellen der Macht zurück.

Putins erste Entscheidung als Premierminister war die Wiederaufnahme der militärischen Operationen im abtrünnigen Tschetschenien. Dass er Jelzins Niederlage von 1995 revidierte, legte den Grundstein für sein öffentliches Ansehen und seine Wahl zum Präsidenten im März 2000. Durch den massiven Einsatz von Armee und Geheimdiensten gelang es ihm, die Kaukasusrepublik in einem mehrjährigen brutalen Feldzug zu unterwerfen. Der Zweite Tschetschenienkrieg wurde zum Leitmotiv seiner Ära: Der neue Präsident setzte auf militärische Gewalt, Krieg wurde zu seinem Markenzeichen. Da er seine Politik zunächst noch mit Kooperationsangeboten an den Westen bemäntelte, wurde Putin trotz massiver Menschenrechtsverletzungen im Kaukasus und autoritärem Umbau im Inneren keineswegs zu einem Paria der internationalen Politik. Im Gegenteil: Im September 2002, während der Tschetschenienkrieg tobte, wurde er vom Deutschen Bundestag eingeladen und mit Ovationen bedacht. Offenbar gaben ihm die deutschen Parlamentarier Carte blanche für sein militärisches Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung. Dabei wurden seit Stalins Zeiten nicht mehr so viele russische Staatsbürger durch ihre eigene Regierung ermordet. Die Massengewalt und die Massaker kehrten zurück, während der Westen die Augen vor der russischen Wirklichkeit verschloss.

Kurz vor ihrer Ermordung 2006 zog die Journalistin Anna Politkowskaja eine persönliche Bilanz zur russischen Politik. Sie stellte damals bereits die Frage, warum die Gewalttäter nicht verfolgt würden. Zugleich sah sie die Entwicklung der 2000er Jahre in Russland als Resultat vergangener Fehlentscheidungen. Sie beschrieb die Rückkehr der Repression als Konsequenz mangelnder Auseinandersetzung mit der sowjetischen Geschichte: „Wie eine chronische Krankheit neigt die Geschichte zu Rückfällen. Heilung hätte nur eines bringen können, eine moderne Chemotherapie, die alle todbringenden Zellen vernichtet. Diese Heilungschance wurde verpasst, wir haben sämtliche sowjetische Wanzen aus der UdSSR in das ‚neue Russland' mit hinübergeschleppt. Das Ende vom Lied – Staatssicherheit, wohin man blickt."[12] Die Probleme des postsowjetischen Russland interpretierte Politkowskaja als pathogene Kontinuität der repressiven Autorität. Sie erkannte, dass KGB-Methoden und militärische Gewalt wieder im Zentrum russischer Staatlichkeit standen.

10 Vgl. Mary E. Sarotte, Not One Inch. America, Russia and the Post-Cold War Stalemate, New Haven 2021.

11 Zu Putin vgl. Fiona Hill/Clifford G. Gaddy, Mr. Putin. Operative in the Kremlin, Washington, D.C. 2015; zu Putins ideologischer Prägung vgl. Michel Eltchaninoff, In Putins Kopf. Philosphie eines lupenreinen Demokraten, Stuttgart 2016; zu Putins Herrschaftssystem vgl. Samuel A. Greene/Graeme B. Robertson, Putin v. the People. The Perilious Politics of a Divided Russia, New Haven 2019.

12 Anna Politkowskaja, In Putins Russland, Köln 2006, S. 129.

Die Belege für russische Kriegsverbrechen in beiden Tschetschenienkriegen sind vielfältig. Über Jahre hinweg gab es massive Menschenrechtsverletzungen: Immer wieder kam es zu willkürlichen Tötungen, wurden Menschen deportiert, Dörfer geplündert und Frauen misshandelt. Dies hatten russische Journalistinnen wie Anna Politkowskaja schon früh dokumentiert. Hinzu kommen westliche Institutionen, die sich gezielt mit dem russischen Vorgehen beschäftigt haben. So werden auf der Website des Internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg Hunderte Fälle von Verbrechen russischer Streitkräfte minutiös dokumentiert.[13] Sie finden ihre Fortsetzung in den Massakern, die wir heute in der Ukraine erleben. So entsteht ein Bild der irregulären Gewalt der russischen Armee, das sich von der Gegenwart bis in den Nordkaukasus und nach Afghanistan zurückverfolgen lässt. Der Modus Operandi dieser Truppen hat sich über Jahrzehnte kaum geändert. Insbesondere auf starken Widerstand reagieren sie mit brutalem Vorgehen gegen Zivilisten, das Kriegsrecht respektieren sie nicht.

Auf den Kampf gegen den Separatismus folgte der imperiale Revanchismus. Nach dem offiziellen Ende des Zweiten Tschetschenienkrieges formulierte Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 Russlands neue Mission: den Kampf gegen die vermeintlich vom Westen dominierte Weltordnung. Putin warf den USA vor, dem Rest der Welt ihren Willen aufzuzwingen. Zugleich warnte er die Nato davor, weitere Mitglieder aus Osteuropa aufzunehmen. Diese russischen Drohungen beeindruckten vor allem die Regierung Merkel in Berlin. Zusammen mit den Franzosen verhinderte Angela Merkel 2008 eine zügige Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die westliche Allianz.

Von 1991 bis 2008 führte Moskau Krieg gegen die tschetschenischen Separatisten und ergriff Partei in postsowjetischen Konflikten von Moldau bis Tadschikistan. Doch im August 2008 führte Russland erstmals offen Krieg gegen einen souveränen Nachbarstaat – Georgien.[14] Hierdurch versuchte der Kreml, eine weitere Annäherung des Landes an den Westen zu torpedieren. Putin zeigte, dass er bereit war, in früheren Sowjetrepubliken, die sich wie das Baltikum Richtung Nato orientierten, militärisch zu intervenieren. Bei der Bundesregierung führte diese neue Qualität der Gewaltanwendung jedoch nicht zum Umdenken in der Ostpolitik. Die deutsche Kanzlerin äußerte sich lediglich besorgt über die humanitäre Lage und forderte einen Waffenstillstand. Für die bilateralen Beziehungen hatte Russlands Krieg keine Folgen. Auf internationaler Ebene versuchte die US-Administration unter Präsident Barack Obama mit dem *reset* von 2009, die Beziehungen zwischen Moskau und Washington wieder zu verbessern. Für den Kreml zeigte sich somit, dass Russland keine größeren Konsequenzen für seine Interventionen fürchten musste: Der Westen akzeptierte militärische Gewalt stillschweigend als Instrument russischer Außenpolitik.

Für die russische Elite, aber auch für Wladimir Putin persönlich, hat die Ukraine ein wesentlich größeres Gewicht als Georgien.[15] Bereits seit den 1990er Jahren intervenierte Moskau immer wieder in die ukrainische Innenpolitik. Bei Wahlen unterstützte der Kreml mit großen Ressourcen Russland gewogene Parteien und Kandidaten. Ziel war es dabei stets, eine Westbindung der Ukraine zu verhindern, die Politik in Kyjiw zu kontrollieren und das Land auf einen eurasischen Weg zu führen. 2013 entschied sich Putin, die über Jahre verhandelte Assoziierung der Ukraine mit der Europäischen Union zu blockieren. Zu diesem Zweck setzte er den Präsidenten Wiktor Janukowytsch unter starken Druck. Janukowytschs Entscheidung, das fertige Abkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, führte im Winter 2013 direkt in den revolutionären Umbruch des „Euromaidan".[16] Die ukrainischen Aufständischen lehnten eine Bindung des Landes an Putins Russland explizit ab und traten für eine europäische Orientierung ein. Nach der Flucht und Absetzung Janukowytschs im Februar 2014 war das prorussische Lager in Kyjiw auf lange Zeit diskreditiert, und die Westorientierung der ukrainischen Politik und Gesellschaft gewann eine neue Dynamik.

13 Siehe www.srji.org/en/legal/cases.

14 Vgl. Marcel H. van Herpen, Putin's Wars. The Rise of Russia's New Imperialism, Lanham 2015, S. 205–235.

15 Zu den russisch-ukrainischen Beziehungen vgl. Paul D'Anieri, Ukraine and Russia. From Civilized Divorce to Uncivil War, Cambridge 2019.

16 Vgl. Mychailo Wynnyckyj, Ukraine's Maidan, Russia's War. A Chronicle and Analysis of the Revolution of Dignity, Stuttgart 2019.

Es wurde deutlich, dass die Mehrheit der ukrainischen Bürgerinnen und Bürger nicht in einem autokratisch regierten und korrupten Staat leben wollte.

Da die Moskauer Einflussnahme auf die ukrainische Innenpolitik 2014 zunächst gescheitert war, griff der Kreml zu militärischen Mitteln, um die Ukraine für ihre Westorientierung zu bestrafen. Unmittelbar nach dem Euromaidan befahl Putin eine verdeckte Militäroperation, die bereits nach wenigen Wochen zur völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim führte. Die ursprüngliche Reaktion des Westens auf diese gewaltsame Veränderung von Grenzen in Europa – ein klarer Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen, den Vertrag von Helsinki und das Budapester Memorandum – blieb verhalten. Zunächst wurden nur einige russische Funktionäre mit einem Einreiseverbot belegt. Die zurückhaltende Reaktion des Westens und der rasche Erfolg auf der Krim haben sicher dazu beigetragen, dass der Kreml sich im Frühjahr 2014 entschloss, die Operationen des russischen Militärs und der Geheimdienste auch auf den Osten und Süden der Ukraine auszudehnen.

Seit Sommer 2014 zielten militärische Interventionen Russlands auf die Zerstückelung der Ukraine und die Zerstörung ihrer Souveränität. Zunächst verdeckt operierend und mithilfe von Söldnern, aber bald auch mit getarnten regulären Einheiten, setzte sich Russland im Donbas fest. Wegen des schlechten Zustands der eigenen Streitkräfte, die über Jahrzehnte vernachlässigt worden waren, wurde die Ukraine zunächst primär von Freiwilligenverbänden und Veteranen des Maidan verteidigt. Trotz dieses Einsatzes irregulärer Kräfte, der den Beginn des Krieges auf beiden Seiten prägte, existieren zahlreiche Belege dafür, dass die gesamte Operation aus Moskau gesteuert wurde.[17] Sie wurde von einem propagandistischen Feuerwerk in den russischen Staatsmedien begleitet, die der Ukraine vorwarfen, sie werde von einer „faschistischen Junta" regiert. Den Vorstellungen des russischen Stabschefs Waleri Gerasimow entsprechend, wurde der Krieg gegen die Ukraine nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch „hybrid", das heißt in den Medien, den sozialen Netzwerken und im Cyberspace ausgetragen. Dabei unternahm der Kreml erhebliche Anstrengungen, um die Legitimität der angegriffenen Ukraine zu untergraben. Vermeintliche Experten und Politiker kremlnaher Parteien verbreiteten auch in Deutschland die russischen Narrative. So kam der hybride Krieg auch zu uns. Kanzlerin Merkels vorrangiges Ziel blieb es derweil, die Bevölkerung nicht zu verunsichern und sich auf keine sicherheitspolitischen Debatten über Russlands Aggression einzulassen. Unter ihrer Führung verpasste Deutschland nach 2014 die Chance, seine Russlandpolitik grundlegend zu korrigieren.

Trotz zahlreicher Warnungen aus Osteuropa, der Ukraine und den USA hielt die Bundesregierung auch nach dem Angriff auf die Ukraine an der engen Energiepartnerschaft mit Russland fest. Durch den Abschluss des Vertrages über die Ostsee-Pipeline „Nord Stream 2" – primär ein geopolitisches und antiukrainisches Projekt – sandte das politische Berlin 2015 erneut die falschen Signale an Moskau. Die Bundesregierung, so durfte der Kreml annehmen, duldete weiterhin das gewaltsame Vorgehen Russlands und akzeptierte implizit militärische Interventionen im postsowjetischen Raum – so lange diese nicht Nato-Staaten betrafen. Mit dem Vorantreiben von „Nord Stream 2" entgegen jahrelang vorgetragener Proteste internationaler Partner verfolgte Berlin einen Sonderweg und machte sich zum Komplizen der negativen Ukrainepolitik Putins; das Pipelineprojekt war gleichsam das Rapallo der Merkel-Ära. Der faustische Energiepakt mit Russland hat die Reputation der Bundesrepublik in Osteuropa langfristig beschädigt.

DER WEG IN DEN ZWEITEN UKRAINE-KRIEG

Russlands erste Invasion in die Ukraine endete mit zwei ungleichen Waffenstillstandsverträgen, in denen die Ukraine einen Teil ihrer Souveränität im Donbas abtreten musste: Minsk I und II. Beide Abkommen wurden ohne die USA unter dem Dach der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Deutschland und Frankreich mit der Ukraine und Russland verhandelt. Dabei wurde die Fiktion aufrechterhalten, dass es keinen russischen Überfall auf die Ukraine gegeben habe. Auch wurden die von Moskau unterstützten „Volksrepubliken" Lugansk und Donezk zu Verhandlungspart-

17 Vgl. David R. Marples (Hrsg.), The War in Ukraine's Donbas. Origins, Contexts and the Future, New York–Budapest 2022.

nern aufgewertet. Die Ukraine wurde in Minsk verpflichtet, eine Verfassungsreform einzuleiten, die zu einer dauerhaften Schwächung des ukrainischen Staates führen würde. Den Separatistengebieten wurde ein „besonderer Status" in Aussicht gestellt. Aufgrund dieser Bedingungen wurden die Minsker Abkommen in der internationalen Öffentlichkeit als persönlicher Sieg des russischen Präsidenten und seiner revanchistischen Politik gedeutet. Ihre militärische Schwäche nötigte die Ukraine dazu, ihnen zuzustimmen. Trotz dieses Ungleichgewichts hat die deutsche Diplomatie bis in die jüngste Vergangenheit nach Wegen gesucht, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen („Steinmeier-Formel"). Der deutsche Unwille, Russland als Aggressor zu brandmarken und die Ukrainer als rechtmäßige Verteidiger ihrer staatlichen Souveränität zu unterstützen, bedeutete de facto eine Unterstützung der Politik Putins. Die Bestimmungen in den Minsker Verträgen blieben für eine demokratische Ukraine unerfüllbar. Sie hätten eine weitere Aufwertung der Gewaltherrscher und Kollaborateure im Osten des Landes nach sich gezogen.

Wie in Tschetschenien errichtete Russland auch im besetzten Donbas autoritäre Regime mit kriminellen Zügen. In den selbsternannten „Volksrepubliken" fanden jahrelang systematische Menschenrechtsverletzungen statt. Willkürliche Verhaftungen, Folter und lange Strafen gehören seit 2014 zum Alltag im besetzten Donbas.[18] Durch die Verteilung russischer Pässe wurde der verbliebenen ukrainischen Bevölkerung die russische Staatsbürgerschaft aufgezwängt. Auch diese Praxis, die bereits in anderen von Moskau besetzten Gebieten ausgeübt wurde, ist von westlicher Seite geduldet worden. Über Jahre wurde die Ostukraine so zu einem Laboratorium russischer Besatzungsherrschaft. Im Donbas, aus dem Hunderttausende flohen, wurde die Bevölkerung gezielt unterworfen, entrechtet und die kulturelle Landschaft rücksichtslos russifiziert – ein Vorgang, der sich seit Februar 2022 in den besetzten Gebieten im Süden der Ukraine wiederholt.

Für die Ukraine bedeuteten die Verträge Minsk I und II eine militärische Atempause. Nach dem ersten russischen Angriff konnten sich Staat und Gesellschaft zunächst konsolidieren. Der Krieg ging dabei – ohne wirkliche Anteilnahme der europäischen Öffentlichkeit – auf niedrigem Niveau weiter. Eine vollständige Waffenruhe konnte durch die Minsker Verträge nicht erreicht werden. Die Weigerung des Westens, insbesondere auch Deutschlands, die Ukraine mit Logistik und Waffen zu unterstützen, begünstigten den Kreml erneut. Ohne westliche Hilfe konnte die Ukraine kein ausreichendes Abschreckungspotenzial aufbauen. Russland blieb militärisch dominant und konnte sich jederzeit dazu entscheiden, den eingefrorenen Konflikt wieder anzuheizen. Der Westen hat diese russische Eskalationsdominanz bis zum Februar 2022 akzeptiert, obwohl sie seinem Interesse an Frieden und Stabilität widersprach. Letztlich führte die Selbstbeschränkung der westlichen Diplomatie dazu, dass der Kreml nach Belieben bestimmen konnte, ob in Europa Krieg oder Frieden herrscht. Lediglich an der Ostflanke der Nato begann das Bündnis ab 2016 zögerlich, seine militärische Präsenz auszubauen. Zuvor war das Baltikum nur auf dem Papier Teil der Nato – sie bot keinen militärischen Schutz gegen die russische Aggression.

Trotz der westlichen Dialogangebote setzte Putin seine antiukrainische Politik fort. Sein Artikel „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer", der im Juli 2021 auf der Website des Kreml veröffentlicht wurde, markiert einen weiteren Meilenstein.[19] Der russische Präsident leitet darin aus der gemeinsamen Geschichte und aus seiner Abneigung gegenüber dem Westen die Notwendigkeit einer russischen Intervention in der Ukraine ab. Trotz einer breiten Diskussion unter Experten ignorierte die deutsche Politik die Kriegsrhetorik Putins und hielt in einem überparteilichem Konsens an „Nord Stream 2" fest.

Die von Russland geführten Kriege im postsowjetischen Raum haben bis 2022 nicht dazu geführt, die eigene Ostpolitik oder die wachsende Energieabhängigkeit grundsätzlich zu diskutieren. Bis zuletzt glaubte das politische Berlin an die Kraft des bilateralen Dialogs. Erst als die Bomben bereits in Kyjiw einschlugen, erkannte Bun-

18 Vgl. Nikolaus von Twickel, Events in the „People's Republics" of Eastern Ukraine. Annual Report 2019, S. 9 f., https://civicmonitoring.org/wp-content/uploads/2020/02/report2019_EN.pdf.

19 Vgl. Vladimir Putin, On the Historical Unity of Russians and Ukrainians, 12.7.2021, http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181; Jan C. Behrends, Putins negative Ukrainepolitik. Hintergründe und Analogien, in: Osteuropa 7/2021, S. 77–84.

deskanzler Olaf Scholz eine „Zeitenwende". Wie in den vergangenen Jahrzehnten geht auch beim zweiten russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine die Verschärfung innenpolitischer Repressionen in Russland mit außenpolitischer Aggression einher – ein Muster, das man bereits in den Tschetschenienkriegen beobachten konnte. Gewalt und Repression bedingen sich: Für Putins Russland bedeutet der Kriegsausbruch den Übergang von der Autokratie zur offenen Diktatur. Die letzten Überreste der demokratischen Fassade, die in den 1990er Jahren errichtet wurde, hat das Regime nun eingerissen.

Für den Westen und Deutschland bleibt die Erkenntnis, dass wir illegitime militärische Gewalt ernster nehmen sollten. Lange Zeit hielten Brüssel und Berlin die postsowjetischen Kriege für Kavaliersdelikte von Boris Jelzin und Wladimir Putin. Tatsächlich bereiteten sie den Weg für eine Normalisierung militärischer Gewalt als Mittel revanchistischer Politik. In die Neuausrichtung deutscher und europäischer Politik gegenüber Russland und anderen autoritären Regimen und Diktaturen sollten die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte einfließen. Zu lange ließen Berliner Regierungen den Kreml gewähren, zu oft wurde mit zweierlei Maß gemessen, zu sehr waren wir auf die Sicherung eines Status quo bedacht, den der Kreml längst militärisch bekämpfte.

JAN CLAAS BEHRENDS
ist Osteuropahistoriker, Gewaltforscher und Projektleiter am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam. Er lehrt als S-Professor an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder.
behrends@zzf-potsdam.de

Der APuZ-Podcast
Monatlich eine neue Folge
zu einem spannenden Thema

bpb.de/
apuz-podcast

ZUR GEGENWART DER GESCHICHTE IM RUSSISCH-UKRAINISCHEN KRIEG

Anna Veronika Wendland

Kein Krieg ohne historische Wurzeln – und kein Konflikt ohne Versuche der beteiligten Akteure, das eigene Handeln mit historischen Argumenten zu rechtfertigen. Dies ist beim Ukraine-Krieg in besonderem Maße der Fall. Begrifflichkeiten wie „Angriffskrieg" oder „Spezialoperation", „Stellvertreterkrieg" oder „eskalierter Bürgerkrieg" spiegeln auch immer die Position und die Interessen der Sprechenden wider. Die Begriffe des Krieges können Zusammenhänge erklären und einordnen, aber auch verschleiern, verzerren und mythisieren. Daher ist es wichtig, die historischen Begründungen zu kennen und zu bewerten, die hinter solchen Begrifflichkeiten stehen.

Eine solche historische Einordnung erleichtert überdies, die Ursachen, nicht nur die Anlässe von Kriegen, zu erkennen. Dieses Wissen ist auch für das Erarbeiten von Konfliktlösungen von hohem Wert, denn es schützt vor Fehleinschätzungen. In diesem Beitrag soll versucht werden, die unterschiedlichen Deutungsmöglichkeiten vorzustellen und dabei gleichzeitig die historischen Grundlinien zu zeichnen, die für das Verständnis der jeweiligen Positionen von Bedeutung sind. Was muss man über die Geschichte wissen, um die heutige Ukraine zu verstehen, aber auch die Gründe des russischen Angriffs zu benennen? Welches Wissen ist unerlässlich, um Geschichtsmythen zu erkennen?

Man kann den russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022, der für viele Deutsche ein Schock war, mit einigem Recht als einen angekündigten und vorhersehbaren Krieg bezeichnen – hätte man, wie es westliche Geheimdienstler und Osteuropa-Fachleute auch getan haben, die Zeichen richtig gedeutet. Diese Zeichen waren nicht nur militärtechnisch-logistischer Natur, wie der monatelange russische Truppenaufmarsch an den Grenzen der Ukraine. Sie waren auch und vor allem ablesbar an den historischen Begründungen für diesen Krieg, die der russische Präsident Wladimir Putin bereits im Frühjahr 2021 in vorher nie dagewesener Art und Weise formulierte. Diese Begründungen sind ein Schlüssel für die russischen Motive, gegen die Ukraine Krieg zu führen, aber auch eine Erklärung für die russischen Fehleinschätzungen über den Zustand der Ukraine, die nun den Krieg anders verlaufen lassen, als vom Aggressor geplant.

Der russische Krieg gegen die Ukraine ist das jüngste Kapitel einer langen russisch-ukrainischen Verflechtungsgeschichte, die viele Gewalterfahrungen enthält. Im Erinnerungsraum der Mitlebenden präsent sind die vom Stalin-Regime in der Ukraine angefachte Hungersnot mit den begleitenden Gewalttaten von 1931 bis 1933, die stalinistischen Säuberungen 1937, denen fast die gesamte sowjetukrainische kommunistische Elite zum Opfer fiel, und die Deportationen und Strafaktionen in der Westukraine der unmittelbaren Nachkriegszeit. Nun kommt eine weitere Gewalterfahrung hinzu. Und da Russland erstaunlich häufig mit historischen Begründungen operiert, kommt der kritischen Geschichtswissenschaft eine besondere Funktion zu. Sie muss die historischen Gründe und Begründungen dieses Krieges analysieren und dekonstruieren, ohne aber der Perspektive Russlands, des Aggressors und Auslösers dieses Kriegsgeschehens, in einer Art Tätergeschichte das Feld zu überlassen. Sie muss ihr die historische Perspektive der angegriffenen Ukraine entgegensetzen, aber nicht im Sinne einer Geschichte der Ukraine als Opfer und Spielball der Zeitläufte, sondern als Geschichtssubjekt. Genau diese Subjekthaftigkeit der Ukraine und der Ukrainer:innen wurde in der Vergangenheit zu häufig ignoriert. Diese Ignoranz hat den neuen Krieg in Osteuropa mit ermöglicht, weil sie half, die sich allmählich aufbauenden russischen Ambitionen und Aggressionen in der Ukraine zu tolerieren und zu normalisieren.

BEGRIFFLICHKEITEN DES KRIEGES

Schauen wir uns zunächst die historischen Rückgriffe in den Begrifflichkeiten dieses Krieges an.

Die putinsche „Spezialoperation“ nimmt Rückgriff auf die Erfahrung des Geheimdienstoffiziers, der stolz auf die Geschichte des Dienstes zurückblickt. Putins bevorzugte Art der Problemlösung ist die gewaltsame militärische Lösung mit kleinräumigen Aktionen gegen militärisch schwache Gegner wie beim Zweiten Tschetschenienkrieg von 1999 bis 2009 oder bei der Krim-Annexion 2014, die bei Widerstand in eine extrem blutige Strafaktion umschlägt. Und tatsächlich ist das Motiv der Strafaktion und des Bestrafens, das schon in der Partisanenbekämpfung des NKWD der 1940er Jahre nachweisbar ist, ein wiederkehrendes Motiv in Putins Aussagen über politische Gegner, egal ob „Verräter“, „Terroristen“ oder ganze Staaten wie die als abtrünnig wahrgenommene Ukraine gemeint sind.[01] Die Strafaktion impliziert aber einen unterlegenen Gegner; auf einen echten Krieg mit einem nahezu ebenbürtigen Gegner war Russland nicht vorbereitet. Als ein solcher Gegner hat sich die Ukraine zur großen Überraschung der Russen erwiesen. Aus diesem Grunde wurde in Russland sogar der Begriff „Krieg mit der Ukraine“ behördlich aus dem Vokabular aller öffentlichen Aussagen über den Krieg verbannt; von „Krieg“ wird nur im Zusammenhang mit der russischen Propaganda-Auffassung geredet, man kämpfe in der Ukraine gar nicht mit der Ukraine, sondern mit dem „Westen“.[02]

Andere Begriffe mit historischen Rückgriffen sind der „Stellvertreterkrieg“ und der „eskalierte Bürgerkrieg“ – ein häufiges Interpretationsmuster der russischen Seite, aber auch von westlichen Linken, auf das noch zurückzukommen sein wird. Objektiv betrachtet könnte man mit viel größerer Berechtigung von einem völkisch begründeten Landnahmekrieg sprechen. Das zeigen die russischen Behauptungen einer „russischen Welt“, die ethnisch-kulturell-sprachlich definiert wird und alle Russen in und außerhalb Russlands umfasse.

Die Ukrainer jedoch ordnen den Krieg in ihre eigenen historischen Erfahrungen ein. Sie sehen ihn als Verteidigungs-, aber auch Befreiungs- und Dekolonisierungskrieg, der bereits seit 2014 andauere und nun in eine entscheidende Phase trete. Als Verteidigungskrieg deuten sie ihn vor allem mit Blick auf die in jeder Familie tradierten Kriegserinnerungen. Aus dieser Perspektive ist der russische Krieg mit seiner explizit völkischen Programmatik und seinen Kriegsverbrechen ein Wiederaufleben des deutschen faschistischen Krieges auf ukrainischem Boden. Bomben auf Kyjiw und Charkiw, Massengräber in ukrainischen Städten – das gab es zuletzt von deutscher Hand im Zweiten Weltkrieg. Daher nutzen Ukrainer auch explizit sowjetische Erinnerungen aus dem Zweiten Weltkrieg bei der Interpretation ihrer Erfahrungen im jetzigen Krieg.[03] Diese ukrainische Erinnerung kollidiert mit der von oben inszenierten und orchestrierten russischen Staatserinnerung von den Russen als alleinigen Bezwingern Nazideutschlands und mit der Propaganda von der ukrainischen Regierung als „Nazi-Regime“.

HISTORISCHE BEGRÜNDUNGEN DES KRIEGES SEIT 2014

Bereits 2014, nach der Majdan-Revolution in der Ukraine gegen die prorussische Regierung Janukowytsch, hatte Moskau seine *False-flag*-Operationen gegen die Ukraine mit einer historisch legitimierten Schutzmachtfunktion für die dort lebenden „Russen“ begründet. Damit waren zum kleineren Teil ethnische Russen oder deren Nachfahren gemeint, die sich größtenteils nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ukrainischen SSR niedergelassen hatten; zum viel größeren Teil wurden aber russischsprachige Ukrainer ungefragt als „Russen“ eingemeindet, obwohl nur eine winzige

01 Siehe dazu Putins Kriegsrede kurz vor der Invasion: Obraščenie Prezidenta Rossijskoj Federacii, 21.2.2022, http://kremlin.ru/events/president/news/67828. Zum historisch-biografischen Hintergrund vgl. Catherine Belton, Putin's People. How the KGB Took Back Russia and then Took on the West, New York 2020; Der Geist der Zeit. Kriegsreden aus Russland, in: Osteuropa 7/2021.

02 Vgl. Russian Foreign Minister Lavrov: The West, De-facto, Declared Total War to Russia, War to the Whole „Russian World“, 27.5.2022, https://russia.liveuamap.com/en/2022/27-may-russian-foreign-minister-lavrov-the-west-defacto-declared.

03 Ein Beispiel ist die ukrainische „Rückeroberung“ des ursprünglich ukrainischen, dann sowjetischen Kriegslieds „Vstavaj, strana ogronmnaja“ als „Povstan, narode mij“ und seine Aufführung in Ivano-Frankivsk mit einer Einführung des ukrainischen Schriftstellers Jurij Andruchowytsch im März 2022. Vgl. Ukraïns'ka Pravda, 24.3.2022, https://life.pravda.com.ua/culture/2022/03/24/247951. Zur Bedeutung des Kriegs-Chansons von Boris Kovynev „22-go iunija/rovno v četyre časa/Kiev bombili/nam ob'javili/čto načalasja vojna“ über die Bombardierung Kyjiws als Beginn des „Großen Vaterländischen Krieges“ in der neuen Kriegserinnerung der Ukrainer vgl. Ukraïns'ka Pravda, 7.5.2022, www.pravda.com.ua/articles/2022/05/7/7344544/index.amp.

Minderheit in der Ukraine vor 2014 einem russischen Anschlussnationalismus anhing, selbst auf der „russischen" Krim. Beide Gruppen besaßen seit Ausrufung der ukrainischen Unabhängigkeit 1991, wie alle Bürger, die zu diesem Zeitpunkt ihren Erstwohnsitz in der Ukraine hatten, die ukrainische Staatsbürgerschaft und unterlagen keiner rechtlichen oder kulturellen Diskriminierung.[04]

Historische Reminiszenzen mussten schon damals herhalten, als Putin mit einer Mischung aus völkisch-großrussischer Geste und einer dem Jargon der Global Security abgeschauten *responsibility to protect*, die auf die Nato-Intervention im zu Serbien gehörenden Kosovo von 1999 referierte, den Anspruch erhob, diese Menschen vor einer angeblichen Zwangsukrainisierung, gar einem „Genozid" schützen zu müssen. Das bedeutete, die Gebiete, in denen sie lebten, nach Russland „heimzuführen", so wie mit der Krim-Annexion geschehen, oder von der Ukraine abzuspalten und in Russland untergeordnete Territorien umzuwandeln.

So entstanden – mit einer wiederum historischen Reminiszenz an die sozialistische Ära – die „Volksrepubliken" Donezk und Luhansk. Diese Gebilde wurden von wechselnden Koalitionen beherrscht. Zu ostukrainischen Gewaltgemeinschaften, die in Teilen der organisierten Kriminalität der Vorkriegszeit entstammten, gesellten sich russische Rechtsextreme sowie die verdeckt operierende russische Armee. Diese de facto russisch besetzten Gebiete wiederum wurden als Kern eines Moskauer Territorialkonstrukts unter dem Namen „Neurussland" (*Novorossija*) verstanden. Dieses Gebiet enthielt große Teile der östlichen und südlichen Ukraine von Charkiw über den Donbas bis Odessa und nahm wiederum historischen Bezug auf Territorien, die im 18. Jahrhundert unter russische Oberherrschaft gelangt waren. Allerdings war das historische *Novorossija*, das einige Gouvernements nördlich des Schwarzen Meers umfasste, nicht mit dem beanspruchten Gebiet identisch.

2014 gelang es Russland nicht, gegen den rasch mobilisierten ukrainischen Widerstand „Separatisten"-Regierungen in allen ost- und südukrainischen Gebieten zu installieren. Vor einer Militärintervention größeren Maßstabs schreckte es zurück – noch, wie wir heute wissen. Es musste seine Expansion auf Teile der Gebiete Luhansk und Donezk sowie auf die annektierte Krim beschränken. Die *Novorossija*-Terminologie wurde propagandistisch zurückgefahren, als hätte es sie nie gegeben, was viele Beobachter zu dem Schluss kommen ließ, das Projekt sei beerdigt.[05] Es begann eine acht Jahre währende Phase des *low level warfare* an einer Demarkationslinie, die im nie erfüllten Waffenstillstandsabkommen von Minsk festgelegt worden war und in der sich beide Seiten für eine Fortsetzung des Krieges rüsteten.[06]

DIE UKRAINE ALS „NAZI"

Auch die Invasion von 2022, die Ukrainer als eine Eskalationsstufe des nie beendeten, aber begrenzten Krieges ab 2014 wahrnehmen, wurde von russischer Seite historisch begründet. Wie acht Jahre zuvor ist die Begründungslogik ein Konglomerat von Bezugnahmen auf reale historische Hintergründe, etwa die Geschichte der Ukraine in russisch beherrschten imperialen Formationen wie dem Russländischen Reich und der Sowjetunion, und modernen Geschichtsmythen. Zu Letzteren gehört etwa der „Nazi"-Charakter der modernen ukrainischen Staatlichkeit, die sich angeblich direkt auf die Ideologien westukrainischer NS-Kollaborateure der 1940er Jahre zurückführen lasse, und dem dadurch gerechtfertigten „Aufstand" in Teilen der Ostukraine, was in einem „Bürgerkrieg" zwischen ukrainischen „Nationalisten" und „Nazis" auf der einen und prorussischen „Separatisten" auf der anderen Seite resultiert sei.

In Wirklichkeit muss man die „Nazi"- und „Faschisten"-Rhetorik der russischen Propaganda vor dem Hintergrund historischer Feinderklärungen sehen – sie hat nichts mit unseren üblichen Begrifflichkeiten des Nationalsozialismus und Faschismus zu tun. In der sowjetischen Diktion des Stalinismus, auf den man sich im heutigen Russland wieder beruft, war jeder politische

04 Vgl. Ulrich Schmid/Oksana Myshlovska (Hrsg.), Regionalism Without Regions: Reconceptualizing Ukraine's Heterogenity, Budapest–New York 2019; Juliane Besters-Dilger, Nation und Sprache seit 1991: Ukrainisch und Russisch im Sprachkonflikt, in: Andreas Kappeler (Hrsg.), Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung, Köln–Wien 2011, S. 375–388; Kerstin Jobst, Geschichte der Krim. Iphigenie und Putin auf Tauris, Oldenburg 2020.

05 Vgl. Andrei Kolesnikov, Why the Kremlin Is Shutting Down the Novorossiya Project, 29.5.2015, https://carnegie-moscow.org/commentary/60249.

06 Eine ausführliche Chronik der Ereignisse bietet Winfried Schneider-Deters, Ukrainische Schicksalsjahre 2013–2019, Bd. 1–2, Berlin 2021.

Gegner, jeder Kritiker ein „Faschist". Die Ukraine ist folglich „Nazi", weil sie einen Gegenentwurf zum russischen Herrschaftsmodell Putins repräsentiert: Eine leidlich funktionierende, pluralistische, proeuropäische Demokratie, in der die Herrschaft durch Wahl wechselt, und die aufgrund des immer noch gemeinsamen Kommunikationsraums für Russen sprachlich und kulturell zugänglich ist, sieht Putin als unmittelbare Bedrohung. Diese dürfte wesentlich realer empfunden werden als die Bedrohung, die man fürs Publikum ins Zentrum stellt, nämlich die EU- und Nato-Osterweiterung, die russischen geopolitischen Interessen entgegenstehe.[07]

Es ist übrigens bemerkenswert, dass sämtliche dieser Begründungen auch in Deutschland aufgenommen wurden, und zwar nicht nur an den extremen Rändern des politischen Spektrums, sondern bis tief hinein in bürgerliche Milieus, insbesondere sozialdemokratische. Dazu gehört die von Wahlergebnissen und Erträgen der Sprachforschung mannigfaltig widerlegte Behauptung von der nach Russisch-Ukrainisch-Sprachengrenzen längs des Dnipro in Ost und West „gespaltenen Ukraine",[08] die wiederum die Vorstellung historischer russischer Rechte auf Teile des ukrainischen Staatsgebiets nährt – *trotz* russischer Anerkennung der ukrainischen Grenzen von 1991 in Verträgen und Abkommen.[09]

Dazu gehört ebenso die Behauptung, in der Ukraine spielten Rechtsextreme, gar Nazis, eine dominierende politische Rolle und seien in besonderem Maße an der Regierung beteiligt. Doch das Gegenteil ist wahr, wie ukrainische Wahlen immer wieder gezeigt haben: Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen waren und sind im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich in den Parlamenten und anderen Körperschaften vertreten. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, selbst aus einer russischsprachigen jüdischen Familie, war 2019 mit einem dezidierten Ausgleichsprogramm angetreten und hatte gerade unter den russischsprachigen Ukrainern überwältigende Zustimmungsraten.[10]

ZANKÄPFEL EIGENSTÄNDIGKEIT UND KYJIWER RUS

Im Juli 2021 ließ Putin auf der Website des Kremls einen Aufsatz über die Geschichte der Ukraine und die ukrainisch-russischen Beziehungen veröffentlichen, der als amtliche historische Begründung seines politischen Handelns gelesen werden kann.[11] Ebenso verfügen wir über die Reden, die Putin kurz vor Kriegsbeginn und in den ersten Kriegstagen hielt und die ebenfalls viele historische Argumente enthielten.[12] In seinem Aufsatz, an dem vermutlich russische Geschichtswissenschaftler als Ghostwriter beteiligt waren, liefert der Präsident eine russisch-nationalistische Sicht auf die russisch-ukrainischen Beziehungen ab, die sich in den Denktraditionen des 19. Jahrhunderts verorten lassen und seine weiteren Einlassungen bereits vorwegnehmen. Die Ukrainer figurieren hier als ein unter verderblichen westlichen (etwa polnischen, deutschen und österreichischen) Einflüssen abgeirrter Zweig der dreieinigen russischen Nation aus Groß-, Klein- und Weißrussen. Putin spricht ihnen die Fähigkeit zur Staatsbildung und die Subjekthaftigkeit als Kultur und Nation ab, weswegen sie nur unter dem Dach der russischen Nation und unter russischer kultureller und staatspolitischer Hegemonie gedeihen könnten.

Die ukrainische Staatlichkeit wird daher als „künstlich" und von feindlichen Mächten zum Zwecke der Schwächung Russlands „erfunden" verworfen. Der als staatliches Gebilde historisch angeblich gar nicht existenten Ukraine wird eine tausend Jahre alte russische Staatstradition gegenübergestellt, die man selbstverständlich im mittelalterlichen Kyjiw beginnen sieht.

Hier treffen wir auf einen weiteren Berührungspunkt der ukrainisch-russischen Geschichte, den Deutungskonflikt um die Anciennität und

07 Vgl. Jan Claas Behrends, Putins Meistererzählung – Geschichtspolitik als Instrument der Herrschaft, 5. 2. 2020, https://ukraineverstehen.de/behrends-geschichtspolitik-putins-meistererzaehlung.

08 Für differenzierte (Wahl-)Kartografien siehe die Karten Serhij Vasylchenkos auf https://vasylchenko.ucoz.ru/photo. Vgl. auch Anna Veronika Wendland, Ikonografien des Raumbilds Ukraine. Eine europäische Transfergeschichte, in: Peter Haslinger/Vadim Oswalt (Hrsg.), Kampf der Karten. Propaganda- und Geschichtskarten als politische Instrumente und Identitätstexte, Marburg 2012, S. 85–120.

09 Vgl. Anna Veronika Wendland, Hilflos im Dunkeln. Experten in der Ukraine-Krise, in: Osteuropa 9–10/2014, S. 13–33.

10 Siehe die Wahlergebnis-Kartografie auf https://en.wikipedia.org/wiki/Elections_in_Ukraine.

11 Vgl. Andreas Kappeler, Revisionismus und Drohungen. Vladimir Putins Text zur Einheit von Russen und Ukrainern, in: Osteuropa 7/2021, S. 67–76; Vladimir Putin, Ob istoričeskom edinstve Russkich i Ukraincev, 12. 7. 2021, http://kremlin.ru/events/president/news/66181.

12 Vgl. Putin (Anm. 1).

die Herkunft. Der Bezug auf die ferne Kyjiwer Rus ist etwa vergleichbar dem deutschen wie französischen Bezug auf das Frankenreich unter Karl dem Großen. Während die Russen eine dynastische Kontinuität von den Herrscherfamilien des mittelalterlichen Kyjiws zum Großfürstentum Moskau, schließlich zu den Moskauer Zaren beanspruchen, können sich die Ukrainer auf eine ethnisch-sprachlich-kulturelle Kontinuität von den ostslawischen Stämmen im Raum Kyjiw bis zur heutigen Ukraine berufen. Diese Gegenerzählung über Kyjiw als Keimzelle der „Ukraine-Rus" hat der Historiker Mychajlo Hruschewskyj den russischen Staats- und Imperialgeschichten seiner Zeit in seinen Publikationen ab 1895 programmatisch gegenübergestellt. Dabei begründete er auch das die weitere ukrainische und ebenso die sowjetische Geschichtsschreibung prägende Narrativ von den Ukrainern als einer plebejischen, nicht einer von Adel, Orthodoxie, Staatsbürokratie und Zarentum geprägten Nation.[13]

Die Gründergeneration der Kyjiwer Reichsdynastie jedoch hat eine noch ganz andere, nämlich eine skandinavische Geschichte. Sie geht auf wikingische Beutefahrer und Kaufleute zurück, die den Ostsee-Schwarzmeer-Weg mit ihren leichten Booten erschlossen und längs dieser Route Tributherrschaften errichteten. Igor, Oleg und Olga, die ersten Kyjiwer Fürstinnen und Fürsten, sind eben auch Ingvar, Helgi und Helga. Diese transkulturellen Anfänge der Rus (die trotz der Namensähnlichkeit nicht zu verwechseln ist mit dem modernen Russland) noch vor der Annahme des orthodoxen Christentums von byzantinisch-slawischen Missionaren hat der ukrainische Historiker und Linguist im US-Exil, Omeljan Pritsak, anhand von Tausenden Quellen aus dem slawischen, skandinavischen, finnischen und arabischen Raum meisterhaft ausgeleuchtet.[14]

KOSAKEN UND FRÜHE STAATSBILDUNG

Eine der gefährlichen Stellen im Dnipro waren die Stromschnellen im südlichen Abschnitt des Flusses, wo die skandinavischen Räuber und Kaufahrer ihre Drachenboote aus dem Wasser ziehen mussten, um sie zu Fuß zu schleppen. Diese Dnjepr-Stromschnellen – ukrainisch *porohy* – liegen in der Gegend des heutigen Saporishshja. Heute ist dort ein Stausee mit einem riesigen Wasserkraftwerk und das Kernkraftwerk Saporishshja, das im März 2022 durch russischen Beschuss in die Schlagzeilen geriet. Das war auch die Gegend, wo sich seit dem 15. Jahrhundert ukrainische Kosaken ansiedelten, ukrainische Bauern, die von den Latifundien der polnischen Magnaten geflohen waren und nun als Wehrbauern im Dienste des polnischen Königs die unsichere Steppengrenze sichern sollten. In diesem Grenzraum zum Osmanischen Reich und zum Krim-Khanat bauten ukrainische Kosaken eine Art Militärverbandsstaat mit ständischen, aber auch wahldemokratischen Elementen auf, die Saporoger Sitsch, deren Zentrum sich auf einer Insel im Dnipro befand. Die Steppengrenze, diese Übergangszone zwischen sesshaften ostslawischen Bauern und nomadischen Tataren und anderen Reitervölkern, die von Viehzucht, Handel, auch Sklavenhandel lebten, nannte man damals auch die Grenzmark, die Ukraïna oder Okraina – daher hat die Ukraine ihren Namen, der seit dem 17. Jahrhundert auf Karten fixiert ist.

Der Kosakenverband der Sitsch wird heute von den Ukrainern neben der Kyjiwer Rus als Keimzelle ihrer modernen Staatlichkeit angesehen. Auch an den Grenzen, den *okrainy*, des Moskauer Staates gab es solche als Hilfstruppen, Kolonisatoren und Wehrbauern angesiedelten Kosaken, die ihre eigenen Lebensformen ausbildeten und häufig an Bauernaufständen beteiligt waren, aber anders als ihre ukrainischen Verwandten nie eigenständige staatsähnliche Institutionen ausbildeten.

Als die ukrainischen Gebiete infolge von Bündnissen und Kriegen im 17. und 18. Jahrhundert stufenweise ins Russländische Reich integriert wurden, genoss die ukrainische Kosaken-Elite Sonderrechte und Privilegien, die sie anders interpretierten als die russischen Zaren, die schon den ersten Militärvertrag mit der Sitsch in Perejaslav 1654 als Unterwerfung, nicht als Vertrag unter Ebenbürtigen deuteten. Das völlig unterschiedliche Herrschafts- und Verfassungsverständnis der Ukrainer und Russen, Ersteres durch die lange Zugehörigkeit zu Polen-Litauen ständestaatlich-autonomistisch geprägt, Letzteres autokratisch, wurde zur Quelle vieler Konflikte, Aufstände

13 Vgl. Andreas Kappeler, Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 2017; Andrii Portnov et al., Whose Language Do We Speak? Some Reflections on the Master Narrative of Ukrainian History Writing, in: Ab Imperio 4/2020, S. 88–129.

14 Vgl. Omeljan Pritsak, The Origin of Rus', Cambridge, MA 1981.

und neuer Kriege. Während die Kosaken in der Tradition der Steppengrenze wechselnde Koalitionen eingingen, verstanden die Moskauer Zaren einen einmaligen Vertrag als Unterwerfung und Unterschutzstellung.

Aus den Offiziersfamilien der ukrainischen Kosaken entstammten auch die frühen Vertreter der ukrainischen nationalen Bewegung im Russischen Reich des 19. Jahrhunderts. Als sich die ersten ukrainischen Intellektuellen und Volksaufklärer in die Dörfer aufmachten, um Volkslieder zu sammeln und Kontakt mit den bäuerlichen Unterschichten aufzunehmen, war das auch ein Alarmsignal für die russische Bürokratie, die befürchtete, der notorisch revolutionäre polnische Adel, der in der Ukraine westlich des Dnipro die großgrundbesitzende Schicht stellte, könne sich mit den ukrainischen Bauern gegen die Zarenherrschaft zusammentun. Nicht von ungefähr ging daher die Bekämpfung polnischer Aufstände auch immer mit einer Verschärfung von Maßnahmen gegen die gerade sich als Nation definierenden Ukrainer einher – Höhepunkt war das Sprachdekret des russischen Innenministers Pjotr Walujew 1863, in dem es hieß, eine eigenständige ukrainische Sprache habe es nie gegeben, gebe es nicht und könne es nie geben – *ne bylo, net, i byt ne možet*. Dem Ukrainischen war damit und mit einem späteren Ukas von 1876 der Weg in Schule, Kirche, Gericht und Universität versperrt. Nur in Gedichtbänden und Liedern durfte es gedruckt werden. Unschwer erkennen wir hier die Kontinuitätslinie von der russisch-imperialen zur putinschen nationalistischen Negierung der ukrainischen Nation.

Ganz anders lief es zu dieser Zeit im österreichischen Teil der ukrainischen Gebiete, Galizien, das nach den Teilungen Polens unter Habsburger-Herrschaft gekommen war. Dort bauten die Ukrainer, die nach der alten lateinischen Urkunden-Bezeichnung für die Rus-Bewohner „Ruthenen" genannt wurden, seit der 1848er-Revolution sukzessive ein Netz von Vereinen, Lesezirkeln und auch Parteien auf, das ihnen beim Aufbau einer modernen Nationalbewegung half. Ironischerweise war diese in ihren Anfängen von deutlichen russischen Sympathien begleitet, weil sie von konservativen Klerikern beherrscht wurde, die sich von der polnisch-katholischen Vorherrschaft in Galizien distanzieren wollten und ihre Hoffnungen auf das – allerdings ihnen weitgehend unbekannte – orthodoxe Zarenreich setzten. Erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts rückte die galizisch-ukrainische Nationalbewegung nach links und zu einem eindeutigen Bekenntnis zur ukrainischen Volkssprache als Grundlage der nationalen Entwicklung. Obwohl also die Anfänge der ukrainischen Bewegung und auch die Kodifizierung der ukrainischen Literatursprache im Russischen Reich, in Charkiw und Kyjiw geschahen, überholten die Galizier ihre östlichen Landsleute, je mehr diese von Repressionen an der politischen Entfaltung gehindert wurden. Das begründet auch den modernen Mythos der Westukraine mit Lemberg-Lwiw als Hochburg des ukrainischen Nationalismus, während die russophilen Anfänge lange Zeit verschämt verschwiegen wurden.[15]

Mit der Konfrontation von ukrainischen Eigenständigkeits- und russischen Eindämmungsbestrebungen war der Ton gesetzt, der sich durch alle Positionierungen russischer Regierungen und vor allem russischer Nationalisten zur ukrainischen Eigenständigkeit vom 19. Jahrhundert bis heute zieht. Putins Überzeugung ist im Grunde immer noch die des Walujew-Edikts: Eine eigenständige Existenz der Ukrainer, eigentlicher „Kleinrussen", ohne ein paternalistisches Unterordnungsverhältnis zu den Russen wird abgelehnt. Der ukrainischen Kultur wird allenfalls ein subalterner Folklorestatus in einer von Russen angeführten kulturellen Hierarchie zugebilligt. Dass sich diese Kultur vor allem im 20. Jahrhundert von einer Bauern- und Volkskultur zu einer modernen, urbanen Nationalkultur entwickelt hat, wird weder erkannt noch anerkannt. Wenn man aber die Existenz einer eigenständigen ukrainischen Kultur verneint, ist der nächste Schritt rasch getan – dass man nämlich ukrainische Unabhängigkeitsbestrebungen als das Werk diverser Feinde plausibilisiert. Das ist die feste Überzeugung nicht nur der heutigen Moskauer Eliten, sondern sehr vieler Russen.

NEGIERUNG DER UKRAINISCHEN NATIONSBILDUNG

In seiner überaus emotionalen Rede vom 21. Februar 2022 anlässlich der Anerkennung der „Volksrepubliken" Donezk und Luhansk durch Russland, die als Kriegserklärungsrede zu lesen ist, setzte Putin noch eins drauf, indem er entgegen frühe-

15 Zur Ukraine im 19. Jahrhundert vgl. Andreas Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, München 2014, S. 124–144; Anna Veronika Wendland, Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland, 1848–1914, Wien 2001.

ren sowjetnostalgischen Äußerungen auch die beschnittene ukrainische Souveränität im Rahmen der Sowjetukraine auf den Müllhaufen der Geschichte beförderte: Die „Lenin-Ukraine", so Putin abfällig über die Sowjetukraine, verdiene ihre Staatsgrenzen nicht eigenen Anstrengungen, sondern Lenin und Stalin; auch ihre moderne Entwicklung verdanke sie ausschließlich russischen Errungenschaften. Ihr überhaupt Grenzen gegeben und das so umschriebene Gebiet „Ukrainische SSR" genannt zu haben, sei ein historischer Fehler der kommunistischen Herrscher gewesen, der den Spaltpilz zwischen Russen und Ukrainern gesät und den ukrainischen „Nazis" den Weg geebnet habe.[16]

Mit diesen Äußerungen wies Putin den Weg für weitergehende Forderungen seiner Propagandisten, die unter „Entnazifizierung" der Ukraine schlichtweg eine „Entukrainisierung" verstehen und damit wiederum die physische Liquidierung, im glimpflichsten Falle gewaltsame Umerziehung aller Träger der ukrainischen Kultur rechtfertigen.[17] Gleichzeitig negierte Putin hier aber auch die große Modernisierung der ukrainischen Nation unter sowjetischen Vorzeichen, die das Land von einem Bauernland zu einer modernen Industriegesellschaft machte. Der Furor, mit dem sich jetzt die russische Gewalt gegen ukrainische Großstädte, Stahlwerke, Häfen und Kernkraftwerke richtet, die vorher als Schaufenster der Sowjetunion dienten, hat also auch eine Symbolfunktion: Er zielt auf die moderne Ukraine, die einen ihrer Ursprünge in der Sowjetukraine hat. Die Zerstörung Mariupols kann also auch als Symbol für den russischen Versuch gedeutet werden, die Geschichte zurückzudrehen und die Ukraine aus der Moderne zu radieren.

Moskaus Fehleinschätzung des Widerstandswillens der Ukraine entspringt genau aus diesen Geschichtsbildern: Wer die Gegenseite für nicht staatsbildungsfähig und ihre Kultur allenfalls für Folklore hält, der kann sich auch nicht vorstellen, dass die Ukraine starke Institutionen, ein Konzept und Ziel hat, nämlich die Verteidigung der demokratischen Ukraine. Aus der Negierung der Staatsbildungsfähigkeit und der Ausbildung eigener Strategien und Ziele folgt überdies, dass die Ukrainer keine Subjekte ihrer Geschichte, keine zu eigenständigen Entscheidungen befähigte Einheit seien. Der erbitterte Widerstand der Ukrainer wird daher als ein Marionetten-Reflex interpretiert, ein eigentlicher Widerstand des Westens gegen das Wiedererstarken Russlands, der sich der Ukrainer als Instrumente und des ukrainischen Territoriums als Aufmarschraum bediene. Auch die Ersuchen der Ukrainer, der Nato beizutreten, erscheinen so nicht als souveräne Entscheidungen eines sich bedroht fühlenden Staates, sondern als Symptom für ein Expansionsgelüst dritter Staaten in einen leeren, amorphen, von den dominanten Playern gestaltbaren Raum. Dieses – in der Sichtweise koloniale – Konstrukt der russischen Propaganda hat eine Doppelfunktion: Es soll durch die Heraufbeschwörung einer äußeren Bedrohung die Reihen nach innen schließen, es soll aber auch das eigene, primär nationalistisch motivierte Expansionsinteresse gegenüber westlichen Adressaten plausibel machen, um die Unterstützung der Ukraine in westlichen Ländern zu schwächen.

Das Narrativ vom „Stellvertreterkrieg" der USA und der Nato, die sich der Ukraine nur bedienten, ist sicherlich jenes Element russischer Sichtweisen und russischer Propaganda, das in Deutschland die meisten Chancen hatte und hat, für glaubwürdig befunden zu werden. Durch zeithistorische Evidenz lässt es sich jedoch nicht erhärten: Weder hatten die auf den asiatisch-pazifischen Raum und China fixierten USA in der Anbahnungsphase des Krieges vor 2014 ein wesentliches Interesse an der Bindung eigener Ressourcen im östlichen Europa, noch hatten die Ukrainer nach der besonders von Deutschland betriebenen Ablehnung ihres Aufnahmegesuchs in die Nato die Gelegenheit, sich dem atlantischen Bündnis freiwillig als Vorfeldzone zur Verfügung zu stellen. Wohl aber hat die westliche Ambivalenz – Nato-Verweigerung plus trotzdem gewährte Waffen- und Wirtschaftshilfe sowie EU-Assoziierung – aber einiges dazu beigetragen, das Ostexpansions-Narrativ der Russen zu befeuern und sie gleichzeitig zu ermutigen, in der Ukraine zu intervenieren. Dies nicht erkannt zu haben in einer Zeit, als man der russischen Aggression noch hätte zuvorkommen können, war der fatale strategische Fehler des Westens.

ANNA VERONIKA WENDLAND
ist habilitierte Technik- und Osteuropahistorikerin und Forschungskoordinatorin des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg.
veronika.wendland@herder-institut.de

16 Vgl. Putin (Anm. 1).

17 Vgl. Čto Rossija dolžna sdelat' s Ukrainoj, 3.4.2022, https://ria.ru/amp/20220403/ukraina-1781469605.html.

DAS SYSTEM PUTIN

Regimepersonalisierung in Russland und der Krieg gegen die Ukraine

Fabian Burkhardt

„Friede, Fortschritt und Menschenrechte – diese drei Ziele sind unmittelbar miteinander verbunden, keines davon kann erreicht werden, wenn die anderen vernachlässigt werden." Mit diesen Worten beginnt die Friedensnobelpreisrede des sowjetischen Physikers und Menschenrechtlers Andrej Sacharow, die von seiner Frau Jelena Bonner am 11. Dezember 1975 verlesen wurde. Der Hauptgedanke, der Sacharows Rede trägt: Der Zusammenhang zwischen diesen drei Menschheitszielen ist nicht beliebig, sondern es besteht eine kausale Beziehung. Das Primat der Menschenrechte muss garantiert sein, damit sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt und internationale Kooperation erzielt werden können. Putins Russland folgt dieser Logik: Die erneute Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 begann nach einer massiven Repressionswelle gegen Zivilgesellschaft und politische Opposition, die Russland, gemessen an der Menschenrechtslage, wieder in die Zeit vor die Perestrojka versetzt hat. Obwohl der Ausgang noch in weiter Ferne liegt, ist jetzt schon offensichtlich, dass der Krieg die Demodernisierung Russlands massiv beschleunigt und das Land um Jahrzehnte zurückwirft.

Die Regimepersonalisierung, also die stetig zunehmende Entgrenzung der Macht von Russlands autoritärem Führer Wladimir Putin, ist die notwendige Voraussetzung für Russlands Angriffs- (im Sinne der UN-Charta) und Vernichtungskrieg (im Sinne des wahrscheinlichen Genozids an Ukrainerinnen und Ukrainern) gegen die Ukraine. Dies gilt es insbesondere vor dem Hintergrund der Debatte in Deutschland herauszuarbeiten, in der vielerorts noch auf vermeintliche Sicherheitsinteressen Russlands verwiesen wird: Wären diese hinreichend berücksichtigt worden, so hätte der Krieg verhindert werden können. Und weiter noch: Würde Russlands Forderungen nach sicherheitspolitischer Neutralität der Ukraine nachgekommen, könnte zügig ein Friedensabkommen ausgehandelt werden.

Diese Sichtweise ist aus mindestens zweierlei Hinsicht verfehlt: Zum einen hat die Regimepersonalisierung zu einer derartigen Verschiebung der Machtasymmetrie geführt, dass das nationale Interesse vom autoritären Herrscher Putin und dessen Unterstützerkoalition in der Elite gekapert und in deren Partikularinteresse umgedeutet wurde. Dieser innere Zirkel ist durch die fortschreitende Regimepersonalisierung enger geworden, und seine oberste Maxime ist vor allem das politische Überleben an der Macht. Zum anderen ist die Restauration von Russlands Größe durch Resowjetisierung und repressiveres Verhalten im Inneren sowie periodische militärische Eskalation nach außen zum wichtigsten Herrschaftsinstrument geworden, da andere Formen der Legitimierung, allen voran wirtschaftliche Leistung, immer weniger zum Tragen kommen. Auch die Zwangsrussifizierung der besetzten Gebiete in der Ukraine kann nicht mit den Sicherheitsinteressen Russlands erklärt werden, sondern nur mit der imperialen Rassenideologie von Russlands Hardlinern.

Daraus ergeben sich folgende Schlussfolgerungen über die Regimedynamik in Russland: Solange Putin an der Macht ist, wird sich das Regime nach innen und außen weiter radikalisieren, es kann nicht durch ein Friedensabkommen dauerhaft „stillgelegt" und hinter eine bestimmte rote Grenzlinie gedrängt werden. Viel wichtiger noch: Lange war in Deutschland die Meinung verbreitet, dass Putin noch das kleinere Übel sei, weil er Russland immer noch moderater regiert als mögliche kommunistische oder ultranationalistische Alternativen. Von diesem Gedanken müssen wir uns im Zuge des Krieges

endgültig verabschieden: Die Beziehungen zu Russland können sich erst wieder in einer Zeit nach Putin auf den Weg der Besserung begeben. Allerdings sollte man auch hier vorsichtigen Pessimismus walten lassen, da mit der Dauer der Kampfhandlungen immer breitere Schichten des russischen Staates an Kriegsverbrechen und Besatzung von ukrainischem Territorium beteiligt sind und generell auf personalistische autoritäre Regime häufig wieder ein autoritäres Regime folgt.

REGIMEPERSONALISIERUNG VOR DEM KRIEG

In der vergleichenden Politikwissenschaft wird Russland als elektorales personalistisches autoritäres Regime eingestuft. Personalistische Regime unterscheiden sich von Einparteienregimen und Militärdiktaturen dadurch, dass der Zugang zu Wahlämtern und Ressourcen, die durch diese Ämter abgeschöpft werden können, primär von einer herrschenden Person abhängig ist. Zentrale Personal- und Politikentscheidungen befinden sich nahezu ausschließlich in der Hand des Autokraten. Elektoral bedeutet, dass das Präsidentenamt und Parlamentsmandate durch Wahlen vergeben werden, die aber nicht nach fairen und freien Bedingungen abgehalten werden.

Regimepersonalisierung ist der Prozess der Machtakkumulation von einem autoritären Herrscher, wobei die relative Macht von anderen Institutionen und Akteuren stetig abnimmt. Für die Vermessung von Regimepersonalisierung gibt es keinen allgemein akzeptierten Katalog von Indikatoren.[01] Speziell für den russischen Fall aber haben die Politologen Alexander Baturo und Johan Elkink vier Säulen der Personalisierung definiert:[02] *Erstens* die Dauerhaftigkeit des autoritären Herrschers an der Macht, was insbesondere an der Umgehung von Amtszeitbeschränkungen auszumachen ist, die Putin mit der Verfassungsreform von 2020 einen Zeithorizont bis 2036 schafft. *Zweitens* die Medienpersonalisierung, die im Extremfall zu einem Personenkult führen kann. Putin war lange Zeit ein Paradebeispiel für einen „spin dictator", der die gesellschaftliche Kontrolle durch Medienzensur, postmoderne Propaganda und *Celebrity*-Status erzielte, ohne auf einen Personenkult, kohärente Ideologie und stalinistische Massenrepression setzen zu müssen.[03] *Drittens* eine Deinstitutionalisierung, durch die formale Institutionen wie Wahlen, Parlamente oder Parteien kontinuierlich ausgehöhlt und persönliche Beziehungen und Netzwerke bestimmend werden. Durch den Ausbau der Machtvertikale in den föderalen Beziehungen zwischen Zentrum und den Regionen und in der Bürokratie wurde ein stark institutionalisierter Kern des Regimes erhalten,[04] der allerdings sukzessive dadurch untergraben wurde, dass Posten in Staat und Staatsunternehmen vorrangig nach dem Prinzip der Loyalität und weniger nach Kompetenz verteilt werden. Und *viertens* zeichnet sich Putins Russland durch zunehmende Personalisierung der Patronage aus: Während in den 1990er Jahren noch mehrere oligarchische Patronagenetzwerke konkurrierten, wurde Putin über die Jahre mit seinen durchweg hohen Zustimmungswerten zum zentralen Patron, dem sich alle anderen Netzwerke unterordnen mussten, um weiter Zugang zu den staatlichen Finanzströmen und Aufträgen zu behalten.

Am Vorabend des Krieges bestätigten sich einige zentrale Einsichten über personalistische Regime: Zum einen ist Russland unter Putin durch „schlechte Regierungsführung" – *bad governance* – gekennzeichnet, die vor allem auf die kleptokratischen Triebe der herrschenden Klasse zurückzuführen sind.[05] Für diese Gewinnerkoalition hat die Konservierung des Status quo oberste Priorität, um die Privilegien in Bezug auf ihre Pfründe zu erhalten, selbst wenn gesamtgesellschaftlich nur noch bedingt Wachstum und Fortschritt erzielt werden kann. Dies führt zum anderen zu einer Verschiebung innerhalb der Gewinnerkoalition hin zu jenen traditionalistischen Eliten, die an der Isolation Russlands interessiert sind, weil nur diese eine uneingeschränkte Kontrolle des

01 Vgl. das derzeitige Standardwerk zum Thema: Barbara Geddes/Joseph Wright/Erica Frantz, How Dictatorships Work: Power, Personalization, and Collapse, Cambridge 2018.
02 Vgl. Alexander Baturo/Jos Elkink, The New Kremlinology: Understanding Regime Personalization in Russia, Oxford 2021.
03 Sergei Guriev/Daniel Treisman, Spin Dictators, Princeton 2022, S. 77.
04 Vgl. Fabian Burkhardt, Institutionalising Authoritarian Presidencies: Polymorphous Power and Russia's Presidential Administration, in: Europe-Asia Studies 3/2021, S. 472–504.
05 Vgl. Vladimir Gel'man, The Politics of Bad Governance in Contemporary Russia, Ann Arbor 2022.

souveränen Territoriums ermöglicht.[06] Die Isolationsstrategie hat innenpolitisch auch einen gerontokratischen Effekt: Die vertikale Mobilität ist blockiert, im Sicherheitsrat liegt das Durchschnittsalter bei rund 65 Jahren. Diese älteren Kohorten unterscheiden sich laut Untersuchungen deutlich von jüngeren: Innenpolitisch legen sie weniger Wert auf politischen Pluralismus und Bürgerrechte, außenpolitisch kennzeichnet sie vor allem ein postimperiales Weltbild, das auf Revisionismus und Restauration von zaristischem und sowjetischem Großmachtstatus drängt. Jüngere Elitekohorten sehen dagegen die Ukraine tendenziell eher als unabhängigen Staat. Es bestätigt sich damit die Erkenntnis, dass autoritäre Regime mit zunehmender Personalisierung innenpolitisch repressiver und außenpolitisch aggressiver werden,[07] da *checks and balances* weitgehend abgebaut sind. Anders ausgedrückt: Außenpolitische Aggression wird auch als Instrument genutzt, um die Macht im Inland zu konsolidieren.

PUTINS WILLE UND RUSSLANDS KRIEG

Putins Entscheidung, in die Ukraine einzumarschieren, zeigt, wie hochpersonalisiert das autoritäre Regime in Russland ist. Bei der Sicherheitsratssitzung drei Tage vor der Invasion wurde deutlich, dass selbst dieses Gremium keine Institution mehr ist, die den Präsidenten einhegen könnte. Bei der demonstrativ öffentlich abgehaltenen Sitzung, auf der formal die Anerkennung der selbsterklärten „Volksrepubliken" Donezk und Luhansk – aber eigentlich über den Krieg – entschieden wurde, demütigte Putin einige Mitglieder, andere waren offensichtlich über die Kriegspläne nicht informiert, und Widerspruch war prinzipiell ausgeschlossen, obwohl dennoch eine Fraktion für die Fortsetzung der Verhandlungen mit den USA und der Nato plädierte.

Die Kriegsentscheidung war im kleinsten Kreis gefällt worden, involviert waren Berichten zufolge Verteidigungsminister Sergej Schojgu, Generalstabschef Walerij Gerasimow, FSB-Direktor Alexandr Bortnikow, der Sekretär des Sicherheitsrates Nikolaj Patruschew sowie weitere Putin-Vertraute wie der Direktor der Nationalgarde Wiktor Solotow und der Bankier Jurij Kowaltschuk. Der eigentliche Zweck der Sitzung war somit, jene Elitengruppen, die nicht zum engeren Kriegskabinett gehören, an die Kriegsentscheidung zu binden und mitschuldig zu machen. Dabei wiederholte sich jenes Muster, das schon von der Entscheidung über die Krim-Annexion 2014 überliefert ist: Putin gibt in Absprache mit einigen Militärs, Geheimdienstchefs und Ideologen die politische Richtung vor, dem Technokratenblock der Regierung kommt lediglich die nachgeordnete Rolle zu, die wirtschaftlichen Folgen abzufedern und Russland an die neuen außenpolitischen Rahmenbedingungen anzupassen.

Wann Putin die Kriegsentscheidung getroffen hat und konkrete Vorbereitungen dafür eingeleitet wurden, lässt sich derzeit nicht abschließend sagen. In der Rückschau deutet zumindest einiges darauf hin, dass der Präsident schon frühzeitig Vorkehrungen traf. So kann der Mordversuch an Alexej Nawalnyj im August 2020 auch mit der Absicht verbunden gewesen sein, den einzigen verbliebenen Oppositionspolitiker zu neutralisieren, der noch in der Lage gewesen wäre, massive Antikriegsproteste zu mobilisieren. In diese Reihe gehören ebenso die Militärübungen auf der annektierten Krim und entlang der ukrainischen Grenze im Frühjahr 2021, die Beschränkungen von Getreideexporten seit Sommer 2021, die Nichtauffüllung der von Gazprom geführten Gasspeicher etwa in Deutschland und Österreich oder die zwei an die Nato und die USA gerichteten Vertragsentwürfe über Sicherheitsgarantien, die aufgrund des ultimativen und maximalistischen Charakters von vornherein zum Scheitern verurteilt waren.

Die Kriegsvorbereitungen veranschaulichen aber auch eine weitere Herrschaftstechnik Putins. Im personalistischen Regime gibt es nicht nur eine, sondern viele Machtvertikalen, die nach dem Prinzip der Arbeitsteilung funktionieren: Putin vergibt taktische Aufträge an zuständige Eliteakteure und Behörden, diese führen zwar aus, wissen aber meist über das strategische Ziel nicht Bescheid, das mit den Maßnahmen verbunden ist. Putin agiert als oberster Veto-Spieler nach dem altbekannten Prinzip „teile und herrsche", was

06 Vgl. Kirill Rogow, Wremja janytschar: isoljazija kak strategija, 25.10.2021, https://liberal.ru/lm-ekspertiza/vremya-yanychar-izolyacziya-kak-strategiya.

07 Vgl. Erica Frantz et al., Personalization of Power and Repression in Dictatorships, in: The Journal of Politics 1/2020, S. 372–377; Jessica Weeks, Strongmen and Straw Men: Authoritarian Regimes and the Initiation of International Conflict, in: American Political Science Review 2/2012, S. 326–347.

ihn vor Angriffen durch Regime-Insider schützt. Diese arbeitsteiligen bürokratischen Hierarchien kooperieren horizontal schlecht, da der Informationsfluss vorwiegend vertikal verläuft, und die gesamtgesellschaftlichen Politikergebnisse sind suboptimal. Nach außen entsteht so der Eindruck einer schlecht regierten „Adhokratie", in der Akteure vor allem ad hoc auf Signale von oben reagieren.

Die auf Insiderquellen beruhende Berichterstattung und die öffentlichen Reaktionen – etwa von einigen Oligarchen, Vertretern des Wirtschaftsblocks der Regierung oder der regimeloyalen Kommunistischen Partei – zeichnen ein eindeutiges Bild: Die Kriegsentscheidung wurde im engsten Kreis um Putin gefällt. Die vergleichende Forschung legt nahe, dass derartige weitreichende Entscheidungen große Risiken für autoritäre Herrscher bergen: Insbesondere wenn Kriege nicht siegreich enden, droht die Gefahr einer Rebellion. Vor diesem theoretischen Hintergrund ist die Annahme plausibel, dass der Krieg die bisher größte Gefahr für das Putin-Regime bedeutet. Zugleich scheint die öffentliche Debatte im Westen von Wunschdenken getrieben zu sein, dass es zu einem schnellen Kollaps des Putin-Regimes kommen könnte, der wiederum zu einem zügigen Ende des Krieges führen würde.

ELITE IM U-BOOT

Die Loyalität von Eliteakteuren ist auch für das Überleben von stark deinstitutionalisierten personalistischen autoritären Regimen entscheidend. Sie sind für die Regierungsführung unerlässlich, können aber bei Anzeichen von Schwäche entweder einen Staatsstreich anzetteln oder sich massenweise vom Herrscher lossagen und zu einem rivalisierenden Elitenetzwerk überlaufen. Da die Kriegsentscheidung im innersten Kreis um Putin getroffen wurde, ist anzunehmen, dass dies bei vielen Elitekohorten für breiten Unmut sorgte – entweder, weil sie nicht eingebunden waren, oder weil sie dagegen waren. Welche Stimmung tatsächlich in der Elite vorherrscht, lässt sich jedoch nur schwer einschätzen.

Dennoch kann nach über vier Monaten Krieg festgehalten werden, dass sich zwar taktische Differenzen ausmachen lassen – etwa in Bezug auf Verhandlungen mit der Ukraine, der Wirtschaftspolitik oder einer möglichen Generalmobilisierung –, dass aber keine Elitegruppe derzeit an Putin als strategischer Leitfigur rüttelt. Seit Kriegsbeginn lassen sich mehrere Phasen unterscheiden: Der 24. Februar versetzte vor allem die Eliten in der zivilen Bürokratie sowie in den Staats- und privaten Großunternehmen unter Schock, da diese weder das Ausmaß des Krieges jenseits des Donbas noch die Wucht der westlichen Sanktionen vorhergesehen hatten. Ende März wandelte sich jedoch die Stimmung: Ab dieser zweiten Phase scharte sich die Elite um den Präsidenten und konkurrierte vor allem darum, die „besten" Lösungen anzubieten, wie die Sanktionen abzufedern, die eroberten Territorien „einzugliedern" und der Krieg für Russland siegreich zu beenden seien. Allerdings bleibt die Unsicherheit groß, wie die Elite in einer dritten Phase reagieren wird, sobald die sich anbahnende Wirtschaftskrise wirklich spürbar wird. Mit Blick auf Elitendynamiken sind insbesondere drei Aspekte aufschlussreich:

Erstens haben sich im Zuge des Krieges nur wenige Schlüsselakteure von Putin losgesagt, *elite defections* blieben trotz Unzufriedenheit in der Bürokratie Ausnahmen. Hierzu gehören die Kritik des ehemaligen Vizepremiers Arkadij Dworkowitsch, das Absetzen ins Ausland des langjährigen Putin-Vertrauten Anatolij Tschubajs, der Rücktritt von Jelzins Schwiegersohn Walentin Jumaschew als Präsidentenberater sowie das Ausscheiden des Diplomaten Boris Bondarew aus dem Dienst in der russischen UN-Vertretung in Genf. Der russische Analytiker Andrej Kolesnikow vergleicht den Zustand der föderalen zivilen Bürokratie mit dem von Matrosen in einem U-Boot, das erst verlassen werden kann, wenn der Kommandant den Befehl zum Auftauchen gegeben hat. Putin selbst hat deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er abweichendes Verhalten als „Nationalverrat" deutet, und hat bereits entsprechend gehandelt: So musste Dworkowitsch von seinem Vorstandsposten beim Moskauer Hochtechnologiepark Skolkowo zurücktreten, und gegen Tschubajs soll ein Strafverfahren eröffnet werden. Wer als privater Unternehmer Putins Kriegsentscheidung kritisiert, riskiert die Enteignung. Umso bemerkenswerter ist, dass sich trotz dieser Risiken einige Oligarchen öffentlich zu Wort gemeldet haben: Wladimir Potanin warnte vor der Nationalisierung von ausländischen Unternehmen, die den russischen Markt verlassen, die Lukoil-Miteigentümer Wagit Alekperow und Leonid Fedun riefen zur ra-

schen Beendigung der Kriegshandlungen auf, und der Miteigentümer und Vorstandschef des Stahlunternehmens NLMK Wladimir Lisin äußerte sogar Verständnis für die westlichen Sanktionen. Derzeit wird vor allem eine weitere Nationalisierung der Eliten sichtbar, die diejenigen noch viel stärker vom Regime abhängig macht, die kein zweites Standbein im Ausland haben. Paradoxerweise kommt dem Wirtschaftsblock der Regierung wieder größere Bedeutung zu, da nur er über die nötige Kompetenz verfügt, um den Sanktionsschock zu dämpfen. Die Zentralbankchefin Elwira Nabiullina oder der Vorsitzende des Rechnungshofs Alexej Kudrin etwa sprechen von einer schmerzhaften Transformationsperiode von eineinhalb bis zwei Jahren. Allem Anschein nach gehen die Technokraten davon aus, dass sich wie schon nach der Krim-Annexion nach einiger Zeit ein neues Gleichgewicht einstellen wird, das wieder *business as usual* unter neuen Vorzeichen erlauben wird. Bisher wiederholt sich das Muster von 2014: Auch Russlands Oligarchen sind keine geschlossene Gruppe, sondern vor allem Rivalen, die um Ressourcen konkurrieren. Solange Putin die Sicherheitsorgane kontrolliert, bleiben die Risiken der Kritik an der Ursache der Sanktionen hochriskant, und die Tycoons versuchen jeweils unabhängig voneinander, den Schaden für sich zu begrenzen oder auch neue Chancen bei Verteilungskämpfen zu ergreifen.

Zweitens griff Putin bisher noch nicht auf Säuberungen zurück, was darauf schließen lässt, dass er derzeit keine Gefahr für sich aus der Elite befürchtet. Die ersten Kriegswochen liefen offensichtlich nicht nach Plan, und so entstanden Gerüchte, dass einige Schlüsselakteure, die seit 2014 für die Ukraine-Politik zuständig waren, verhaftet wurden. Hierzu gehören der FSB-General Sergej Beseda, der Putin hauptverantwortlich über die Ukraine informierte, der ehemalige Präsidentenberater Wladislaw Surkow und sein Nachfolger Dmitrij Kosak. Allerdings bestätigte sich bisher keines dieser Gerüchte. Selbst wenn Putin von ihnen systematisch desinformiert worden wäre, was aufgrund der Informationsasymmetrien durchaus ein typisches Charakteristikum von stark personalisierten Regimen ist, würde dies nichts am Hauptziel Putins ändern, die Ukraine als souveränen Staat zu zerstören. Auch die Ernennungs- und Entlassungsmuster in anderen Politikbereichen – etwa die erneute Nominierung der Zentralbankchefin Nabiullina für weitere fünf Jahre, die lang erwartete Neubesetzung des Ministers für Katastrophenschutz oder die planmäßige Rotation von Gouverneuren vor den Regionalwahlen im September – sprechen dafür, dass Putin bisher auf die gewohnte „Stabilität der Kader" setzt.

Drittens hat Putin seine Herrschaft gezielt gegen einen Staatsstreich seitens des Militärs oder der Geheimdienste abgesichert.[08] Das Militär verhält sich traditionell apolitisch und wurde unter Putin insbesondere durch die 2008 begonnene Militärreform durch Modernisierung und korrupte Renten an das Regime gebunden. Gleichzeitig sorgt der in die Armee eingebettete Militärnachrichtendienst des FSB für externe Kontrolle. Die Vielzahl von bewaffneten Truppen, die ständige gegenseitige Überwachung und die Verschränkung von Kompetenzen schaffen hohe Hürden, die Verschwörer bei einem Coupversuch überwinden müssten. Allein der Föderale Sicherheitsdienst FSO, der vorwiegend mit dem Schutz des Präsidenten und der Sicherung der staatlichen Kommunikationskanäle betraut ist, beläuft sich auf 50 000 Personen. Das Militär ist auch von der Aufgabe befreit, innenpolitische Proteste niederzuschlagen, denn dafür ist die 2016 eigens geschaffene Nationalgarde zuständig. Anstifter eines Putsches müssten auch dafür sorgen, dass die von ihnen eingesetzte politische Interimsführung eine gewisse Legitimität in der Gesellschaft genießt. Derartige Politiker sind aufgrund der Regimepersonalisierung rar, und die Risiken, einen Putsch zu planen, sind enorm hoch, da im Grunde jedes Regierungsmitglied davon ausgehen muss, dass es von mindestens einem Geheimdienst abgehört wird. Der Krieg hat ein weiteres Mal verdeutlicht, dass die russische Elite vor allem durch Fragmentierung gekennzeichnet ist, die horizontale Kommunikation und kollektives Handeln erschwert.

AUSBLEIBENDE MASSENMOBILISIERUNG

Nach Bedrohungen aus der Elite können insbesondere gewaltlose Massenproteste autoritären Herrschern gefährlich werden, wobei die Rate

08 Vgl. Adam E. Casey, Putin Has Coup-Proofed His Regime Russian Security Forces Are Carefully Policed for Loyalty, 23.3.2022, https://foreignpolicy.com/2022/03/23/putin-coup-russian-regime.

der Proteste, die tatsächlich zu einem Regimewechsel geführt haben, in den vergangenen Jahren zurückgegangen ist. Für den Erfolg von Regimewechseln spielen aber insbesondere Spaltungen in der Elite und die Popularitätswerte des autoritären Herrschers die entscheidende Rolle. Von solchen Erscheinungen scheint Putins Russland derzeit noch weit entfernt zu sein. Dennoch wäre es denkbar, dass auch Massenproteste als Katalysator zu Spaltungen beitragen, sodass sich daraufhin Eliteakteure von Putin lossagen.

Auch nach mehreren Monaten hat Russland noch keine Massenproteste gegen den Krieg erlebt. Der Kreml hat die bisher größte Protestbewegung „Für faire Proteste" der Jahre 2011 bis 2013 mit Repressionen bekämpft, und die Annexion der Krim 2014 hat verdeutlicht, dass in der heterogenen Antiregierungskoalition viele die Ukraine-Politik Putins befürworteten. In Putins vierter Amtszeit seit 2018 sind es lediglich noch die außerparlamentarische Partei Jabloko und mit Einschränkungen Alexej Nawalnyj, die die Krim-Annexion und Besetzung des Donbas kritisieren. Jabloko ist jedoch marginalisiert und lehnt Straßenproteste ab. Und mit der Verhaftung Nawalnyjs im Januar 2021 sowie der Zerstörung seiner Stiftung und ihres weitläufigen regionalen Netzwerks mithilfe der Ausländische-Agenten- und Extremismusgesetzgebung war die letzte Organisationsstruktur neutralisiert, die zahlenmäßig relevante Antikriegsproteste hätte organisieren können. Dennoch wurden bei Antikriegsdemonstrationen in mehr als 100 russischen Städten über 16 000 Personen festgenommen, was von erheblichem Protestpotenzial zeugt. Das Regime hat darauf gezielt reagiert: In den ersten Kriegsmonaten wurden 181 Medien blockiert, 150 Strafverfahren eröffnet, 2100 Personen für die „Diskriminierung" der Armee mit hohen Geldstrafen belegt und knapp 60 neue „ausländische Agenten" erklärt. Geschätzte 300 000 bis 400 000 Russinnen und Russen haben das Land seit Kriegsbeginn verlassen.

In vergleichender Perspektive muss indes festgestellt werden, dass das Repressionsniveau in Russland noch verhältnismäßig niedrig ist und bei einer neuen Protestwelle deutlich verschärft werden könnte. Bisher erfüllt der Krieg gegen die Ukraine wie schon die Krim-Annexion eine innenpolitische Funktion: Putins Popularitätswerte sind erneut in die Höhe geschnellt, und knapp 80 Prozent der Befragten unterstützen laut dem unabhängigen Lewada-Zentrum „die Aktivitäten der russischen Streitkräfte in der Ukraine". 72 Prozent wollen Putin 2024 wieder auf dem Präsidentenposten sehen, im September 2021 waren es nur 47 Prozent.[09] Kriegsgegner sind vor allem unter jungen Menschen, unter jenen, die sich in sozialen Medien informieren, unter Großstädtern sowie in ärmeren Schichten zu finden. Da Regimegegner eine Teilnahme an Umfragen tendenziell ablehnen und auch soziale Erwünschtheit bei den Antworten eine Rolle spielt, ist in vorsichtigen Einschätzungen von einem „aufgezwungenen Konsensus" die Rede.[10]

Für den Kreml stellt sich die Frage, wie lange die hohen Zustimmungswerte anhalten werden. Vor diesem Hintergrund sollte auch die derzeitige Debatte gesehen werden, ob sich Russland weg von einem eher typischen personalistischen Regime hin zu einem Regime mit faschistischen und totalitären Zügen entwickelt.[11] Während der Autoritarismus auf die Passivität und Atomisierung der Gesellschaft setzt, basiert der Totalitarismus vor allem auf Massenmobilisierung. Mit Bürgerwehren, vermehrter Polizeigewalt, Denunziantentum, dem Z-Symbol des Krieges, Filtrationslagern und Rassenhygiene für Ukrainerinnen und Ukrainer, verstärkter Indoktrinierung an Schulen und Universitäten und der Kultivierung von Ressentiments und Revisionismus lassen sich schon viele Anzeichen beobachten. Wie stark der totalitäre Trieb des Kremls die Gesellschaft durchdringen wird, hängt vor allem davon ab, wie lange die Putin-Herrschaft noch andauert.

VOM MACHO ZUM „BUNKER-OPA"

Vergleichende Studien zeigen, dass Herrscher in personalistischen Regimen häufig bis zur Handlungsunfähigkeit oder dem natürlichen Tod an der Macht bleiben. Je länger die Herrschaft an-

09 Vgl. Lewada-Zentr, Konflikt s Ukrainoj, 2.6.2022, www.levada.ru/2022/06/02/konflikt-s-ukrainoj-2; dass., Otnoschenie k Wladimiru Putinu, 10.6.2022, www.levada.ru/2022/06/10/otnoshenie-k-vladimiru-putinu-5.

10 Michail Komin/Kirill Rogow, Nawjasannyj Konsensus. Schto goworjat oprosy o poddershke wojny i moshno li im werit?, 2.6.2022, https://re-russia.org/6c314cc0da9d4f2686718cdf22f61037.

11 Vgl. „A Fascist Regime Looms in Russia", Interview mit dem Soziologen Grigorij Judin, 1.4.2022, www.akweb.de/politik/putin-war-in-ukraine-a-fascist-regime-looms-in-russia.

dauert, desto mehr verschmilzt das Regime mit der Person des Autokraten, dessen physischer Körper damit zunehmend zu einem Objekt nationaler Sicherheit wird. Herrscher in personalistischen Regimen genießen meist keinen ruhigen Lebensabend, ihnen drohen Exil, Gefängnis oder auch ein gewaltsamer Tod.[12] Die kontrollierte Übergabe an einen Nachfolger am Ende der durch die Verfassung erlaubten Amtszeit gestaltet sich oft riskant, da dieser bei den anschließenden Wahlen häufig verliert und damit nicht für Wohlergehen und Wohlstand des Autokraten garantieren kann. Dies führt zu einem Teufelskreis, der insbesondere im vergangenen Jahrzehnt der Putin-Herrschaft immer deutlicher zutage getreten ist: Mit zunehmender Machtdauer nehmen die (wahrgenommenen) Risiken nach dem Rücktritt zu. Dies führt wiederum dazu, dass die Machtsicherung mit immer plumperen Methoden erfolgt. Spätestens seit der Rückkehr ins Präsidentenamt 2012 muss davon ausgegangen werden, dass Putin nicht gewillt ist, freiwillig abzutreten. Bis zur Verfassungsreform 2020 wurde noch spekuliert, ob er dem Beispiel des kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew folgen und sich schrittweise aus der Politik zurückziehen könnte. Doch mit den im Juli 2020 in Kraft getretenen Verfassungsänderungen könnte Putin, der im Oktober 70 Jahre alt wird, regieren, bis er 83 Jahre alt ist.[13] Auch die in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen schaffen weitere Anreize, dass er sich bis zum Schluss an die Macht klammert, da er bei einem Abtritt von einem Nachfolger handfeste Garantien bräuchte, dass dieser ihn nicht an ein Kriegsverbrechertribunal ausliefert.

Seit 2012 häufen sich Berichte, dass Putin an verschiedenen Krankheiten leide. Bis auf zeitweise Rückenprobleme hat der Kreml nie etwas davon bestätigt. Dennoch wird er unter russischen Jugendlichen bisweilen schon als *bunkernyj ded* („Bunker-Opa") verlacht. Die bisher plausibelste Ferndiagnose stellte im April 2022 das Journalistenkollektiv Proekt, das anhand von Dokumenten nahelegt, dass Putin an Schilddrüsenkrebs leidet. Diese Art von Krebs würde zwar die äußerliche Veränderung Putins erklären und seinen Lebenswandel einschränken, nicht aber den unmittelbaren Rücktritt bedeuten. Ein krankheitsbedingtes Ausscheiden aus dem Amt oder ein vorzeitiger Tod würde das Ende des personalistischen Regimes einläuten, jedoch kein Gelegenheitsfenster für die Demokratisierung Russlands bieten. Die Beispiele Usbekistan und Turkmenistan haben gezeigt, dass sich die Elite in solche Fällen recht zügig über die Nachfolge einigen kann. Im Todesfall würde Premierminister Michail Mischustin kommissarisch das Präsidentenamt übernehmen, und selbst wenn die in der Verfassung festgelegte Reihenfolge nicht eingehalten würde, wäre eine Destabilisierung unwahrscheinlich. Insgesamt bleibt somit festzuhalten, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit erneut ein autoritäres Regime folgt.[14] Dieses könnte zwar innenpolitisch weniger repressiv und außenpolitisch weniger aggressiv auftreten, aber eine Demokratisierung, die zum Beispiel auch eine umfassende Entfernung von Eliten der Putin-Ära aus öffentlichen Ämtern nach sich ziehen würde, ist überaus unwahrscheinlich.

Putin stellt sich offensichtlich auf eine lange Konfrontation ein und richtet ganz Russland darauf aus. In personalistischen Regimen kann der „Herbst des Patriarchen" allerdings sehr schnell zu Ende gehen: Was in einem Augenblick noch als Stärke und Stabilität erscheint, zeugt im nächsten Moment vor allem von Schwäche.[15] Denn personalistische Diktatoren machen vor allem eines: Fehler.[16] Und der Angriffskrieg gegen die Ukraine war mit Sicherheit Putins größte Fehlentscheidung seiner Autokratenlaufbahn.

12 Vgl. Hein E. Goemans, Putin's Peers, in: Timothy J. Colton/Timothy Frye/Robert Legvold (Hrsg.), The Policy World Meets Academia: Designing U.S. Policy toward Russia, Cambridge, MA 2010, S. 79–91.

13 Vgl. Fabian Burkhardt, Institutionalizing Personalism: The Russian Presidency after Constitutional Changes, in: Russian Politics 1/2021, S. 50–70.

14 Vgl. Andrea Kendall-Taylor/Erica Frantz, When Dictators Die, in: Journal of Democracy 4/2016, S. 159–171.

15 Vgl. Timothy Frye, Weak Strongman: The Limits of Power in Putin's Russia, Princeton 2021.

16 Vgl. Daniel Treisman, Democracy by Mistake: How the Errors of Autocrats Trigger Transitions to Freer Government, in: American Political Science Review 3/2020, S. 792–810.

FABIAN BURKHARDT
ist promovierter Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg sowie Redakteur der „Russland-Analysen" und „Ukraine-Analysen" am IOS.
burkhardt@ios-regensburg.de

DESINFORMATION ALS WAFFE

Über einen Krieg, den Russland seit Jahren führt

Jessikka Aro

Russland bedroht die Sicherheit verschiedener Länder, möchte in demokratische Prozesse eingreifen und unterstützt potenziell gefährliche Gruppierungen, indem es einen Informationskrieg führt. Derzeit fällt eine unbekannte Zahl von Menschen aus dem Westen feindseligen Informationsoperationen zum Opfer, die ihren Ursprung in den international verbreiteten Fake News des Kremls und sogenannten Trollfabriken haben. Es gibt nur wenige Entscheidungsträger im Westen, die aktiv versuchen, dies zu unterbinden oder Bürgern bei der Gegenwehr helfen, aber es ist höchste Zeit, dass sie beginnen, ihre Bevölkerung zu schützen.

EIN KIND DES KGB WIRD ERWACHSEN

Russland praktiziert informationspsychologische Kriegführung bereits seit Jahrzehnten. Unter Putins Herrschaft hat der Kreml diesen Krieg weltweit in soziale Medienplattformen getragen und diese in psychologische Massenvernichtungswaffen verwandelt, insbesondere in Informationsräumen westlicher Länder. Der Grundstein für den modernen russischen Informationskrieg wurde vom berüchtigten Geheimdienst der Sowjetunion gelegt. Laut Peter Wright, dem wissenschaftlichen Leiter des britischen Auslandsgeheimdienstes MI5 während des Kalten Krieges, gaben sowjetische Überläufer preis, dass der KGB damit beauftragt war, Methoden zu finden, dem Westen Schaden zuzufügen, ohne einen konventionellen Krieg vom Zaun zu brechen.[01] Der KGB-Vorsitzende Alexander Schelepin soll die Idee von Falschinformationskampagnen entwickelt haben.

Der russische Präsident Wladimir Putin, selbst ehemaliger Geheimdienstoffizier, verwendet die dunkelsten sowjetischen Methoden bei seinem Versuch, die Gedanken und das Verhalten der Öffentlichkeit inner- und außerhalb von Russland zu kontrollieren. Unter seinem Kommando führt der Kreml einen Informationskrieg, um dieselbe Mission zu erfüllen wie der KGB zur Zeit des Kalten Krieges, das heißt, den Westen so stark wie möglich zu verletzen, ohne ihn im physischen Sinne zu beschießen.

Putins innerer Kreis aus Russlands ranghöchsten Offizieren gibt offen zu, einen Informationskrieg zu führen: Verteidigungsminister Sergej Schojgu sagte 2015, dass Massenmedien und Informationen ebenfalls Waffen seien. Zwei Jahre später verkündete er, dass die russische Armee „Cyber-Truppen" geschaffen habe. Diese betrieben „effektive Gegenpropaganda". Russland sieht sich selbst als Opfer der vermeintlichen „hybriden und informationellen Kriegführung" des Westens und insbesondere der Nato, gegen die es sich verteidigen müsse.[02] Der Kreml greift auf erfundene Feindbilder zurück, wie „die Nato als Aggressor" oder „der degenerierte Westen", um die Verwendung informationeller Kriegführung gegen die eigene Bevölkerung und ausländische Bürger jenseits der Grenzen zu rechtfertigen.

Eine andere, in diesem Sine sehr offene russische Offizielle ist Margarita Simonjan. Sie dient als „Chefredakteurin" des Auslandssenders RT, ehemals bekannt als „Russia Today". Als ein zentrales Propagandainstrument des Kremls, das auf das Ausland gerichtet ist und von Putin persönlich entwickelt wurde,[03] operiert die RT-Mediengruppe in verschiedenen Sprachräumen und nutzt gekonnt soziale Medien, um weltweit ein enormes Publikum anzulocken. Gegenüber der russischen Zeitung „Komersant" gab Simonjan bereits 2012 an, dass RT eine Waffe im globalen Informationskrieg sei und für Russland genauso wichtig wie das Verteidigungsministerium. Dem US-Geheimdienst zufolge spielte RT eine Schlüsselrolle bei der Beeinflussung der US- Präsidentschaftswahl 2016, indem es Donald Trump unterstützte und die demokratische Kandidatin Hillary Clinton verunglimpfte. Dem Büro des Director of National Intelligence zufolge war es Putin persönlich, der die Kampagne zur Beeinflussung der US-Wahl in Auftrag gegeben hatte.

VERSCHÄRFUNG AB 2014

Ich selbst begann 2014, also im Jahr, als Russland die Ukraine erstmals angriff, mit meinen journalistischen Recherchen zu russischen Propaganda-Operationen in sozialen Netzwerken. Um mehr über die Motive für Russlands Informationskrieg herauszufinden, führte ich ein Interview mit Andrei Illarionow, einem ehemaligen Wirtschaftsberater aus Putins engerem Umkreis, der jedoch 2005 Russland verlassen und erklärt hatte, dass es kein freies oder demokratisches Land sei. Ihm zufolge führt der Kreml einen Informationskrieg gegen Finnland und viele andere Staaten, um Tatsachen über den seit 2014 laufenden Krieg in der Ukraine zu verzerren. Darüber hinaus habe Russland erklären wollen, „warum es Krieg gegen die Ukraine führt", und seinen Nachbarländern verdeutlichen wollen, wer „der Boss ist". „Das Gefühl, in der Lage zu sein, einen Informationskrieg zu führen, ist das Wichtigste", berichtete er.[04]

Nach der Verschärfung seines Krieges, seines Genozids und seiner Kriegsverbrechen in der Ukraine am 24. Februar 2022 hat Russland gleichermaßen seine internationalen Informationsattacken verschärft. Wie seine Social-Media-Trolle verbreitet Putin selbst niederträchtige, hasserfüllte Propaganda gegen die Ukrainer und gelobt, die Ukraine zu „demilitarisieren und entnazifizieren", da angeblich „Neonazis die Ukraine als Geisel genommen und Völkermord an Millionen von Menschen vorgenommen" hätten. Diese und ähnliche Äußerungen, die weiterhin aus dem Kreml kommen, sind Teil des Informationskrieges. Sie richten sich auf mehrere Ziele: Sie sollen den Hass der russischen Soldaten auf die Ukrainer anheizen und zugleich andere Länder davon abhalten, die Ukraine zu verteidigen, militärisch zu unterstützen und die Gräuel zu unterbinden.

Durch meine Recherchen ist mir klar geworden, dass der Kreml informationspsychologische Einflussnahme zudem nutzt, um politische Entwicklungen herbeizuführen, die im Interesse von Putins Regime sind. Der Westen und die Nato-Staaten stehen dabei ganz oben auf der Zielliste des Kremls. Im Frühjahr 2022 erklärte der Kreml etwa die Mitgliedstaaten der EU neben den USA zu „feindlich gesinnten Ländern". Die gefährlichsten Folgen der informationspsychologischen Kriegführung des Kremls manifestieren sich im Denken realer Menschen. Bedauerlicherweise haben meine Recherchen gezeigt, dass es dem Kreml gelungen ist, Gedanken, Einstellungen und sogar Verhaltensweisen zu beeinflussen.

Manche Bürger und sogar ganze Bevölkerungsgruppen fallen dem Informationskrieg des Kremls zum Opfer, der von den russischen Geheimdiensten orchestriert und von Trollfabriken ausgeführt wird, die international Fake News verbreiten. Die Länder des Westens sollten die Operationen des Kremls deshalb als ernstzunehmende Bedrohung sowohl für ihre nationale Sicherheit als auch für die Sicherheit und das Wohlergehen ihrer Bürger betrachten.

WIE TROLLE ARBEITEN

2013 haben extrem mutige Journalisten aus Russland die erste bekannte Trollfabrik in Sankt Petersburg aufgedeckt. Offiziell präsentierte sich die Einrichtung als eine Firma namens „Agentur für Internet-Forschung", die im Internet Meinungsforschung betreibt. Tatsächlich aber handelt es sich um eine Organisation mit Verbindungen zum russischen Staat, die gegründet wurde, um die Politik des Kremls und falsche Berichte online zu verbreiten sowie Kommentare im Internet zugunsten des Kremls zu manipulieren.[05] Den Journalisten zufolge, die die Organisation unterwandert und eine Weile dort gearbeitet hatten, ehe sie ihre Einblicke veröffentlichten, beschäftigt die Trollfabrik Hunderte junger Russen, die dafür bezahlt werden, in sozialen Medien falsche Profile und Inhalte zugunsten des Kremls zu erstellen. Jeden Morgen erhielten die Trolle, wie die Angestellten sich selbst bezeichneten, von ihren Vorgesetzten neue Themen, über die sie schreiben sollten. Die Themen reichten von der Diffamierung russischer Oppositioneller bis hin zu stumpfsinnigen Vorwürfen gegen das amerikanische Volk.

01 Vgl. Peter Wright/Paul Greengrass, Spycatcher. Vakoojasieppari, Helsinki 1987.

02 Vgl. Sergej Schojgu nagradil pobeditelej konkursa „MEDIA-AS", 27.3.2015, https://rg.ru/2015/03/27/shoigu-site.html#/5364_56cd4c8b/1.

03 Vgl. Visit to Russia Today Television Channel, 11.6.2013, http://en.kremlin.ru/events/president/news/18319.

04 Zit. nach Jessikka Aro, Putinin entinen neuvonantaja Yle Uutisille: Venäjä Informaatiosotii Suomessa – „Haluaa näyttää, kuka on pomo", 19.9.2014, https://yle.fi/uutiset/3-7480089.

05 Vgl. Max Seddon, Documents Show How Russia's Troll Army Hit America, 2.6.2014, www.buzzfeednews.com/article/maxseddon/documents-show-how-russias-troll-army-hit-america.

Bei meinen eigenen Recherchen ging es mir auch darum, herauszufinden, ob die russischen Social-Media-Trolle in der Lage sind, Ideen, Gedanken, sowie Haltungen von Menschen und dadurch letztlich deren Verhalten zu beeinflussen. Meiner Meinung nach war allein die Existenz der Trollfabrik eine Bedrohung für das universelle Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung. Zudem wollte ich mir genauer ansehen, was die Trolle im Schilde führten: wo sie operierten und welche Techniken sie verwendeten. Vor allem wollte ich wissen: Fielen finnische Bürger, die mit ihnen in Berührung kamen, auf ihre Täuschung herein?

Als mein Kollege Mika Mäkeläinen sich im Februar 2015 mit einer russischen Mitarbeiterin auf den Weg machte, um die Fabrik in Sankt Petersburg zu untersuchen, hatte die Agentur Stellenausschreibungen veröffentlicht: Sie suchte Social-Media-Manager, Werbetexter und Grafikdesigner, die in Zwölf-Stunden-Schichten arbeiten würden, auch nachts. Die Aufgaben umfassten auch das Schreiben von Nachrichtenbeiträgen, und interessanterweise wurden in den Ausschreibungen englische Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse der Suchmaschinenoptimierung erwartet – vermutlich, um die Ergebnisse von Suchmaschinen zugunsten des Kremls zu manipulieren. Unsere russische Mitarbeiterin rief bei der Personalverantwortlichen der Agentur an und gab vor, sich für einen der ausgeschriebenen Jobs zu interessieren. Sie fragte die Personalverantwortliche, welche Art von Material sie produzieren würde, für den Fall, dass sie die Stelle bekäme. Die Personalverantwortliche räumte ein: politische Nachrichten. Sie gab zu, dass die Trollfabrik versuchte, Onlinedebatten auch im Ausland zu beeinflussen. Wir nahmen an, dass die Fabrik deshalb nachts in Betrieb war, um die Debatten in anderen Zeitzonen in Echtzeit angreifen zu können.

Die Arbeiter betraten die Fabrik in großer Menge um 9 Uhr morgens und verließen sie wieder um 9 Uhr abends. Als wir versuchten, sie zu interviewen, gaben sie keine Kommentare ab. Wir erfuhren, dass sie vertraglich zum Schweigen verpflichtet worden waren und somit keine Erlaubnis hatten, zu sprechen. Uns gelang es jedoch, mit einem Abteilungsleiter im Gebäude zu sprechen, der für die russischen „Nachrichten" zuständig war. Er behauptete, dass er ein „Unternehmen" leite und keine „Trolle" in seinen Räumlichkeiten arbeiteten. Doch die „Nachrichtenseite", von der fälschlicherweise behauptet wurde, dass sie von der Ukraine aus betrieben werde, trug keine Wesensmerkmale eines Unternehmens: Es gab weder Abonnements noch Werbung oder Paywalls.

Es war der Wachmann des Gebäudes, der uns eine äußerst interessante und bemerkenswerte Erkenntnis bescherte: Als ich mit unserer russischen Mitarbeiterin vor dem Haupteingang filmte und Fotos machte, rannte er nach draußen und brüllte uns an: „Ihr müsst gehen, Mädchen, sonst rufe ich die Polizei, könnt ihr nicht sehen, dass das hier ein Verwaltungsgebäude ist?" Dies war eine brisante Offenbarung, da Verwaltungsgebäude in Russland stets mit dem Staat verbunden und stark bewacht sind, etwa Polizeidienststellen, Atomkraftwerke und Militärbasen. Der Wächter bestätigte somit, was wir vermutet hatten: Die Fabrik war Teil der russischen Staatsstrukturen. Es war definitiv kein Privatunternehmen, wie man vorzutäuschen versuchte.[06]

In meiner auf Crowdsourcing beruhenden Recherche zum Einfluss von Propaganda in sozialen Medien stellte sich zudem heraus, dass es russischen Trollen gelungen war, die Ideen, Haltungen und das Verhalten von Menschen zu beeinflussen. Ich erhielt Hinweise und Tipps zu Aktivitäten russischer Trolle aus rund 200 verschiedenen Quellen: gewöhnliche Internetnutzer aus Finnland, traditionelle Medienexperten, Moderatoren von Diskussionsforen sowie Sicherheitsexperten. Manche Internetnutzer, die ich interviewte, erzählten mir, dass sie aufgrund der im Netz verbreiteten Troll-Propaganda nicht länger unterscheiden könnten, welche Berichte über den Krieg in der Ukraine der Wahrheit entsprechen und welche nicht. Andere erzählten mir, dass sie nicht mehr an Diskussionen mit Bezug zu Russland teilnehmen und sich von allen öffentlichen Debatten zurückgezogen haben, weil sie von Trollen angegriffen worden waren, die sie mit verleumderischen Bezeichnungen wie „russophob" oder „CIA" versahen, nachdem sie ihre Meinung geäußert hatten.

Demnach hatten ausländische Social-Media-Propagandisten in Finnland bereits öffentliche Debatten über Russland unterdrückt und Teile der Bevölkerung manipuliert. Erstaunlicherweise fungierten Profile von russischen Botschaften in sozialen Medien oft als Dreh- und Angelpunkt

06 Vgl. Jessikka Aro/Mika Mäkeläinen, Yle Kioski Traces the Origins of Russian Social Media Propaganda, 2015, https://kioski.yle.fi/omat/at-the-origins-of-russian-propaganda.

für Troll-Profile: Die russische Botschaft in Finnland teilte auf Twitter beispielsweise Posts von Trollen und bescherte ihnen auf diese Weise mehr Reichweite und Prestige, sie veröffentlichte Fotos von verstorbenen Menschen, gab der Ukraine die Schuld für die Toten, und sie blockierte kritische Bürger. Ähnliche Aktivitäten gibt es heute von vielen verschiedenen Social-Media-Profilen russischer Botschaften in der ganzen digitalen Welt.

Ich begann, russische Trolle als Bedrohung für die nationale Sicherheit vieler Länder zu betrachten.[07] Bereits damals, 2014/15, waren die russischen Trolle besonders interessiert an Themen mit Bezug zur Ukraine. Sie verbreiteten zum Beispiel falsche Behauptungen wie „Russland hat das internationale Recht durch die Annexion der Krim nicht gebrochen", „Putin will Frieden und Verhandlungen, der ukrainische Präsident ist der Kriegstreiber", „Die EU und die Nato führen Krieg in der Ukraine" oder „In Kiew sind Faschisten an der Macht". Die russischen Trolle legten innerhalb russischsprachiger Bevölkerungsgruppen, aber auch innerhalb des internationalen Informationsraums das informationspsychologische Fundament für Genozid und weitere Kriegsverbrechen.

Die Trolle operieren auf viele verschiedene Weisen. Manche verlinken zum Beispiel die unwahrheitsgemäßen Artikel der russischen Staatspropaganda in internationalen Foren. Manche von ihnen organisieren Gruppen und Seiten auf Facebook, in denen sie andere permanenter Desinformation aussetzen. Manche verbreiten Memes, die zum Beispiel Staatsoberhäupter von EU-Ländern diskreditieren. Manche Trolle provozieren Auseinandersetzungen. Kürzlich wurde aufgedeckt, dass manche der Profile nett und freundlich wirken sollen, um Follower anzulocken. Manche Twitter-Trolle versuchen ihre Themen und Sichtweisen an Journalisten traditioneller Medien heranzutragen. Manche wiederum melden massenweise faktenbasierte Beiträge in sozialen Medien, damit diese von Moderatoren der Plattform entfernt werden. Manche laden hundertmal den gleichen propagandistischen Kommentar in die Kommentarspalten traditioneller Medien hoch, und manche brechen Auseinandersetzungen in Diskussionsforen vom Zaun. Manche Trolle organisieren Proteste, und manche begehen gar Verbrechen, wenn sie Journalisten und Wissenschaftler verleumden oder bedrohen. Manche Trolle hingegen haben nur die Aufgabe, die Botschaften von kremlnahen Propagandisten zu verstärken, damit sie populärer wirken, als sie es eigentlich sind.

VON BREXIT BIS COVID

Nach meiner Recherche fanden andere Journalisten, Wissenschaftler und Sicherheitsdienste heraus, dass die russischen Trolle in den sozialen Medien zum Beispiel das Vereinigte Königreich attackiert hatten, indem sie 2016 den Brexit unterstützten, oder Deutschland, indem sie ultrarechte Kandidaten und die AfD bei der Bundestagswahl 2017 unterstützten, dass sie den Protest der Gelbwesten in Frankreich 2018 anheizten und ab 2020 weltweit Verschwörungstheorien rund ums Coronavirus verbreiteten.

Nachdem bekannt wurde, dass russische Trolle 2016 massiv in den US-Präsidentschaftswahlkampf eingegriffen hatten,[08] erhoben die USA Anklage gegen die russischen Schlüsselfiguren hinter der Trollfabrik. Es stellte sich heraus, dass die Fabrik mit russischen Agenten in den USA kooperiert und Informationen über die am heißesten debattierten Themen in den *swing states* gesammelt hatte, um per Mikrotargeting spezifische Gruppen ansprechen und deren Entscheidung bei der Präsidentschaftswahl beeinflussen zu können.

Über die Jahre wurden auch Troll-Aktivitäten in Afrika aufgedeckt. Beispielsweise berichtete Facebook 2019, dass es drei Netzwerke von „unauthentischen" russischen Profilen gesperrt habe, die auf verschiedene afrikanische Länder zielten, darunter Madagaskar, die Zentralafrikanische Republik und Mosambik. Führende Köpfe der russischen Trollfabrik berieten etwa eine Reihe afrikanischer Diktatoren dahingehend, wie sich Unruhen durch Fake-News-Kampagnen in sozialen Medien unterdrücken lassen.

Eine der zynischsten Kampagnen der russischen Propagandisten und Trolle läuft seit einiger Zeit in mehreren Ländern: Von Anbeginn der Covid-19-Pandemie verbreiten russische Staats-

07 Vgl. Jessikka Aro, The Cyberspace War: Propaganda and Trolling as Warfare Tools, 1.6.2016, https://journals.sagepub.com/doi/10.1007/s12290-016-0395-5.

08 Vgl. U.S. Department of Justice, Report on the Investigation into Russian Interference in the 2016 Presidential Election, März 2019, www.justice.gov/archives/sco/file/1373816/download.

medien Verschwörungstheorien und unterziehen ihre eigenen Bürger gleichsam einer Gehirnwäsche. So wird beispielsweise behauptet, dass die USA und deren Geheimdienste die Verantwortung für das Entstehen des Virus trügen. Schon früh begannen die Architekten der Kreml-Propaganda, derlei Erzählungen auch an ein internationales Publikum zu richten, unter Nutzung von sozialen Medien und Sendern wie RT und Sputnik. Von dort aus verbreiten sich die Verschwörungsmythen auf scheinbar lokalen Proxy-Seiten, die den Anschein von glaubwürdigen, unabhängigen, „freien" Nachrichtenanbietern haben.

Laut StratCom, der Anti-Desinformations-Einheit des Europäischen Auswärtigen Dienstes der EU, die russische Desinformationskampagnen in EU-Ländern beobachtet, umfassen die russischen Theorien zum Coronavirus häufig zwei wiederkehrende Themen: Demzufolge hat das Virus seinen Ursprung im Westen – oder es ist eine absichtlich entwickelte chemische Waffe, das Werk der Nato oder der USA.

RESILIENZ AUFBAUEN

Ich werde oft gefragt, wie westliche Gesellschaften resilienter werden können, um zu verhindern, dass ihre Bürger dem russischen Informationskrieg zum Opfer fallen. Noch öfter sehe ich mich mit der Frage konfrontiert, wie sich einzelne Bürger selbst gegen die asymmetrische Kriegführung im Netz schützen können.

Der erste Schritt liegt darin, zu verstehen, dass dieser Krieg tatsächlich existiert und dass er gefährlich ist. Die gefährlichsten Formen des russischen Informationskrieges bedrohen das Leben von Menschen: Beispielsweise haben kremlnahe Propagandisten in Finnland die russische Kriegspropaganda auf Twitter, Facebook und Youtube seit 2014 derart gekonnt kultiviert, dass auch finnische Bürger sich der russischen Seite im Krieg angeschlossen haben, um gegen die Ukraine zu kämpfen.

Der zweite Schritt liegt darin, die Plattformen, die die russischen Operationen ermöglichen und finanziell davon profitieren, auszumachen und um Unterstützung zu bitten: In erster Linie Facebook, Twitter und Youtube. Nachdem sie Troll-Operationen gegen die US-Wahl 2016 zugelassen hatten, waren sie mit Aussagen vor dem US-Kongress konfrontiert. Die Firmen haben oft versprochen, „vulnerable Communitys zu schützen", aber bislang ist es ihnen nicht gelungen, die russische Propaganda und Hate Speech abzuschütteln. Für Youtube und Facebook brauchte es erst Russlands Überfall auf die Ukraine, ehe sie ankündigten, dass sie die monetarisierenden Möglichkeiten ihrer Plattformen für RT beenden würden. Um Gesellschaften und uns Bürger zu schützen, sollten die westlichen Führer diese Firmen deutlich stärker regulieren.

Gegenattacken können manchen Operationen zuvorkommen. Das United States Cyber Command etwa hat die Trollfabrik während der Midterms 2018 angegriffen, indem es sie für einen Tag vom Internet abschnitt. Im Frühling 2022 waren es die Hacker von Anonymous, die am aktivsten gegen den Informationskrieg des Kremls vorgegangen sind und das getan haben, was Entscheidungsträger in Europa schon vor Jahren hätten tun sollen: russische Propaganda-Kanäle abschalten und unschädlich machen. Ihnen ist es sogar gelungen, sachgemäße Informationen in die Newsfeeds russischer Staatsmedien einzuschleusen.

Die Gesellschaften im Westen sollten klären, wessen Aufgabe es ist, Bürger vor feindlichen Angriffen aus kremlnahen Einheiten zu schützen. Manche Bürger brauchen Hilfe, um die Hassgruppen und Verschwörungskulte zu verlassen. Weitere Forschung sowie konstante Information von Bürgern über die fortwährenden Operationen sind ratsam, um Resilienz in der Gesellschaft aufzubauen. In vielen Ländern, etwa in Finnland und Litauen, nehmen die Bürger eine aktive Rolle ein, um andere Bürger zu informieren und ihnen dabei zu helfen, Trolle und Fake News zu erkennen und diesen entgegenzutreten. Allerdings handelt es sich bei russischen Trollattacken und Fake-News-Kampagnen um Angriffe auf Staaten, weshalb es auch an den Staaten liegt, dagegen anzutreten.

Übersetzung aus dem Englischen: Maximilian Murmann, München.

JESSIKKA ARO
ist Journalistin bei der finnischen Rundfunkanstalt Yleisradio (Yle). Ihr Buch über den russischen Informationskrieg erscheint Ende August 2022 in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Putins Armee der Trolle" im Goldmann Verlag.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1. Juli 2022

REDAKTION
Anne-Sophie Friedel
Julia Günther
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT
Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ
le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT
Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X

Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.

APuZ
Nächste Ausgabe
30–31/2022, 25. Juli 2022

INDIEN

APuZ
AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE
www.bpb.de/apuz